

Antragsbuch zum Leitantrag

**#SPDerneuern:
Unser Weg nach vorn**

Inhaltsverzeichnis

Änderungsanträge zum initiativen Leitantrag des Parteivorstandes vom 27. November 2017

Die #SPDerneuern: Unser Weg nach vorn	IA 1 Seite 1-22
Änderungsanträge zum IA1 Die #SPDerneuern: Unser Weg nach vorn	ÄA1 - ÄA232 Seite 23 - 112
Änderungsanträge zur Einleitung	ÄA1 – ÄA7 Seite 23 - 25
Änderungsanträge zum Kapitel I. Welt im Wandel. Einordnung unserer Politik	ÄA8- ÄA32 Seite 25 - 35
Änderungsanträge zum Kapitel II. Das Ergebnis der SPD bei der Bundestagswahl 2017	ÄA33 – ÄA52 Seite 35 - 40
Änderungsanträge zum Kapitel III. Die SPD nimmt die Herausforderung an	ÄA53 – ÄA59 Seite 41 - 44
Änderungsanträge zum Kapitel III.1. Mut zur programmatischen Klarheit	ÄA60 – ÄA70 Seite 45 - 50
Änderungsanträge zum Kapitel III.2. Die Zukunftsthemen	
Änderungsanträge a) Die Zukunft Europas	ÄA80 – ÄA92 Seite 51 - 54
Änderungsanträge b) Technologischer Wandel und sozialer Fortschritt	ÄA93 – ÄA118 Seite 55 - 63
Änderungsanträge c) Flucht und Migration	ÄA119 – ÄA137 Seite 64 - 69
Änderungsanträge d) Zusammenhalt und Demokratie stärken	ÄA138 – ÄA164 Seite 70 - 80
Änderungsanträge zum Kapitel III.3. Arbeitsformate zur inhaltlichen Erneuerung	ÄA165 – ÄA169 Seite 81 - 85
Änderungsanträge zum Kapitel IV. Die organisatorische Erneuerung	ÄA170 – ÄA192 Seite 86 - 93
Änderungsanträge zum Kapitel IV.1. Die SPD für das digitale Zeitalter aufstellen	ÄA193 – ÄA204 Seite 94 - 97
Änderungsanträge zum Kapitel IV.2. Antworten auf regionale Schwächen der SPD	ÄA205 – ÄA208 Seite 97 - 98
Änderungsanträge zum Kapitel IV.3. Ostdeutschland	ÄA209 – ÄA212 Seite 98 - 99
Änderungsanträge zum Kapitel IV.4. Unsere Zielgruppen ansprechen	ÄA213 – ÄA220 Seite 99 - 102
Änderungsanträge zum Kapitel IV.5. Internationale Strukturen (SPE, Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament, Progressive Allianz)	ÄA221 – ÄA226 Seite 102 - 103
Änderungsanträge (umfassend)	ÄA227 – ÄA232 Seite 103 - 112
Änderungsanträge zum weiteren Vorgehen	W1-W12 Seite 113 - 121

1 Die #SPDerneuern: Unser Weg nach vorn

2 Der vorliegende Leitantrag ist ein erstes Resultat unseres gemeinschaftlichen Erneuerungspro-
3 zesses. Stand heute sind in dieses Papier die Ergebnisse der ersten Dialogveranstaltungen für
4 Mitglieder, die wir als Partei nach der Bundestagswahl durchgeführt haben, der Unterbe-
5 zirksvorsitzendenkonferenz, der Mitarbeiterdiskussion im Willy-Brandt-Haus und zahlreiche
6 Gespräche, Debatten und Eingaben der letzten Wochen eingeflossen.

7 Nach dem Parteitag im Dezember 2017 starten wir den Prozess „Kompass2018“. Die vielen
8 Beiträge, die bisher schon eingegangen sind, werden dabei von entscheidender Bedeutung sein
9 und in die programmatische Erneuerung der SPD einfließen. Dafür sind wir weiterhin auf die
10 konstruktiven Beiträge aus der Partei und Zivilgesellschaft angewiesen, die unseren Erneue-
11 rungsprozess bereichern!

12 13 Einleitung

14 Am 24. September 2017 haben wir mit nur 20,5 Prozent der Zweitstimmen unser schlechtestes
15 Ergebnis bei einer Bundestagswahl seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland erzielt. Das
16 ist nicht nur eine weitere Niederlage auf Bundesebene nach 2005, 2009 und 2013, sondern
17 auch ein Indiz für die europaweite Schwäche der sozialdemokratischen Bewegung. Es ist ein
18 desaströses Ergebnis, das uns kein Mandat für eine Regierungsbeteiligung gibt und auch unser
19 Selbstverständnis als Volkspartei in Frage stellt.

20 Nur wenn wir die Ursachen dieser Niederlage schonungslos und ohne Vorbehalte aufarbeiten,
21 eröffnet sich die Chance, zu neuer Stärke und Gestaltungskraft zu gelangen. Dies zu tun ist
22 unsere Pflicht, weil die Herausforderungen unserer Zeit nach einem starken sozialdemokrati-
23 schen Politikansatz verlangen. Sozialdemokratie ist kein Selbstzweck, sondern wir haben uns
24 gegründet, um das Leben der Menschen besser zu machen.

25 Die Dialogveranstaltungen mit unseren Mitgliedern und der Austausch mit vielen engagierten
26 Menschen in den letzten Wochen waren ein erster und wichtiger Schritt, um zu neuer Stärke zu
27 gelangen. Nun brauchen wir den Mut, vergangene Fehler aufzuarbeiten, daraus die richtigen
28 Schlüsse zu ziehen und sie konsequent in politisches Handeln umzusetzen. Wir wollen aber
29 auch darauf schauen, was schon heute in unserer Partei und anderen uns nahestehenden Be-
30 wegungen gut funktioniert und wie wir davon lernen können.

31 Für unseren Aufbruch brauchen wir eine klare Orientierung, die auf unseren Werten Freiheit,
32 Gerechtigkeit und Solidarität basiert. Wir brauchen Leidenschaft, um Begeisterung für Politik
33 und die Suche nach dem besten Weg in eine gute Zukunft zu wecken. Dafür brauchen wir eine
34 grundlegende Erneuerung.

35 Mit unserem Arbeitsprogramm #SPDerneuern beschreiben wir, wie wir diese Erneuerung in
36 den nächsten Jahren erreichen wollen. Dabei geht es um drei Fragen: In was für einer Gesell-
37 schaft leben wir heute, vor welchen Veränderungen steht unser Land und wie ist unsere Vor-
38 stellung darüber, in welcher Gesellschaft wir leben wollen? Welche Gestaltungsaufgaben erge-
39 ben sich daraus für sozialdemokratische Politik? Wie stellen wir die SPD programmatisch und
40 organisatorisch neu auf?

1 I. Welt im Wandel. Einordnung unserer Politik.

2 Die ersten beiden Jahrzehnte unseres Jahrhunderts waren geprägt von dramatischen Verände-
3 rungen in Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und internationalen Beziehungen, die in ihrer
4 Schnelligkeit ohne Beispiel in der Geschichte sind. Diese Veränderungen sind vor allem gekenn-
5 zeichnet von einer sich täglich beschleunigenden digitalen Technologie, sowie durch verstärkte
6 weltweite Wirtschafts-, Finanz- und Handelsbeziehungen, die den Rahmen nationaler Politik
7 längst überwunden haben. Sie erfassen die gesamte Menschheit und haben die globalen
8 Machtverhältnisse und alle Gesellschaften grundlegend verändert.

9 Diese neuen globalen und digitalen Entwicklungen in allen Bereichen bergen die Chance, das
10 Leben der Menschen überall zu verbessern, wenn ihre Potenziale in die richtigen Bahnen ge-
11 lenkt werden. Die digitale Entwicklung in der globalisierten Wirtschaft entfesselt Kräfte, die
12 Wohlstand und Sicherheit für alle schaffen können, wenn politisch die richtigen Entscheidun-
13 gen getroffen werden. Aus diesen Megatrends ergeben sich großartige Chancen für eine Wis-
14 sensgesellschaft, für die Revitalisierung unserer Demokratie und für internationale Kooperati-
15 on. Das ist das große Versprechen des 21. Jahrhunderts.

16 Die Aufgabe der Sozialdemokratie in Deutschland, in Europa und in der Welt ist es, für die Er-
17 füllung dieses Versprechens zu streiten. Unsere Aufgabe ist es, den Wandel so zu gestalten,
18 dass technische Entwicklung zu sozialem Fortschritt wird und die Globalisierung zu mehr De-
19 mokratie, zu mehr Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen, zur Überwin-
20 dung von Ungleichheiten, zu mehr Freiheit und Selbstbestimmung in einer offenen und tole-
21 ranten, den Frieden bewahrenden Welt führt.

22 Wir wollen mit einer ambitionierten Klimapolitik unseren Beitrag dazu leisten, den Klimawan-
23 del zu verlangsamen und seine Folgen für Mensch und Umwelt zu verringern. Deutschland
24 muss bis 2050 weitestgehend treibhausneutral sein. Klimaschutz ist kein Luxus, den sich ein
25 Staat in guten Zeiten gelegentlich leisten kann. Wir müssen dem Klimawandel jetzt und heute
26 mit wirksamen Maßnahmen entgegentreten. Den schon heute absehbaren Strukturwandel in
27 der Energiewirtschaft und anderen Industriesektoren wollen wir politisch begleiten. Dabei
28 nehmen wir die Sorgen und Interessen der Beschäftigten sehr ernst, die von diesem Struktur-
29 wandel betroffen sind. Deshalb kümmern wir uns darum, dass Strukturen auf- und ausgebaut
30 werden, die an die industrielle Tradition anknüpfen und gute, tarifvertraglich gesicherte Arbeit
31 fördern. Die Energiewende bis 2050 muss dazu in eine nachhaltige Modernisierungsstrategie
32 des Modells Deutschland eingebettet werden. Wir müssen gemeinsam sozial- und wirtschafts-
33 verträgliche Pfade beschreiben, die eine Einhaltung der nationalen und europäischen Klimazie-
34 le unter Beibehaltung unseres Wohlfahrtsniveaus ermöglichen. Und wir müssen wirtschaftli-
35 che Entwicklung, Sozialverträglichkeit und Klimaschutz zusammenbringen. Dazu gehört ener-
36 giepolitisch, dass Versorgungssicherheit für Industrie und Verbraucher auf dem derzeitigen
37 hohen Niveau erhalten und wettbewerbsfähige Energiekosten gesichert werden können.

38 Wer die Errungenschaften, die die soziale Demokratie in der Vergangenheit erstritten hat, auch
39 im 21. Jahrhundert bewahren, verteidigen und erweitern will, muss europäisch und global
40 handeln. Deshalb gilt es zu verhindern, dass die globalisierte und digitalisierte Welt von einigen
41 wenigen als Instrument zum Abbau von Rechten missbraucht wird und die Schere zwischen
42 Arm und Reich weiter auseinander geht. Denn Globalisierung und Digitalisierung bedeuten
43 auch, dass neue soziale und wirtschaftliche, sowie politische und kulturelle Widersprüche deut-
44 lich zu Tage treten. Es stellen sich also neue Gerechtigkeitsfragen, die sozialdemokratische Poli-
45 tik beantworten muss. Gerechtigkeit und Fortschritt immer zusammen zu denken, ist das Al-
46 leinstellungsmerkmal unserer Politik. Einen solchen sozialen Fortschritt müssen wir national,
47 aber vermehrt auch international gestalten, damit die digitale Globalisierung eben nicht zu

1 weniger Demokratie, weniger Schutz der Lebensgrundlagen, zu weniger Sicherheit im Alltag
2 führt.

3 Denn bei allen Chancen führen die globalen Entwicklungen auch zu neuen Unsicherheiten und
4 Identitätskrisen, die sich auch in der neuen Stärke von populistischen Bewegungen weltweit
5 widerspiegeln. Besonders in den industrialisierten Ländern empfinden Menschen, dass die Na-
6 tionalstaaten an Grenzen kommen. Gerade Verteilungsgerechtigkeit herzustellen gestaltet sich
7 immer schwieriger, sowohl global, als auch national. Dem muss sich die Sozialdemokratie stel-
8 len. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger haben das Gefühl, nicht ausreichend als Individuen
9 respektiert zu werden und die Anerkennung für ihre Lebensleistung und ihr tägliches Schaffen
10 zu bekommen. Praktisch gesprochen: Wenn Mieten immer weniger bezahlbar werden, das
11 Gesundheitssystem ungerecht ist und die Lebenschancen ungleich verteilt sind, wird dem Staat
12 und den demokratischen Parteien immer weniger zugetraut, alltägliche Probleme zu lösen.

13 Das ist auch die Folge einer Ideologie, die seit Jahrzehnten einer Staatsverachtung huldigte und
14 der sich teilweise auch sozialdemokratische Bewegungen in Europa nicht entschieden genug
15 entgegengestellt haben. Der ungebändigte Neoliberalismus hat nicht nur weltweit, sondern
16 auch mitten in Europa zu eklatanten Fehlentwicklungen geführt. Merkmal dieser Ideologie ist
17 die Einschränkung der Staatstätigkeit zugunsten des Marktes. Im Zuge dieser Entwicklung kam
18 auch bei uns eine auf sozialen Ausgleich zielende staatliche Wirtschaftspolitik unter Druck. In
19 der Folge wurden öffentliche Unternehmen oder öffentliche Güter privatisiert und dem Wett-
20 bewerb übergeben (kommunale Betriebe, Wasser, Energie, Gesundheitswesen).

21 Deshalb muss die SPD den Mut haben, ihre eigene Politik der letzten 20 Jahren zu hinterfragen
22 und darf dabei auch nicht davor zurückschrecken, grundsätzliche Fragen zu stellen, Widersprü-
23 che unserer Wirtschaftsordnung zu problematisieren und Antworten darauf zu entwickeln. Die
24 Rolle des Staates im Sinne eines handlungsfähigen Staates muss neu thematisiert werden. Wir
25 wollen einen Staat, der - wenn notwendig - die Wirtschaft reguliert und Märkte gestaltet, In-
26 novationen fördert, öffentliche Sicherheit, öffentliche Güter und Dienstleistungen bereitstellt
27 und verhindert, dass öffentliche Güter einer reinen Marktlogik unterworfen werden (Bildung
28 und Betreuung, Gesundheit, Pflege, Sicherheit, Wohnen).

29 Bei vielen Menschen gibt es ein starkes Bedürfnis nach Gemeinschaft, einem guten Miteinan-
30 der und einer gestaltenden Politik, die Menschen auf Augenhöhe zusammenbringt. Millionen
31 Menschen engagieren sich in Deutschland in sozialen, kulturellen und lokalen Bewegungen für
32 unser Gemeinwesen. Sie sind unsere Partnerinnen und Partner bei dem Bemühen, unser Land
33 besser, sicherer und gerechter zu machen und die Chancen des digitalen und globalen Jahr-
34 hunderts in Wohlstand für alle umzuformen.

35 Unsere Gesellschaft ist in den letzten Jahrzehnten moderner, toleranter und weltoffener ge-
36 worden. Gleichzeitig ist nicht zu übersehen, dass Teile der Bevölkerung mit dieser gesellschaf-
37 tlichen Modernisierung hadern oder nichts mit ihr anfangen können. Dies zu thematisieren ist
38 Aufgabe der SPD, die für die gesamte Bevölkerung und nicht nur für die Besten, Smarten und
39 Schnellen Politik macht.

40 Wenn wir darüber sprechen, was Deutschland stark gemacht hat, dann sprechen wir über das
41 sozialdemokratische Modell der Arbeitsgesellschaft: Eine starke Industrie, gut ausgebildete
42 Fachkräfte, einen leistungsfähigen Sozialstaat, Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und Tarif-
43 verträge. Vor allem eine hohe Tarifbindung war über Jahrzehnte Garant dafür, dass der Wohl-
44 stand auch bei denjenigen ankam, die ihn durch ihre Arbeitskraft erwirtschaftet haben. Arbeit
45 ist aber immer weniger durch Tarifverträge, Ordnung und Sicherheit geprägt. Vor allem in Ost-
46 deutschland gibt es immer mehr Betriebe, in denen es überhaupt keinen Tarifvertrag (mehr)
47 gibt. Die Folge ist ein niedrigeres Lohnniveau, eine ungerechte Verteilung der Einkommen,

1 schlechtere Arbeitsbedingungen oder schlechtere Qualifizierung und Ausbildung. Es zeigt sich:
2 Die soziale Spaltung des Arbeitsmarktes beginnt da, wo die Tarifbindung endet.

3 Unsicherheit erleben die Menschen auch auf internationaler Ebene. Die Welt scheint aus den
4 Fugen: Klimawandel, Hunger und Armut sind die Schattenseiten der Globalisierung, Gewiss-
5 heiten der internationalen Ordnung geraten ins Wanken. So untergraben etwa die USA unter
6 Präsident Trump die internationale Ordnung, deren Stabilität sie lange geprägt haben. Erreich-
7 te Fortschritte, wie beim Klimaschutz (Paris-Abkommen) oder der Abrüstung (Iran-Abkommen),
8 geraten in Gefahr. Aber auch Länder wie China oder Russland beeinträchtigen auf gefährliche
9 Weise eine internationale Friedensordnung, indem sie ein autoritäres Staats- und Gesell-
10 schaftsverständnis propagieren, das sie als erfolgreicherer Modell als die westliche Idee einer
11 aufgeklärten Gesellschaft und einer sozialen Demokratie betrachten. Außerdem gibt es zu-
12 nehmend nicht-staatliche Akteure, die mit einem radikalen Nationalismus, religiösem Fana-
13 tismus und Terror globalen Einfluss nehmen wollen. Aber auch manch weltweit operierender
14 Konzern untergräbt mit einer Strategie der Steuervermeidung und der unzulässigen Einfluss-
15 nahme auf Politik das Primat der demokratischen Entscheidung. Die internationale Staaten-
16 gemeinschaft ist derzeit nicht in ausreichendem Maße in der Lage, diesen Gefahren adäquat zu
17 begegnen, kriegerische Auseinandersetzungen zu befrieden, humanitäre Katastrophen zu be-
18 wältigen und globale Gerechtigkeit herzustellen.

19 Auf diese Entwicklungen müsste ein stärkeres Europa Antworten geben und zu Lösungen bei-
20 tragen. Ein demokratisches und soziales Europa ist unser Beitrag zu einer friedlichen und ge-
21 rechten Welt, die den Menschen auf unserem Kontinent und weltweit eine gute Zukunftspers-
22 spektive gibt. Stattdessen befindet sich die EU aber weiterhin im Krisenmodus. Mit dem Verei-
23 nigten Königreich hat sich erstmals ein Mitgliedsstaat aufgemacht, die Europäische Union zu
24 verlassen. In vielen Fragen ist keine gemeinsame Linie der EU-Mitgliedsstaaten erkennbar, et-
25 wa in der Flüchtlingspolitik oder bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise. In einigen Mitglieds-
26 staaten der EU ist autoritäres Denken zwischenzeitlich Regierungshandeln geworden.

27 Zugleich gibt es ermutigende, pro-europäische Impulse, etwa der französischen Regierung und
28 von pro-europäischen Bewegungen wie „Pulse of Europe“, die einen offenen und konstruktiven
29 Partner in der deutschen Politik suchen. Dieser Partner wollen wir sein.

30 Die SPD ist die Europapartei und hat bereits in ihrem Heidelberger Programm von 1925 die
31 Vereinigten Staaten von Europa gefordert. Dass die SPD gleichzeitig die "vor-Ort-Partei" sein
32 muss, ist dabei kein Widerspruch. Unser Anspruch als Volkspartei ist es, dass wir uns mit voller
33 Leidenschaft um die Alltagssorgen der Menschen vor Ort kümmern. Klar ist aber auch: Die glo-
34 balen Herausforderungen unserer Zeit, die das Leben der Menschen in unserem Land direkt
35 betreffen, müssen international und europäisch beantwortet werden. Die SPD muss also so-
36 wohl regional stark präsent, als auch europäisch und weltweit vernetzt sein und gleichzeitig
37 eine langfristige und übergeordnete Orientierung geben, wie wir die Zukunft unseres Landes in
38 einer globalisierten Welt gestalten wollen.

39

40 **II. Das Ergebnis der SPD bei der Bundestagswahl 2017**

41 Für unseren Neuaufbruch ist eine tiefe und ehrliche Analyse der Fehler und Versäumnisse der
42 letzten Jahre notwendig. Die historische Wahlniederlage der SPD in diesem Jahr lässt sich nicht
43 mit einer einzigen Ursache erklären.

44 Der SPD ist es bei den letzten vier Bundestagswahlen nicht gelungen, zu einer Mehrheit zu
45 kommen, die uns den Auftrag zur Regierungsbildung gegeben hätte. Zum Jahreswechsel
46 2016/2017 war die SPD sogar in Umfragen unter die 20-Prozent-Grenze gerutscht. Die Gründe

1 hierfür aufzuarbeiten gehört zu einer umfassenden Analyse, die die Grundlage für einen Er-
2 neuerungsprozess bildet.

3 Klar ist aber auch: Es hat Fehler und Fehleinschätzungen beim Bundestagswahlkampf gegeben,
4 über die wir, neben den längerfristigen Versäumnissen, auch sprechen müssen. Insgesamt ist
5 es uns nicht gelungen, angesichts des rasanten gesellschaftlichen und technologischen Wan-
6 dels und der damit verbundenen Verunsicherungen eine positive und glaubwürdige Vision für
7 eine gute Zukunft und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu vermitteln.

8 Die Wahlen haben erneut bestätigt, dass die langfristige Wählerbindung der Volksparteien
9 abnimmt und Wechselwählerinnen und -wähler zunehmen. Wählten 1998 noch 48 Prozent der
10 Arbeiterinnen und Arbeiter die SPD, kamen 2017 gerade mal beide Volksparteien zusammen in
11 etwa auf den gleichen Wert. Die SPD erreicht in nahezu allen sozialen Milieus gleich schlechte
12 Zweitstimmenergebnisse. In den Ländern schwanken die Ergebnisse von 10,5 Prozent in Sach-
13 sen bis 27,4 Prozent in Niedersachsen. Seit 2005 haben sich die Wählerstimmen für die SPD
14 mehr als halbiert. Die SPD hat vor allem Zuspruch und Rückhalt bei Wählerinnen verloren. Bei
15 der Bundestagswahl 1998 haben noch 41 Prozent der Frauen ihr Kreuz bei der SPD gemacht,
16 am 24. September 2017 waren es nur noch 21 Prozent. Bei den 18- bis 44-Jährigen haben nur
17 noch 18 Prozent der Frauen für die SPD gestimmt. Das Vertrauen der Frauen wieder zu gewin-
18 nen, muss zentrales Ziel des Erneuerungsprozesses sein.

19 Die SPD hat ein Zutrauens- und ein Wahrnehmungsproblem. So wurden die sozialen Erfolge
20 der Großen Koalition nicht mit der SPD verbunden. Dramatischer noch: Eine Mehrheit in der
21 Bevölkerung bescheinigt uns, die SPD hätte sich zu wenig um die gerechte Verteilung des
22 Wohlstands gekümmert. Sichere Renten, gute Bildung und gerechte Löhne liegen zwar regel-
23 mäßig ganz oben im Ranking der wichtigsten Wahlmotive. Dies führte allerdings nicht zu ei-
24 nem Kreuz bei der SPD, weil uns entweder nicht geglaubt oder keine Lösung zugetraut wurde,
25 die umsetzbar ist. Selbst beim Thema Rente, für das CDU und CSU kein Konzept vorgelegt ha-
26 ben, wurde der Union am Ende eine höhere Kompetenz zugetraut als der SPD. Die Fülle sozial-
27 demokratischer Wahlzusagen und die wahrgenommene Sprunghaftigkeit bei wichtigen The-
28 men in den letzten Jahren hat eher Zweifel an unserer Verlässlichkeit genährt. Beim Thema
29 Innovationen und Wirtschaft wurde unserer Partei deutlich zu wenig Kompetenz zugeordnet.
30 Vielen Wählerinnen und Wählern war insgesamt nicht klar, wofür die SPD steht.

31 *„Die Partei hat Kompromisse in den Mittelpunkt gestellt, statt ihre Ziele und das bisher Er-
32 reichte deutlich zu machen.“ (Dialogveranstaltung Leipzig)*

33 *„Es ist uns gelungen, die Sorgen der Menschen zu formulieren, dann müssen wir aber auch
34 sagen, wohin es gehen soll.“ (Dialogveranstaltung Frankfurt)*

35 Entsprechend haben wir in alle Richtungen und in allen Altersgruppen in etwa gleich viele
36 Wählerinnen und Wähler verloren. Unser Themenangebot hat in der Wählerschaft weder be-
37 sondere Zustimmung noch Ablehnung erfahren, auch weil bei vielen wichtigen Themen, wie
38 Flüchtlingen, Diesel-Problematik oder auch der Türkei-Frage, aber ebenso bei Steuern, Bildung
39 und innerer Sicherheit unsere Politikangebote offensichtlich zu unscharf und zu wenig unter-
40 scheidbar von den politischen Mitbewerbern waren.

41 Die SPD kann sich immer weniger auf feste Stammwählermilieus stützen. Das beeinflusst auch
42 unsere Programmatik – die SPD besitzt Lösungsansätze für letztendlich alle Politikbereiche, es
43 fehlt jedoch die übergeordnete programmatische Klammer. Daraus folgt, dass die SPD zwar bei
44 vielen Themen präsent ist, aber bei keinem Thema mehr wirklich prägend. Eine verständliche
45 Erzählung, wo wir mit dem Land hinwollen, fehlt und damit eine wesentliche Voraussetzung
46 für echte Zukunftskompetenz. Die SPD will und wird Volkspartei bleiben. Das bedeutet, Men-

1 schen aus allen gesellschaftlichen Schichten zu repräsentieren, anzusprechen und für unsere
2 Politik zu gewinnen. Gestützt auf unsere grundwertbasierte Gemeinwohlvorstellung formu-
3 lieren wir den klaren Anspruch, führende Regierungspartei werden zu können. Dafür müssen
4 wir uns angesichts der zunehmenden Ausdifferenzierung der Gesellschaft die Frage beantwor-
5 ten, wie wir zu einer wahrnehmbaren und integrativen Erzählung kommen. Die Sozialdemo-
6 kratie war immer stark, wenn ihr die glaubwürdige Definition der verbindenden Vision gelun-
7 gen ist, in der sich die Gesellschaft und die Mehrheit ihrer Mitglieder wiederfinden konnten.

8 *„SPD für 2030 aufstellen, nicht nur für den nächsten Wahlkampf. Erst danach überlegen, wel-
9 che Personen das umsetzen.“ (Dialogveranstaltung Berlin)*

10 Vor allem in Zeiten, in denen Unzufriedenheit und Unsicherheit mit Blick in die Zukunft steigt,
11 reicht es nicht, nur die Gegenwart gut zu verwalten, sondern es braucht den Mut, die Zukunft
12 zu gestalten.

13 *„Mehr Mut – Mut zu eigenen Positionen, Mut zu mehr Ehrlichkeit und Offenheit und Mut,
14 Bestehendes infrage zu stellen.“ (Dialogveranstaltung Kaiserlautern)*

15 Die SPD ist ihrem Anspruch nach Programmpartei. Auf dem Weg zum Regierungsprogramm
16 haben wir in einem großangelegten Dialog unsere programmatischen Positionen erarbeitet. Im
17 Regierungsprogramm und während der Kampagne haben wir neue Ideen für eine bessere Zu-
18 kunft unseres Landes vorgelegt. Unsere Konzepte für gerechte Steuern und mehr Investitionen,
19 zur besseren Qualifizierung von arbeitssuchenden Menschen (u.a. „Arbeitslosengeld Qualifizie-
20 rung“, kurz ALG Q), zur Familienarbeitszeit, unser Rentenkonzept und der Zukunftsplan „Das
21 moderne Deutschland“ haben programmatische Maßstäbe gesetzt. Erstmals gab es eine ge-
22 meinsame Initiative des Kanzlerkandidaten mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerprä-
23 sidenten der SPD für eine „Nationale Bildungsallianz“.

24 All das hat aber offenbar dem Wunsch der Wählerinnen und Wähler nach klarer Orientierung
25 und Einordnung zu wenig entsprochen. Unsere ausdifferenzierte Programmatik einerseits und
26 andererseits der fehlende Mut in wichtigen gesellschaftlichen Streitfragen ein klares Profil zu
27 erarbeiten, haben ein überzeugendes sozialdemokratisches Gesamtangebot nicht erkennen
28 lassen.

29 Wir haben offensichtlich die neuen Bruchlinien in der Gesellschaft zu selten aufgenommen
30 und konnten daher auch die entsprechenden Konflikte unserer Zeit nicht stellvertretend für die
31 Gesellschaft austragen. Vor allem Frauen fühlen sich von uns nicht mehr angesprochen. Die
32 SPD muss sich künftig stärker an den Lebensrealitäten von Frauen orientieren, ihre Interessen
33 in allen Themenfeldern abbilden und entsprechende Lösungen für die Gleichstellung von Frau-
34 en und Männern aufzeigen. Wenn die SPD Volkspartei bleiben will, muss sie vielfältiger denken
35 und auftreten. Deshalb müssen alle Entscheidungs- und Diskussionsprozesse sowie Gremien
36 grundsätzlich gleichberechtigt mit Frauen und Männern besetzt werden.

37 Das gilt aber auch für das Lebensgefühl: Wenn die heutige Lage positiv ist, aber die Unsicher-
38 heiten über die Zukunft wachsen, geht ein an Komma Stellen von Steuersätzen, Rentenhöhen
39 und Sozialtransfers orientierter Politikansatz an dem Bewusstsein vieler Menschen vorbei, die
40 vor allem das Grundanliegen einer Partei erkennen wollen. Es ist uns also zu wenig gelungen,
41 aus unserem vorhandenen, großen programmatischen Schatz eine Politik „aus einem Guss“ zu
42 formulieren. Die SPD darf nicht von einer Programmpartei zu einer Spiegelstrichpartei mutie-
43 ren. Diese Erkenntnis müssen wir bei kommenden Wahlkämpfen besser umsetzen und ein kla-
44 reres, kürzeres und verständlicheres Angebot für die Menschen formulieren.

45

1 „Die SPD muss die Vision einer wünschenswerten Welt im 21. Jahrhundert formulieren und
2 einlösen.“ (Dialogveranstaltung Hamburg)

3 „Vision davon entwickeln, dass es den Menschen besser gehen wird in der Zukunft, statt Dis-
4 kussionen um einzelne Zahlen der Rentenformel.“ (Dialogveranstaltung Wolfsburg)

5 Neben den genannten grundlegenden und langfristigen Gründen für die Schwäche der SPD
6 gibt es auch andere Faktoren, die einen Wahlerfolg verhindert haben: Wie schon 2009 und
7 2013 wurde die späte Kandidaten-Kür vor allem aufgrund der mangelnden strategischen, the-
8 matischen und organisatorischen Vorbereitung zur Achillesferse der gesamten Wahlkampf-
9 kampagne.

10 Nach den drei verlorenen Landtagswahlen im Frühjahr 2017 sind wir mit unserer bundeswei-
11 ten Kampagne nicht mehr auf die Füße gekommen. Es ist uns deshalb nach der Anfangseupho-
12 rie nach der Nominierung des Kanzlerkandidaten nicht mehr gelungen, einen Wettbewerb der
13 beiden großen Parteien auf Augenhöhe zu erreichen und zu einer echten Machtoption zu
14 kommen. Gerade dieser Aspekt hat am Ende des Wahlkampfes zu einer massiven Wählerwan-
15 derung weg von den beiden Volksparteien hin zu anderen Parteien geführt.

16 Außerdem ist es uns nicht gelungen, unsere Kampagne in den letzten Wochen thematisch ent-
17 scheidend zuzuspitzen. Statt sich wahrnehmbar auf Themen wie Bildung, Rente und Lohnge-
18 rechtigkeit zu konzentrieren, haben wir zu oft zusätzliche Botschaften setzen wollen oder das
19 Medieninteresse falsch eingeschätzt. Die Wählerinnen und Wähler hatten gerade am Ende den
20 Eindruck, die SPD treibe jeden Tag eine „neue Sau durch das Dorf“.

21 Es bleibt festzuhalten: Nicht die Medien, nicht die Demoskopien und auch nicht die politischen
22 Gegner sind schuld an unserer Wahlniederlage. Der Kanzlerkandidat und die gesamte SPD ha-
23 ben diese Wahl verloren.

24 Bei aller notwendigen und offenen Auseinandersetzung mit unseren Fehlern gilt es auch, bei
25 den positiven Trends anzuknüpfen, die es im Jahr 2017 für die Partei gegeben hat: So haben
26 sich viele tausende Mitglieder sowie Anhängerinnen und Anhänger beim Wahlkampf mit Lei-
27 denschaft und Enthusiasmus engagiert. Auf Kundgebungen im ganzen Land, an denen tausende
28 Menschen teilgenommen haben, an zahllosen Infoständen, bei Hausbesuchen und mit der
29 Hilfe zahlreicher Unterstützerinnen und Unterstützer aus allen gesellschaftlichen Bereichen,
30 wurde für die Sozialdemokratie politische Überzeugungsarbeit geleistet. Über 28.000 Men-
31 schen sind im Jahr 2017 der SPD beigetreten. Die innerparteiliche Mobilisierung war insgesamt
32 hoch. Auch im immer wichtigeren Social-Media Wahlkampf hat die Kampagne Maßstäbe ge-
33 setzt. Diese Trends sind ermutigend und geben uns die Überzeugung, dass wir wieder struktu-
34 rell mehrheitsfähig werden können. Auch die Begeisterung für die SPD, die wir im Februar und
35 März nach der Kanzlerkandidatennominierung erlebt haben, belegt das.

36 **III. Die SPD nimmt die Herausforderungen an**

37 Die Sozialdemokratie in Deutschland muss sich für die Zukunft neu aufstellen. Sie ist in
38 Deutschland, wie auch in vielen anderen Teilen Europas, derzeit in der Defensive. Erfolge ande-
39 rer progressiver Parteien sowie der SPD in einzelnen deutschen Bundesländern zeigen aber,
40 dass es nach wie vor möglich ist, überzeugende sozialdemokratische Angebote zu formulieren.
41 Die SPD wird gebraucht als Partei des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts in Deutschland
42 und Europa.

1 III.1. Mut zur programmatischen Klarheit

2 Wir können es uns nicht länger leisten, in den großen Fragen unserer Zeit unklar zu sein. Des-
3 halb leiten wir einen Prozess ein, in dem wir offene und strittige Fragen klären. Hierzu laden
4 wir alle gesellschaftlichen Gruppen ein. Denn unser Anspruch ist es, mit der Klärung innerhalb
5 der Sozialdemokratie zugleich eine gesellschaftliche Debatte anzustoßen. Vor allem bei vier
6 großen Fragen sind programmatische Klärungen für die SPD notwendig:

7 Es geht *erstens* um die Frage, wie wir die Zukunft Europas als soziale und demokratische Ant-
8 wort auf die Globalisierung gestalten wollen;

9 *zweitens* um die Frage, wie wir aus technologischem Wandel, insbesondere der Digitalisierung,
10 sozialen Fortschritt entwickeln werden;

11 *drittens* um humane und realistische Antworten auf die Herausforderungen von Flucht und
12 Migration und darum, mehr globale Gerechtigkeit herzustellen und die Fluchtursachen konse-
13 quent zu bekämpfen

14 und *viertens* um die Frage, wie wir in Zeiten rasanten Wandels gesellschaftlichen Zusammen-
15 halt und Demokratie stärken können.

16 Vielleicht haben wir uns auch in den letzten Jahren zu sehr hinter dem Ziel versammelt, mög-
17 lichst geschlossen zu sein. Darum wirkt die Partei von außen oft zu starr und autoritär. Viele
18 Frauen und Männer schreckt dies ab. Die Partei attraktiver zu machen heißt also auch, sie dis-
19 kursiver und empathischer zu machen und die sozialdemokratische Lust an der Debatte wie-
20 derzufinden – zu ringen um die richtigen Lösungen, inklusiv, vielfältig, respektvoll miteinander
21 und öffentlich. Wer moderne Politik machen will, muss auch mal ein Risiko eingehen, statt sich
22 erst nach allen Seiten abzusichern. Meinungsführerschaft heißt nicht, der Meinung hinterher-
23 zurennen.

24 III.2. Die Zukunftsthemen

25 a) Die Zukunft Europas

26 Europa ist bei vielen Herausforderungen Teil der Lösung und nicht Teil des Problems: Wenn es
27 um die Krise in den Beziehungen mit der Türkei und mit Russland geht, um die Bekämpfung
28 des Klimawandels und des Steuereumpings oder um die Flüchtlingsfrage, brauchen wir ein
29 handlungsfähiges Europa und kein permanentes „Nein“ aus Berlin. Auf globale Herausforde-
30 rungen, wie den Klimawandel und die hohen Flüchtlingszahlen, kann es nicht nur nationale
31 Antworten geben, sondern vor allem europäische!

32 *„Dazu brauchen wir Europa und die Europapolitik, für die Klimapolitik und die Steuerpolitik:
33 wir brauchen die Vereinigten Staaten von Europa.“ (Dialogveranstaltung Hamburg)*

34 *„Vision von Europa entwickeln, nicht zulassen, dass es zerbröselt“ (Dialogveranstaltung
35 Wolfsburg)*

36 Es ist Aufgabe der SPD, die zentrale Rolle Deutschlands bei der Gestaltung Europas anzumah-
37 nen und den fortschrittlichen Kräften in Europa die Hand zu reichen. Wir sind die Europapartei
38 in Deutschland. Wir streben eine Neugründung in Europa an und wollen alle konstruktiven
39 europäischen Bewegungen dabei einbinden und von ihren Ideen profitieren.

40 Europa ist das Instrument, durch das wir unseren Beitrag wirkungsvoll in den Globalisierung-
41 diskurs einbringen können. Während China und Russland ein autoritäres Staats- und Gesell-
42 schaftsmodeLL vertreten, muss Europa seine wertegeleitete, soziale und tolerante Demokratie

1 einbringen. Es muss dabei seine wirtschaftliche Kraft wertegeleitet nutzen. Die Zielsetzung
2 europäischer Integration ist nicht die marktkonforme Demokratie, sondern die Demokratiege-
3 meinschaft, die den Markt in Europa so formt, dass er auf individuellen, sozialen und ökologi-
4 schen Rechten aufgebaut wird. Zugang zu diesem Markt darf nur erhalten, wer weltweit gel-
5 tende ökologische und soziale Mindeststandards und individuelle Grundrechte respektiert.

6 Die EU zu stärken, statt sie im Krisenmodus zu lassen, sie auszubauen zu einer Union der De-
7 mokratien, die Sicherheit im Wandel des 21. Jahrhunderts schafft und friedliche Entwicklung
8 statt Konfrontation und Militarisierung zur Basis ihres Handelns macht, das ist die Aufgabe der
9 SPD, der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) sowie unserer sozialdemokratischen Frak-
10 tion im Europäischen Parlament (S&D). Zu lange haben die Sozialdemokraten Europa den
11 Marktradikalen und Konservativen überlassen. Jene wollen den Binnenmarkt als Instrument
12 einer grenzenlosen und unbeschränkten Marktfreiheit. Europa zu einem Raum der sozialen
13 Sicherheit, der individuellen Freiheit und des Rechts zu machen, das ist unsere Aufgabe! Das
14 bedeutet für die SPD aber auch, dass es eine bessere sozialdemokratische Vernetzung in Euro-
15 pa braucht. Das wird nur gelingen, wenn die SPD sich zum Motor dieses Prozesses entwickelt
16 und konkrete Visionen für eine echte Europäisierung der Politik vorlegt.

17 Wir werden u.a. folgende Fragen klären müssen:

- 18 - Wie können wir die EU so weiterentwickeln und stärken, dass Europa unsere Antwort
19 auf die Globalisierung und die Herausforderungen der Zukunft wird?
- 20 - Wie beseitigen wir die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion hin zu
21 einer politischen Union und ergänzen sie um eine soziale Dimension?
- 22 - Wie können wir die EU als demokratische Wertegemeinschaft stärken? Welche Regeln
23 sind notwendig, um Demokratie und Rechtstaatlichkeit in Europa zu schützen?
- 24 - Wie schaffen wir ein gemeinsames und solidarisches Vorgehen bei der Bekämpfung
25 von Fluchtursachen, beim Schutz der europäischen Außengrenze und bei der fairen Ver-
26 teilung von Flüchtlingen auf unserem Kontinent?
- 27 - Wie verhindern wir durch einheitliche europäische Regeln, dass Waffen aus Europa in
28 Kriegsgebiete und Diktaturen exportiert werden?
- 29 - Wie können wir einen Kurswechsel in der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik
30 erreichen, der auf Solidarität statt Austerität setzt, also auf Investitionen und sozialen
31 Ausgleich statt auf Marktradikalismus und reinen Sparzwang?
- 32 - Wie kann Europa als Raum des kulturellen und gesellschaftlichen Austausches gestärkt
33 werden?
- 34 - Wie kann die Handlungsfähigkeit der EU angesichts von Interessenunterschieden und
35 Blockademöglichkeiten in Zukunft gesichert werden?
- 36 - Wie stärken wir das Vertrauen und den Rückhalt der Bürgerinnen und Bürger in den
37 Prozess der europäischen Einigung?
- 38 - Wie kann die EU ökologische Nachhaltigkeit garantieren, um dramatische Folgen wie
39 den Klimawandel oder das Artensterben zu bekämpfen?

40 Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen sind die Wahlen zum Europäischen Parlament
41 2019 national wie europäisch von zentraler politischer Bedeutung. Als die deutsche Europapar-
42 tei, die die Zukunft unseres Kontinents gestalten will, werden wir die Europawahl 2019 als
43 Chance nutzen, unser Programm im Dialog und mit den Bürgerinnen und Bürgern zu entwi-
44 ckeln und die Menschen von unseren Zielen zu überzeugen. Wir werden uns hierauf intensiv

1 und frühzeitig mit unseren europäischen Schwesterparteien, der Sozialdemokratischen Partei
2 Europas (SPE) und der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament vorbereiten.

3 **b) Technologischer Wandel und sozialer Fortschritt**

4 Die SPD muss die Partei der guten Arbeit sein und bleiben. Es geht darum, für gute Arbeit und
5 sozialen Fortschritt in Zeiten des technologischen Wandels zu sorgen. Arbeit wird nicht ausge-
6 hen, wie manche behaupten. Sondern es geht ganz im Gegenteil darum, für eine neue Arbeits-
7 zeitpolitik und mehr Tarifbindung zu sorgen. Es geht um politische Gestaltung mit einer positi-
8 ven Vision einer Gesellschaft der guten Arbeit.

9 *„#SPDerneuern geht nur mit sichereren Arbeitsplätzen und echter Mitbestimmung bei Arbeit
10 4.0!“ (Kommentar via Twitter)*

11 Dabei ist klar, Deutschland war immer erfolgreich, wenn es auf Innovationen gesetzt hat. Das
12 ist auch die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Um sozialen Fortschritt zu erreichen,
13 setzt die SPD auf wissenschaftlichen und technischen Fortschritt. Zugleich ist dieser Fortschritt
14 auch nötig, um die großen ökologischen Fragen zu beantworten, vor allem das drängende
15 Problem des Klimaschutzes. Wir halten daran fest, dass die Belange von Arbeit und Umwelt in
16 Einklang zu bringen sind.

17 Wir wissen, dass eine starke und wachsende Wirtschaft und neue Technologien nicht automa-
18 tisch zu Wohlstandsgewinnen für alle führen werden. Das gilt etwa für viele Arbeitnehmerin-
19 nen und Arbeitnehmer mit eher niedrigem Einkommen, die heute real schlechter dastehen, als
20 noch vor 20 Jahren. Das gilt auch für heute anerkannte und nachgefragte berufliche Fähigkei-
21 ten, die morgen wertlos sein können. Dementsprechend nimmt die Zuversicht, dass die Zu-
22 kunft besser wird, bei Teilen der Bevölkerung ab.

23 *„Wir müssen uns selbst wieder vertrauen, Positionen zu Verteilungsgerechtigkeit formulie-
24 ren.“ (Dialogveranstaltung Frankfurt)*

25 Der gesamtgesellschaftliche Reichtum nimmt aller Voraussicht nach durch die Digitalisierung
26 zu. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass die Zahl derjenigen sinkt, die unmittelbar von diesem
27 Produktivitätsanstieg profitieren. Digitalisierung bedeutet also auch neue Verteilungsfragen.
28 Ob die „Digitalisierungsdividende“ nur Wenigen zu Gute kommt und den Druck auf dem Ar-
29beitsmarkt für die Mehrheit der Gesellschaft erhöhen wird, oder ob sie der Mehrheit zu Gute
30 kommt, ist vor allem eine Verteilungsfrage und somit eine direkte Herausforderung für die
31 Sozialdemokratie. Die Organisation und Verteilung von Arbeit muss neu debattiert werden und
32 die technischen Möglichkeiten müssen vor allem dazu genutzt werden, dass die Menschen ein
33 gutes Einkommen erzielen können.

34 Das Verdienst der SPD ist es, immer aus technischem auch sozialen Fortschritt gemacht zu ha-
35 ben. Deshalb ist das Zeitalter der Digitalisierung auch ein Zeitalter der Sozialdemokratie, damit
36 nicht nur die Großen, die Schnellen und die Smarten von der technologischen Innovation profi-
37 tieren. Den technischen zu einem sozialen Fortschritt zu machen, ist die Gerechtigkeitsfrage
38 unserer Zeit, der sich die SPD stellen muss.

39 Allen zivilgesellschaftlichen Bewegungen, die bei der gerechten Gestaltung der Digitalisierung
40 mitmachen wollen, reichen wir die Hand zur Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Was wir brau-
41 chen ist ein breites Bündnis von Sozialdemokratie, Gewerkschaften sowie sozialen Initiativen
42 und Bewegungen, das über eine längere Zeit hinweg über gemeinsame Ziele diskutiert und
43 koordiniert handelt.

44

1 „Die verlorengegangene Verbindung zu den Gewerkschaften muss wieder gestärkt werden.
2 Die SPD muss die Dialogfähigkeit in die Gesellschaft verbessern.“ (Dialogveranstaltung Ham-
3 burg)

4 Die Erwerbsbiographien im 21. Jahrhundert verändern sich radikal. Trotzdem gilt: Die SPD ist
5 die Partei der Arbeit, gleichgültig, ob mit Arbeit Industriearbeit, Handwerk, landwirtschaftliche
6 Tätigkeit, Dienst am Menschen, Bildung oder Ausbildung, Dienstleistungsgewerbe, Verwal-
7 tung, Selbstständigkeit, ungelernte oder andere Tätigkeiten gemeint sind. Sie alle verdienen
8 den gleichen Respekt und den gleichen Schutz. Besondere Aufmerksamkeit müssen wir dem
9 Umstand widmen, dass bisher typische Frauenberufe, wie zum Beispiel Büro- und
10 Sekretariatsberufe oder Verkäuferinnen, auch von der Digitalisierung betroffen sind und be-
11 troffen sein werden. Gleichzeitig sind Frauen in MINT-Berufen weiterhin unterrepräsentiert,
12 also gerade in den Bereichen, die an wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung gewin-
13 nen werden. Die Verdienstlücke zwischen Männern und Frauen, sowie die ungleiche Verteilung
14 von unbezahlter Sorgearbeit, drohen durch die Digitalisierung der Arbeitswelt verstärkt zu
15 werden. Die weibliche Perspektive muss bei der Gestaltung des Arbeitsmarktes der Zukunft mit
16 einbezogen werden. Dabei ist auch zentral, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch mo-
17 biles Arbeiten zu ermöglichen.

18 Durch die Digitalisierung ändern sich nahezu alle Berufe, und es ist Aufgabe der SPD als Partei
19 der Arbeit, diesen Wandel so zu gestalten, dass Menschen ein sicheres Einkommen, Bestäti-
20 gung und eine langfristige Perspektive erhalten und dabei die neuen Realitäten in der Arbeits-
21 welt zu berücksichtigen und positiv zu gestalten. Im Zuge der Plattformökonomie verändert
22 sich auch der Begriff des Betriebs und der Arbeitnehmerbegriff. Die Grenzen der Betriebe wer-
23 den unübersichtlicher, z.B. durch die Einbeziehung von Arbeiternehmerinnen und Arbeitneh-
24 mern auf digitalen Plattformen. Es gilt weiterhin: Eine langfristige Perspektive, Sicherheit und
25 Mitbestimmung am Arbeitsplatz bleibt wichtig - egal was, wo und wie man arbeitet.

26 „Agenda 2010 kritisch betrachten und weiterentwickeln!“ (Dialogveranstaltung Hamburg)
27 „Fehler der Agenda 2010 klar benennen – keine kosmetischen Korrekturen.“ (Dialogveranstal-
28 tung Leipzig) „soziale Alternative zu Hartz IV“ (Dialogveranstaltung Kaiserslautern)

29 Globalisierung und technischer Wandel haben auch Folgen für die Löhne. Es ist deshalb gut,
30 dass die SPD Branchenmindestlöhne durchgesetzt hat. Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn
31 ist eine unverzichtbare Lohnuntergrenze, die Millionen Beschäftigte schützt. Er wird regelmä-
32 ßig durch die Mindestlohnkommission überprüft. Unabhängig von diesem wichtigen Mecha-
33 nismus wollen wir prüfen, wie wir sicherstellen, dass wer sein Arbeitsleben lang zu Mindest-
34 lohnbedingungen Vollzeit gearbeitet hat, im Alter nicht auf öffentliche Unterstützung ange-
35 wiesen ist, und wie der Mindestlohn dann ausfallen muss. Aus dem gleichen Grund halten wir
36 es für wichtig, sicherzustellen, dass Beschäftigte auch in höherem Alter in der Lage sind, einen
37 neuen Beruf zu lernen. Da geht es um finanzielle Bedingungen und Rechtsansprüche, die das
38 ermöglichen müssen. Maßnahmen, wie der gesetzliche Mindestlohn und auch dessen Erhö-
39 hung sind richtig. Allerdings bleiben sie eine Art Notwehr. Die Förderung der Tarifbindung ist
40 und bleibt ein zentrales Ziel sozialdemokratischer Politik.

41 Durch die Digitalisierung werden sich viele Arbeitsplätze und Berufsbilder in naher Zukunft
42 komplett verändern. Deshalb brauchen wir eine aktive Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, die
43 diesen großen Umbruch für die Beschäftigten und die Betriebe zum Guten mitgestaltet. Hier
44 sind alle gefragt: die Beschäftigten, die Betriebe und die Sozialpartner. Auch der Staat muss
45 neue Wege gehen: Mit einem persönlichen Chancenkonto sollen alle Arbeitnehmerinnen und
46 Arbeitnehmer mit einem staatlichen Startguthaben ausgestattet werden. Es soll eingesetzt

1 werden für die Finanzierung von Weiterbildung und Qualifizierung, die über reine Erhaltungs-
2 qualifikationen hinausgehen, denn dafür müssen die Unternehmen Verantwortung tragen.
3 Man kann es zudem nutzen für Existenzgründungen und den Übergang in die Selbstständig-
4 keit.

5 Wenn sich Arbeit durch die Digitalisierung so grundsätzlich verändert, dann müssen wir auch
6 unsere Sozialsysteme verändern. Wir brauchen zusätzliche Angebote, die sich besonders an
7 Beschäftigte richten, deren Arbeitsplätze durch die Automatisierung gefährdet sind und die
8 nicht unmittelbar durch Umschulung und Qualifizierung neue Jobs finden werden. Die Frage
9 ist, ob das bestehende Hartz-IV-System in Richtung eines „solidarischen Grundeinkommens“
10 verändert werden kann. Weniger Verwaltung von Arbeitslosigkeit und mehr Angebote von
11 guter, sozialversicherungspflichtiger Arbeit, die zugleich für ein besseres gesellschaftliches Zu-
12 sammenleben sorgt, müssen das Ziel sein.

13 Grundsätzlich gilt: Möglichst alle Menschen müssen vom digitalen Umbruch profitieren und
14 nicht nur die Internet- und Datengiganten. Dabei muss gerade die SPD darauf achten, dass
15 Menschen nicht zu reinen Objekten der Datenverarbeitung werden.

16 Aber eine gute digitale Zukunft wird nur europäisch gelingen. Deshalb muss beispielsweise
17 eine europäische Digitalcharta die Frage beantworten, wie wir künftig leben wollen, was uns
18 wichtig ist und welche Regeln gelten. Und auch wirtschaftspolitisch müssen wir bei der Digita-
19 lisierung besser werden, etwa indem wir europäische Digitalfirmen stärken und fördern, damit
20 wir unabhängiger von den Silicon Valley-Firmen werden oder von zukünftigen Plattformgigan-
21 ten aus China. Dies ist auch zentral, um Pressefreiheit und Meinungsvielfalt langfristig zu ga-
22 rantieren.

23 Wir werden u.a. folgende Fragen klären müssen:

24 - Neue Wirtschaftspolitik: Wie sichern wir Deutschlands Innovationsfähigkeit? Wie si-
25 chern wir den Industriestandort Deutschland in der digitalen Welt? Wie schaffen wir
26 nachhaltiges Wachstum und Sicherheit der Arbeitsplätze? Wie schaffen wir es, dass
27 Wohlstand und Chancen besser und gerechter verteilt werden? Wie soll die soziale
28 Marktwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung und Digitalisierung aussehen? Wie
29 schaffen wir es, Machtkonzentrationen und Monopolbildungen in der plattformgetrie-
30 benen Ökonomie zu verhindern? Welche Rolle kommt dem Staat zu, um wirtschaftliche
31 Innovationen und gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern?

32 - Neue Arbeitswelt: Wie nutzen wir die technischen Möglichkeiten für eine humanere
33 Arbeitswelt und die bessere Vereinbarkeit von Leben und Arbeit? Wie garantieren wir
34 angesichts der Entgrenzung, etwa in der digitalen Plattformökonomie, neue Schutzzon-
35 nen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer? Wie erhöhen wir die Tarifbindung
36 in allen Branchen und Sektoren? Welche Aufgaben haben Politik und Sozialpartner zur
37 Stärkung der Tarifbindung? Wie müssen sich sozialstaatliche Regelungen verändern,
38 um die Vielfältigkeit der digitalen Beschäftigungsformen und veränderten Erwerbsbio-
39 grafien zu erfassen? Welche Antworten braucht gute Arbeit im Dienstleistungssektor?
40 Wie verhindern wir digital getriebenen neuen Arbeitsdruck, -verdichtung und
41 -kontrolle? Wie schaffen wir Angebote für Qualifizierung und Weiterbildung, damit alle
42 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Digitalisierung profitieren können?
43 Welche geschlechterspezifischen Auswirkungen hat die Digitalisierung und wie stellen
44 wir sicher, dass es nicht zu neuen, starren Geschlechterrollen kommt? Wie kann die ge-
45 ringe Beteiligung von Frauen an Start-Ups gesteigert werden? Entstehen durch neue
46 Arbeitsformen neue Berufsbilder, die eine gleichberechtigtere Arbeitsweise ermögli-
47 chen? Wie werten wir den Beruf der Pflegekraft so auf, dass sich Frauen und Männer

- 1 vorstellen können, in diesem Beruf zu arbeiten? Wie können wir durch flexible Arbeits-
2 zeiten und Arbeitszeitmodelle die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern?
- 3 - Soziale Sicherheiten: Wie kann der Staat bessere soziale Dienstleistungen anbieten und
4 so bessere Lebenschancen eröffnen und soziale Lebensrisiken verlässlich absichern?
5 Wie müssen wir das deutsche Sozialmodell erneuern, damit es Antworten auf neue Er-
6 werbsformen und Lebensverläufe gibt? Wie können Daseinsvorsorge, öffentliche Güter
7 und soziale Institutionen in allen Regionen Deutschlands wieder gestärkt werden?
- 8 - Würde im demografischen Wandel: Wie garantieren wir ein sicheres und menschen-
9 würdiges Leben im Alter? Wie reformieren wir die Pflege, damit sie den Ansprüchen un-
10 serer Zeit entspricht? Wie verhindern wir, dass die Absicherung der großen Lebensrisi-
11 ken dem einzelnen aufgebürdet und somit allein nach Markt- und Wettbewerbskriteri-
12 en organisiert wird?

13 c) Flucht und Migration

14 Wir stehen für einen humanen Flüchtlingsschutz und eine Politik, die Zuwanderung vernünftig
15 steuert. Es waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die auch aufgrund ihrer eige-
16 nen Verfolgungs- und Fluchtgeschichte dafür gesorgt haben, dass das Asylrecht in Deutschland
17 Verfassungsrang hat. Zudem wollen wir im Wettstreit um die klügsten Köpfe Frauen und Män-
18 ner aus aller Welt gewinnen, um gemeinsam mit ihnen unsere gesellschaftliche wie wirtschaft-
19 liche Entwicklung zu gestalten.

20 Die Wahlanalyse zeigt, dass die SPD viele Fragen von Flucht und Migration nicht ausreichend
21 beantwortet hat. Wir haben es nicht geschafft, über reaktive Tagespolitik hinauszukommen
22 und aufzuzeigen, wie eine humane Migrations- und Flüchtlingspolitik in europäischer Solidari-
23 tät gelingen kann, ohne Deutschland zu überfordern. Wir brauchen auch eine verantwortliche
24 Politik Deutschlands und der Europäischen Union, die Flüchtlingen in den Ländern außerhalb
25 Europas, in denen sie Schutz gefunden haben, Hilfe leistet. Sie müssen dort Perspektiven für
26 ein eigenständiges Leben auch außerhalb von Flüchtlingsunterkünften finden.

27 Auf den tatsächlichen wie den gefühlten Kontrollverlust des Staates haben wir keine ausrei-
28 chende Antwort gegeben. Deshalb müssen wir ein konsistentes Angebot ausarbeiten, das in-
29 ternational die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Mittelpunkt stellt, eine europäische
30 Gesamtstrategie für eine humanitäre Flüchtlingspolitik einschließlich eines europäischen Ein-
31 wanderungsgesetz entwickelt und die Länder und Kommunen in Deutschland in die Lage ver-
32 setzt, die gewaltigen Integrationsaufgaben zu schultern. Wir werden daher u.a. folgende Fra-
33 gen klären müssen:

- 34 - International: Was müssen wir tun für eine Fluchtursachenbekämpfung, die diesen
35 Namen auch verdient? Wie sorgen wir dafür, dass es generell keine Waffenexporte
36 mehr in Krisengebiete und an Diktatoren gibt? Wie kommen wir zu stabilen, demokra-
37 tischen Staatsstrukturen in heutigen Krisenregionen? Wie gestalten wir eine faire in-
38 ternationale Handels-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik, die vor allem Ländern
39 auf dem afrikanischen Kontinent gute wirtschaftliche, soziale und politische Perspekti-
40 ven ermöglicht? Wie können wir konsequenter für Klimaschutz sorgen und gegen den
41 Klimawandel angehen, der immer mehr Menschen dazu zwingt, ihre Heimat zu verlas-
42 sen?
- 43 - Europäisch: Wie kommen wir zu einer solidarischen Flüchtlingspolitik, die eine Über-
44 forderung einzelner Mitgliedstaaten verhindert? Wie überwinden wir in der europäi-
45 schen Flüchtlingspolitik die derzeit völlig unterschiedlichen Entscheidungspraktiken

- 1 und Versorgungsniveaus in den einzelnen Mitgliedstaaten? Wie schaffen wir ein euro-
2 päisches Zuwanderungsrecht, das legale Möglichkeiten zur Migration schafft?
- 3 - National: Wie garantieren wir die Leistungsfähigkeit des deutschen Asylsystems, und
4 wie verhindern wir Kontrollverlust? Wie wollen wir die Rückführung von vollziehbar
5 ausreisepflichtigen Asylbewerbern verbessern? Wie machen wir Integration zu einem
6 Querschnittsthema für die gesamte Gesellschaft? Wie schaffen wir es, dass die schnelle
7 Integration von anerkannten Flüchtlingen gelingt? Welches verbindliche Engagement
8 fordern wir von Flüchtlingen ein, welche Angebote muss der Staat machen? Welche
9 Einwanderungsstrategie braucht unser Land? Was brauchen Kommunen und ehren-
10 amtliche Helfer, ohne deren Leistung wir die Aufgabe nicht bewältigen werden, an Un-
11 terstützung?

12 **d) Zusammenhalt und Demokratie stärken**

13 Eine offene Gesellschaft braucht eine starke Demokratie und einen starken sozialen Rechts-
14 staat. Zusammenhalt und Solidarität müssen gefördert, Regeln durchgesetzt und damit Si-
15 cherheit gewährleistet werden. Der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ist jedoch brüchig
16 geworden. Zu viele Menschen fühlen sich ausgeschlossen oder erleben tatsächliche Benachtei-
17 ligung. Viele sind unzufrieden und wenden sich von demokratischer Politik ab. Neue Bruchli-
18 nien spalten die Gesellschaft im Bewusstsein vieler Menschen in Gewinner und Verlierer.

19 Der Brexit, die Wahl von Donald Trump und anderen Populisten ist Ausdruck einer tiefsitzen-
20 den Spaltung unserer Gesellschaften. Gesellschaft ist der Ort, mit dem man verbunden ist, an
21 dem Aushandlungsprozesse stattfinden, Kompromisse geschlossen werden und an dem sich
22 die Zukunftsfähigkeit eines Gemeinwesens und die Widerstandsfähigkeit bei Erschütterung
23 entscheidet. Damit Gesellschaften solche Orte sein können, brauchen Menschen Vertrauen
24 und verdienen Respekt für ihre Lebensleistung. Sie brauchen eine Perspektive und Sicherheit.

25 Die SPD ist die Partei, die sich um Sicherheit kümmert, und zwar um Sicherheit in allen Lebens-
26 bereichen. Um innere Sicherheit, um äußere Sicherheit und um soziale Sicherheit. Sicherheit ist
27 Bedingung für ein freies Leben.

28 Zu gerechten Perspektiven gehört, dass wir das Chancenversprechen in unserer Gesellschaft
29 erneuern und jedem garantieren, dass er oder sie die gleichen Möglichkeiten bekommt, egal
30 welchen biographischen oder regionalen Hintergrund jemand hat. Hierfür müssen wir Milliar-
31 denbeträge freimachen, damit unser Bildungssystem das beste der Welt wird. Das im Wahl-
32 kampf von uns vorgeschlagene Aufbrechen des starren Bildungsföderalismus und eine an den
33 Bedürfnissen der Eltern und Kinder orientierte Bildungspolitik ist dabei ein wichtiges Element,
34 auch um Identitätskrisen aufzugreifen.

35 Um eine Spaltung zwischen Jung und Alt zu vermeiden, bedarf es überdies eines neuen Gene-
36 rationenvertrags, bei dem vor allem Familien gestärkt werden. Unsere im Wahlkampf vorge-
37 stellten Pläne waren ein wichtiger Beitrag für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Ren-
38 tensystems – hieran müssen wir konzentriert weiterarbeiten. Um die Gleichberechtigung zwi-
39 schen Frauen und Männern voranzutreiben, müssen Frauen und ihre Belange sichtbar und hör-
40 bar einbezogen werden.

41 Wir brauchen auch ein Aktionsprogramm für gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regio-
42 nen Deutschlands, um praktische Herausforderungen zu gestalten und gegenseitiges Ver-
43 ständnis zu erhöhen. Menschen, die in ländlichen Regionen leben und wohnen, haben densel-
44 ben Anspruch auf eine gute Infrastruktur und Orte für zivilgesellschaftliche und kulturelle Ent-
45 faltung. Die öffentliche Infrastruktur und die Daseinsvorsorge müssen die Handlungsfähigkeit
46 des Staates beweisen. Das gilt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, insbesonde-

1 re in elementar wichtigen Bereichen, wie dem medizinischen Angebot und der Altenpflege.
2 Hier ist der Staat in der Verantwortung, und auch die demokratischen Parteien müssen in die-
3 sen Regionen ihre Präsenz erhöhen.

4 *„Sich als Schutzmacht der arbeitenden und doch armen Bevölkerung darzubieten wäre unsere
5 Aufgabe gewesen. Diese Gruppe haben wir der AfD weitgehend überlassen.“ (via e-mail)*

6 Für die Stärkung unserer Demokratie ist es zentral, entschlossen gegen Rechtspopulismus und
7 Fanatismus zu kämpfen. Dies ist seit mehr als 150 Jahren eine der zentralsten Pflichten der
8 Sozialdemokratie. Wir wollen die Demokratie revitalisieren und verteidigen. Dazu wird die SPD
9 u.a. als wesentlicher zivilgesellschaftlicher Akteur helfen, kultur- und debattenfördernde An-
10 laufpunkte aufzubauen, die für die Gemeinschaft nutzbar sind und Ankerpunkte für die demo-
11 kratische und soziale Gesellschaft in Regionen bieten. Dies ist besonders in Regionen wichtig,
12 an denen die Abwesenheit von Staat und anderer Infrastruktur zu einem Vakuum der Zivilge-
13 sellschaft geführt hat.

14 *„Die SPD steht seit über 100 Jahren für das "Soziale", also für das Interesse am Anderen, für
15 Gleichstellung, für Hilfsbereitschaft, für Verantwortungsbewusstsein und für die Stärkung der
16 Gemeinschaft – dies ist – meiner Auffassung nach – die erforderliche programmatische
17 Klammer, die der SPD zur Zeit fehlt.“ (via e-mail)*

18 Den direkten Dialog mit den Menschen vor Ort wiederzubeleben, ist ein erklärtes und priori-
19 siertes Ziel der SPD. Die „Bürger-Arenen“, die der Parteivorsitzende in den Regionen angekün-
20 digt hat, in denen die AfD ein hohes Wahlergebnis erzielt hat, stehen exemplarisch für diese
21 Herangehensweise der Partei vor Ort.

22 *„Das ganze Jahr Präsenz zeigen, nicht nur im Wahljahr.“ (Dialogveranstaltung Hamburg)*

23 *„Vor Ort – zuhören, kümmern, Lösungen aufzeigen – 4 Jahre nicht 6 Wochen“ (Dialogver-
24 staltung Leipzig)*

25 *„Vertrauen ist nur durch Präsenz zu schaffen, zur SPD stehen und auf die Straße gehen, kon-
26 tinuierlich, z. B. jeden Monat ein Werkstattgespräch, in Unternehmen, Verbänden etc.“ (Dia-
27 logveranstaltung Frankfurt)*

28 *„Wieder mehr handeln, wieder mehr auf der Straße sein. Ehrlich sein. Sonst werden wir nicht
29 für voll genommen.“ (Dialogveranstaltung Berlin)*

30 Wir werden u.a. folgende Fragen klären müssen:

- 31 - Was tun wir als Partei konkret vor Ort für gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur
32 Stärkung der Demokratie? Wie kann die SPD in Zusammenarbeit mit anderen gesell-
33 schaftlichen Gruppen die Demokratie gerade in den Kommunen wieder stärker erlebbar
34 machen? Kann direkte Demokratie helfen, Politikverdrossenheit zu verringern oder
35 werden politische und gesellschaftliche Konflikte eher verschärft?
- 36 - Sind die öffentliche Infrastruktur und die Angebote der Daseinsvorsorge ausreichend
37 und zukunftsfähig, vor allem auch im Bereich Gesundheit und Pflege? Welche Maß-
38 nahmen müssen ergriffen werden, um die Leistungsfähigkeit des Staates sicherzustel-
39 len und zu verbessern?
- 40 - Wie kommen wir wieder mit denjenigen ins Gespräch, die sich von demokratischen Par-
41 teien abgewendet haben? Wie kann ein gesamtgesellschaftliches Wir-Gefühl jenseits

- 1 von Ausgrenzung und Nationalismus gefördert werden? Wie können wir die zentralen
2 Fragen des Zusammenlebens (Wer sind wir? Wer gehört zu uns? Was macht uns aus?)
3 wieder gesamtgesellschaftlich diskutieren und klären? Wie ermöglichen wir, dass Men-
4 schen Zugehörigkeit und Heimat in einer vielfältigeren Gesellschaft erleben können?
- 5 - Wie organisieren wir öffentliches Handeln besser, damit Bürgerinnen und Bürger den
6 Staat wieder stärker als Partner in ihrem Lebensalltag wahrnehmen? Wie garantieren
7 wir, dass sich Frauen einfacher politisch beteiligen können? Wo schaffen wir neue Frei-
8 räume für persönliche Entfaltung durch den Abbau überflüssiger Bürokratie oder staat-
9 licher Ineffizienz? Wo muss der Staat stärker eingreifen und mehr investieren, um sei-
10 nem Anspruch als sozialer Rechtsstaat im Dienst der Bürgerinnen und Bürger gerecht
11 zu werden?

12 **III.4. Arbeitsformate zur inhaltlichen Erneuerung**

13 Die Antworten auf die beschriebenen programmatischen Herausforderungen brauchen eine
14 neue Arbeitsstruktur, um die offene und kritische Diskussion zu ermöglichen und die Entschei-
15 dungsfindung vorzubereiten. Wir werden daher einen Prozess „Kompass2018“ starten, unter
16 dem jedes der bisher genannten Themen ein eigenständiges Forum erhält (Forum Europa, Fo-
17 rum Fortschritt, Forum Migration, Forum Zusammenhalt). Dabei sollen insbesondere auch
18 Möglichkeiten zur Online-Beteiligung geschaffen werden. Dieser Prozess wird nicht nur partei-
19 intern stattfinden, sondern wir laden alle Bürgerinnen und Bürger ein, sich an dem Neustart
20 der sozialdemokratischen Bewegung zu beteiligen. Der Parteivorstand wird beauftragt, diesen
21 Prozess zu organisieren. Ziel ist es, innerhalb eines Jahres bis Ende 2018 zu einer mutigen und
22 klaren innerparteilichen programmatischen Klärung zu kommen.

23 Auf der Grundlage dieser programmatischen Klärung soll nach dem außerordentlichen Partei-
24 tag 2018 ein Prozess zur Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms eingeleitet werden.

25

26 **IV. Die organisatorische Erneuerung**

27 Die organisatorische Erneuerung unserer Partei wird die gesamte Organisation umfassen. Wir
28 wollen eine offene, innovative und diskussionsfreudige Partei werden, die Parteiarbeit im digi-
29 talen Zeitalter völlig neu definiert. Wir werden eine neue Kultur der Gleichberechtigung und
30 des Miteinanders verankern. Was gut war, kann bleiben. Was nicht gut ist, werden wir gemein-
31 sam verändern. Mit Mut zu neuen Wegen und Neugier auf die Veränderungen, die vor uns lie-
32 gen.

33 Dem großen Wunsch vieler SPD-Mitglieder nach mehr Mitbestimmung, mehr Transparenz,
34 mehr Generationengerechtigkeit, mehr Familienfreundlichkeit und neuen Beteiligungsforma-
35 ten, der zuletzt auch auf den Dialogveranstaltungen überall im Land deutlich wurde, werden
36 wir konsequent Rechnung tragen. Die SPD muss die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden. Sie
37 muss durchlässiger werden und Menschen ohne Parteierfahrung einen Einstieg erleichtern.

38 Wir haben Respekt vor jedem, der sich engagieren möchte, unabhängig von zeitlichen Mög-
39 lichkeiten. Unser Anspruch ist, dass die SPD in Zukunft für jedes Mitglied eine Heimat und
40 Möglichkeiten bietet, sich nach Kräften zu beteiligen.

41 *„Der größte Schatz der SPD sind die Mitglieder, die einzelnen Menschen, deren Herz voll ro-
42 tem, sozialem Blut ist.“ (via e-mail)*

1 Der Parteivorstand wird beauftragt eine umfassende Mitgliederbefragung durchzuführen und
2 dabei gleichzeitig eine Bestandsanalyse vorzunehmen, um ein klares Bild von den Erwartungen
3 unserer Mitglieder zu bekommen. Wir werden in die Partei hinein hören und die Erneuerung
4 der Partei stark an den Vorstellungen unserer Mitglieder ausrichten. Die Parteikonvente 2018
5 und 2019, sowie die Parteitage 2018 und 2019 beraten und entscheiden dann über die daraus
6 abzuleitenden Maßnahmen.

7 *„-mehr Basiskonferenzen / Dialogveranstaltungen / Bürgerforen / Veranstaltungen vor Ort –
nicht nur dann, wenn es brennt.
8 -mehr Online-Konferenzen für Jüngere und ländliche Regionen,
9 -mehr Mitgliederentscheide,
10 -direkter Draht von unten nach oben fehlt / die Spitze soll die Basis fragen, was wichtig sein
11 SOLL“ (Dialogveranstaltung Kaiserlautern)*

12 Darüber hinaus müssen wir unsere hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen, aber auch unse-
13 re Mitglieder und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger laufend qualifizieren und fördern,
14 so dass diejenigen, die für die SPD aktiv sind, die anspruchsvoller werdenden Aufgaben in den
15 Bereichen politischer-, kommunikativer- und organisatorischer Herausforderungen auch in
16 Zukunft gut meistern können. Ein solcher Prozess braucht Zeit und kann nicht von oben nach
17 unten verordnet werden. Die organisatorische Erneuerung muss deshalb als eine gemeinsame
18 Aufgabe aller Gliederungsebenen verstanden und Hand in Hand umgesetzt werden. Wir müs-
19 sen in den kommenden Jahren nicht nur unsere Organisation deutlich umbauen, sondern auch
20 unsere „Organisationskultur“ auf die Höhe der Zeit bringen.

21 *„Unsere innerparteiliche Kommunikation verläuft wie auf einer Einbahnstraße vor allem von
22 oben nach unten. Es gibt in unserer Kommunikation auch zu viele Ausrufezeichen und zu we-
23 nig Fragezeichen“ (via e-mail)*

24
25 Für eine erfolgreiche Erneuerung braucht es erstens klare Zielbeschreibungen, zweitens einen
26 verbindlichen Fahrplan, drittens eine klare Aufgabenzuweisung an die verschiedenen Partei-
27 ebenen und Akteure in diesem Veränderungsprozess. Die Organisationspolitische Kommission
28 wird deshalb beauftragt, entsprechend dieser drei Prämissen und auf der Grundlage der in die-
29 sem Antrag formulierten inhaltlichen Vorgaben, einen entsprechenden organisationspoliti-
30 schen Erneuerungsprozess zu begleiten. Die dafür notwendigen personellen und finanziellen
31 Ressourcen sind dafür vom Parteivorstand im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten si-
32 cherzustellen.

33 Schon jetzt wollen wir aber erste wichtige Schritte zur organisationspolitischen Erneuerung
34 unserer Partei gehen:

- 35 - Die Anforderungen an die Durchführung von Mitgliederbegehren werden wir überprü-
36 fen. Darüber hinaus werden wir die Beteiligung der Mitglieder bei Personalentschei-
37 dungen auf Bundesebene ermöglichen. Die Arbeit der Antragskommission zu den Bun-
38 desparteitagen und Konventen werden wir nachvollziehbarer gestalten.
- 39 - Bis zum ordentlichen Bundesparteitag 2019 wollen wir konkrete Zielvereinbarungen
40 entwickeln, um die Repräsentanz von Mandats- und Funktionsträgern stärker als bisher
41 an die realen gesellschaftlichen Alters- und Berufswirklichkeiten anzupassen.
- 42 - Für die satzungsgemäßen Arbeitsgemeinschaften gelten die organisationspolitischen
43 Programme und in den Richtlinien der Arbeitsgemeinschaften getroffenen Festlegun-
44 gen, dass die Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften zu den Klausursitzungen des

- 1 SPD-Parteivorstands ein Arbeitsprogramm und eine Jahresplanung für das jeweilige
2 Jahr vorlegen. Allerdings hat der Parteivorstand diese Arbeitsprogramme weder disku-
3 tiert noch mit Budgets unterlegt. Die Vorlage der Arbeitsprogramme der Arbeitsge-
4 meinschaften muss deshalb mit der Beratung des Haushalts verbunden werden. Auch
5 die Arbeitsgemeinschaften sind gebeten, ihren Beitrag zu #SPDerneuern darzulegen.
- 6 - Die in der Vergangenheit vereinbarten Organisationsreformen werden noch einmal auf
7 ihre Umsetzung und Wirksamkeit hin überprüft. Es mangelte in der Vergangenheit
8 nicht an Ideen oder guten Vorschlägen, sondern an der konsequenten Umsetzung die-
9 ser Vorschläge. Diesen Fehler werden wir nicht wiederholen. Die Umsetzung der orga-
10 nisationspolitischen Beschlüsse des Bundesparteitags werden wir transparent und
11 nachvollziehbar gestalten.
- 12 - Zwar haben wir Instrumente für die Gleichstellung, wie die Quote und das Reißver-
13 schlussverfahren, allerdings werden sie nicht immer konsequent angewandt. Dies
14 reicht nicht, um Frauen auf allen Ebenen an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Um
15 dies zu gewährleisten, wird eine Stabstelle für Gleichberechtigung beim Generalsekre-
16 tär eingerichtet. Dadurch wollen wir besser gewährleisten, dass alle Themen auch aus
17 der Perspektive von Frauen beleuchtet, Veranstaltungen nicht allein von Männern be-
18 stritten, Weiter- und Fortbildungen zum Thema Gender durchgeführt werden, und dass
19 die Strukturen so beschaffen sind, dass Frauen sich vor Ort politisch engagieren können.
20 Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit dem ehrenamtlichen Engage-
21 ment in der SPD insbesondere für Frauen und Männer mit Familienpflichten verbes-
22 sern.
- 23 - Notwendig sind familienfreundliche Sitzungszeiten, Kinderbetreuungsangebote sowie
24 Plattformen und Debattenräume, in denen Frauen sinnvoll mitarbeiten können – onli-
25 ne und offline. Wir brauchen die Expertise von Frauen und werden daher eine gründli-
26 che, wissenschaftlich begleitete Analyse unserer Strukturen, Arbeitsweisen und inner-
27 parteilichen Kultur vornehmen, um zu prüfen, welche Hürden die Einbindung von Frau-
28 en in verantwortlichen Positionen unserer Partei erschweren. Aus dieser Analyse, deren
29 Ergebnisse wir veröffentlichen werden, sind konkrete Maßnahmen und Beschlüsse zur
30 Erreichung der genannten Ziele abzuleiten.
- 31 - Die Gleichstellung von Frauen und Männern in der SPD bleibt eine Aufgabe aller Partei-
32 gliederungen. Was wir programmatisch fordern, müssen wir auch innerhalb der Partei
33 leben. Nur so können wir auch glaubwürdig sein. Den politischen Inhalten muss nun
34 auch das Bild der SPD als moderne und vielfältige Partei folgen!
- 35 - Die gesamte SPD-Parteiführung muss konsequent für die Gleichstellung von Frauen
36 und Männern eintreten. Einerseits muss sie gleichstellungspolitische Themen voran-
37 treiben und überzeugend nach außen vertreten. Andererseits müssen alle Verantwort-
38 lichen – Haupt- wie Ehrenamtliche – auf allen Ebenen der SPD dafür sorgen, dass wir
39 auch in der Partei leben, was wir für Wirtschaft und Gesellschaft zu Recht einfordern.
40 Nur so können wir Glaubwürdigkeit zurück gewinnen. Dazu gehört auch, dass die Quo-
41 te bei der Besetzung von Parteigremien, bei Delegiertenwahlen und Listenaufstellun-
42 gen eingehalten wird und Wahlen, die den Vorgaben nicht entsprechen, nicht akzep-
43 tiert werden.
- 44 - Jede Parteiebene muss ihre jeweilige Verantwortung für die innerparteiliche Gleichstel-
45 lung wahrnehmen und die jeweils darüber liegende Parteiebene muss überprüfen, dass
46 dies auch geschieht. Wir werden mit den Bezirken und Landesverbänden beraten, wie
47 wir das in Zukunft sicherstellen können.

1 IV.1. Die SPD für das digitale Zeitalter aufstellen

2 Die Digitalisierung verändert unsere Gesellschaft und damit auch die politische Kommunikati-
3 on und Willensbildung fundamental. Für Parteien bieten sich dadurch enorme Chancen, wenn
4 sie den Wandel begreifen und Veränderungen vornehmen. Wir werden die SPD in den kom-
5 menden Jahren strukturell und organisatorisch für das digitale Zeitalter aufstellen.

6 *„Die SPD muss in sich - also auch die Mitglieder untereinander - einen wertebasierten, offenen
7 und vertrauensvollen persönlichen Zugang zu einander finden. Dazu braucht es eine mitglie-
8 deraktive Plattform.“ (via e-mail)*

9 Auf dem ordentlichen Bundesparteitag im Dezember 2015 haben wir mit #DigitalLeben ein
10 Grundsatzprogramm für die Digitale Gesellschaft beschlossen, das programmatisch einen zu-
11 kunftsweisenden Rahmen für unsere inhaltliche Arbeit liefert. Aus den Erfahrungen der Ent-
12 wicklung des Grundsatzprogramms, das online und partizipativ entwickelt wurde, können wir
13 bei der Erneuerung unserer Partei profitieren.

14 *„Nicht nur digital kommunizieren, sondern die Stränge digital und analog zusammenführen.“
15 (Dialogveranstaltung Berlin)*

16 Die Digitalisierung der Partei wird unter der Leitung des Generalsekretärs konsequent vorange-
17 trieben. Wir werden dabei Denkräume schaffen, um kreative digitale Köpfe in und außerhalb
18 der SPD in diesen Prozess einzubeziehen. Wir wollen Parteiarbeit neu denken und die Ergebnis-
19 se in den Erneuerungsprozess einfließen lassen. Erfolgreiche Formate, wie den „Hackathon“ im
20 Willy-Brandt-Haus, werden wir wiederholen und das Know-How langfristig an unsere Partei
21 binden.

22 *„Nicht nur Inhalte „senden“, sondern Inhalte „empfangen“ – über neue Partizipationsformen
23 z.B. über das Internet (mit Antragsrecht).“ (Dialogveranstaltung Wolfsburg)*

24 In einem ersten Schritt wollen wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- 25 - Unser Ziel ist, die Parteiarbeit durch die weitere Digitalisierung aller Strukturen effizi-
26 enter, professioneller, offener und partizipativer zu gestalten. Der Parteivorstand prüft
27 die Möglichkeiten zur Einrichtung einer digitalen Anlaufstelle für alle Mitglieder, etwa
28 in Form einer App, zur Vereinfachung aller organisatorischen und inhaltlichen Aspekte
29 der Parteiarbeit. Wir wollen dadurch auch die digitalen Beteiligungsmöglichkeiten stär-
30 ken und zu programmatischen und organisatorischen Fragen regelmäßig ein Mei-
31 nungsbild der Mitglieder einholen.
- 32 - Wir wollen unseren Mitgliedern neue Möglichkeiten eröffnen, sich digital, themenbe-
33 zogen und zeitlich flexibel in unserer Partei zu engagieren. Der Parteivorstand wird
34 deshalb beauftragt, bis spätestens 2019 die Einrichtung einer begrenzten Anzahl onli-
35 ne-organisierter Themenplattformen durchzuführen. Die Themenplattformen ermögli-
36 chen die ortsungebundene Teilhabe an politischen Prozessen und stärken den inhaltli-
37 chen Diskurs in unserer Partei. Dies wird den Anteil der aktiven Mitglieder, die sich bis-
38 her in den bestehenden Strukturen nicht wiederfinden, deutlich erhöhen. Die Themen-
39 plattformen erhalten ein Antragsrecht auf dem Bundesparteitag. Die Forderung, den
40 Themenplattformen Delegiertenrechte zu übertragen, ist berechtigt und wird vor der
41 Einführung gemeinsam mit der organisationspolitischen Kommission geprüft.
- 42 - Wir werden ein Online-Ideenmanagement entwickeln, um die Kreativität und die Inno-
43 vationskraft unserer Mitglieder für die Erneuerung unserer Partei zu nutzen. Wir wollen

1 die Arbeitsabläufe, die Kommunikation und die Arbeit vor Ort auf allen Ebenen verbes-
2 sern. Dafür werden wir Ideen sammeln und diese transparent bewerten und bearbei-
3 ten.

4 - Wir wollen die digitalen Kompetenzen unserer Haupt- und Ehrenamtlichen auf allen
5 Ebenen stärken. Dafür werden wir die digitale Expertise der Parteischule weiter aus-
6 bauen. Wir wollen zudem, dass Haupt- und Ehrenamtliche von den Erfahrungen aus
7 anderen Regionen profitieren und ein unkomplizierter Austausch über erfolgreiche
8 Formate und Ideen (best practice) ermöglicht wird.

9 - Die Parteizentrale in Berlin wird sich gemeinsam mit den Bezirks- und Landesverbän-
10 den neuen digitalen Organisationsmöglichkeiten, wie kollaborativen Projektmanage-
11 ment- und Kommunikationstools öffnen, um neue, kreative Potenziale freizusetzen.
12 Gleichzeitig ermutigen wir unsere Mandats- und Amtsträger neue digitale Dialogfor-
13 men für ihre Arbeit zu nutzen, um direktes Feedback für ihre Arbeit einzuholen.

14 **IV.2. Antworten auf regionale Schwächen der SPD**

15 Wir haben 299 Bundestagswahlkreise. In diesen leben im Durchschnitt 1.454 Mitglieder; aller-
16 dings unterscheiden sich die Wahlkreise stark. Sie schwanken von 5.136 bis zu 148 Mitgliedern.
17 Gerade im Osten finden wir die meisten Wahlkreise mit wenigen Mitgliedern. Die Sozialdemo-
18 kratie wird ihrem eigenen Anspruch als gesamtdeutsche politisch gestaltende Kraft nicht mehr
19 gerecht. Wollen wir Volkspartei bleiben, können wir uns nicht mit Regionen abfinden, in denen
20 die SPD nicht mehr personell und organisatorisch verankert ist. Hier muss ein konkreter Maß-
21 nahmenkatalog entwickelt werden, für die Stärkung der Organisationskraft in allen Regionen
22 der SPD.

23 Wir werden eine umfassende, datenbasierte Analyse der Wahlergebnisse in 299 Bundestags-
24 wahlkreisen vornehmen, um besonders positive und besonders negative Entwicklungen her-
25 auszuarbeiten und daraus zu lernen.

26 Wir wollen die Landesverbände und Bezirke darin unterstützen, gezielt Strukturen zu stärken
27 und vor Ort langfristig starke Persönlichkeiten aufzubauen und zu fördern. Gemeinsam mit
28 den Landesverbänden und Bezirken wollen wir Modellprojekte entwickeln, die umsetzbare
29 Konzepte zur Stärkung der örtlichen beziehungsweise regionalen Kampagnenfähigkeit zum
30 Ziel haben.

31 **IV.3. Ostdeutschland**

32 Will die SPD zu alter Stärke zurückfinden, gilt es, als Partei ein klares öffentliches Bekenntnis zu
33 den besonderen Herausforderungen in Ostdeutschland zu geben. Deshalb werden wir im Früh-
34 jahr 2018 eine öffentlichkeitswirksame Dialogreihe in allen ostdeutschen Landesverbänden
35 mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern starten, um dort über Themen, aber auch die be-
36 sonderen Erwartungshaltungen der Ostdeutschen an die Politik der SPD, zu diskutieren. Die
37 Themen und Anregungen dieser Dialogreihe werden gesammelt und auf einem SPD-Ost-
38 Konvent im Herbst 2018 verabschiedet.

39 Neben der Verantwortung, die bei den jeweiligen ostdeutschen Landesverbänden liegt, bedarf
40 es hierfür Strukturen beim Parteivorstand. Hierfür wird zum einen aus den Reihen des Partei-
41 vorstandes eine Beauftragte/ ein Beauftragter für die Entwicklung der SPD in Ostdeutschland
42 benannt. Der Generalsekretär und die/der Beauftragte erarbeiten ein „Zukunftsprogramm Ost“
43 zur inhaltlichen, organisatorischen und strukturellen Neuaufstellung der SPD-Ostdeutschland,
44 zur besseren Vernetzung der Landesverbände und SPD-Landtagsfraktionen, sowie der Landes-

1 regierungen mit SPD-Beteiligung. Das „Zukunftsprogramm Ost“ sollte ebenfalls auf dem SPD-
2 Ost-Konvent im Herbst 2018 verabschiedet werden.

3 **IV.4. Unsere Zielgruppen ansprechen**

4 Moderne Zielgruppenarbeit zeichnet sich darin aus, dass sie sich stetig erneuert und vernetzt.
5 Die Arbeitsgemeinschaften in der SPD bieten die Möglichkeit, unterschiedliche Milieus und
6 Gruppen der Gesellschaft anzusprechen und bei der Ansprache von Zielgruppen neue Mitglie-
7 der für die SPD zu gewinnen. Sie sind wichtige Impulsgeber der Partei aus ihren jeweiligen
8 Fachgebieten, thematischen Schwerpunkten und Zielgruppen und bündeln politische Ideen. Sie
9 richten zukünftig noch stärker den Blick auch auf die Einbindung Interessierter ohne Partei-
10 buch. Eltern wissen zum Beispiel, wo der Schuh in Kita und Schule drückt. Wer im Beruf steht,
11 kennt die alltäglichen Kämpfe um eigene Entscheidungsmöglichkeiten, Zeit, Konkurrenz und
12 Solidarität. Wer seine Eltern oder Schwiegereltern pflegt, ist Expertin in gesundheitspolitischen
13 Fragen und im Umgang mit der Pflegeversicherung.

14 Insbesondere jungen Frauen müssen Teilhabeangebote gemacht werden, die es ihnen ermögli-
15 chen, ihre politischen Schwerpunkte zu formulieren und umzusetzen. Bei der Ansprache von
16 jungen Menschen nehmen wir verstärkt auch die Gruppe der Schülerinnen und Schüler, Auszu-
17 bildenden oder jungen Facharbeiterinnen und Facharbeiter und Angestellten in den Fokus.

18 Dies stellen wir unter anderem dadurch sicher, dass wir vermehrt junge Menschen auf ihrem
19 Weg in die Gremien und Parlamente unterstützen, um jungen Menschen direkt eine Stimme zu
20 geben.

21 Die Partei muss sich weiter für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen und ihnen ein
22 entsprechendes Angebot machen.

23 Die SPD muss mit Selbstbewusstsein und Entschlossenheit auftreten und in ihrer Außenwir-
24 kung mehr auf gezielte Aktionen und Veranstaltungen setzen. Politische Ideen werden ge-
25 meinsam erarbeitet und orientieren sich daran, dass sie eine politische Umsetzung finden. Nur
26 so lassen sich Menschen begeistern, wenn sie sehen: Die SPD bewegt was!

27 Deshalb werden wir:

28 - Gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften an einer besseren Ansprache der Zielgrup-
29 pen über eine optimierte Datenlage arbeiten.

30 - Alle Mitglieder befragen, in welchen Arbeitsgemeinschaften sie mitarbeiten möchten.
31 Die Zuordnung zu den Arbeitsgemeinschaften AG 60plus, Jusos und ASF bleibt unbe-
32 rührt.

33 - Neue Wege suchen mit Menschen zu Themen und Anliegen in den Dialog zu kommen.

34 Die SPD greift die gesellschaftlichen Veränderungen im Zusammenleben und in der politischen
35 Arbeit auf. Wir nutzen die Chancen, die sich daraus ergeben.

36 Dies werden wir erreichen: Mit einem Mehr an Beteiligung, mit einem Mehr an Dialogbereit-
37 schaft, mit einer modernen Mitglieder- und Zielgruppenarbeit unter Berücksichtigung von
38 neuen digitalen Instrumenten.

39 Denn nur eine Partei, die sich selbstbewusst den thematischen und organisatorischen Verän-
40 derungen stellt und sich täglich anstrengt als Gesamtpartei ein aktiver Part der Demokratie zu
41 sein, ist zukunftsfähig.

1 **IV.5. Internationale Strukturen (SPE, Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen** 2 **Parlament, Progressive Allianz)**

3 Fortschrittliche Lösungen für viele der Herausforderungen unserer Zeit sind nur in europäischer
4 und internationaler Zusammenarbeit möglich. Die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokrati-
5 schen Partei Europas (SPE), der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament und
6 der Progressiven Allianz (PA) ist daher ein Kernelement unserer auf Gerechtigkeit und Fort-
7 schritt zielenden Politik. Die Erneuerung der SPD muss mit der Erneuerung der europäischen
8 Sozialdemokratie insgesamt einhergehen. Dieser Prozess ist mit der Gründung der Progressive
9 Alliance eingeleitet und muss weitergeführt werden. Dazu bedarf es einer weiteren Reform
10 und Stärkung der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE). Konkrete Ziele für die internatio-
11 nale Zusammenarbeit:

- 12 - Die SPE als zentralen Ort der politischen Koordinierung und strategischen Debatte der
13 europäischen Sozialdemokratie stärken.
- 14 - Den gemeinsamen Spitzenkandidaten/die gemeinsame Spitzenkandidatin für die Eu-
15 ropawahl 2019 in transparenten und partizipativen Verfahren wählen.
- 16 - Der Ausbau der Progressiven Allianz als Debattenort für langfristige Strategien und
17 globale Konzepte für Fortschritt und Gerechtigkeit.
- 18 - Ausbau des innereuropäischen Jugendaustausches.
- 19 - Der Parteivorstand wird beauftragt, die Verzahnung des Prozesses #SPDerneuern mit
20 der Weiterentwicklung der europäischen Sozialdemokratie umzusetzen.

Änderungsanträge (ÄA) zum IA 1 „Die #SPDerneuern: Unser Weg nach vorn“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 1
NaturFreunde Deutschlands

Änderungsantrag Einleitung

neu Einfügen Seite 1, Zeile 14

5 Seit zehn Jahren kommen Europa, die EU und ihre Mitgliedsstaaten nicht aus dem Krisenmodus heraus. Zuerst die Krise des Finanzkapitalismus, dann die Zerrüttungstendenzen in der EU und die Spannungen mit Russland, der Aufstieg nationalistischer und rassistischer Bewegungen und Parteien, die Schwächung der Volksparteien, die Beschleunigung des Klimawandels und die zunehmende Ungleichheit zwischen Arm und Reich. Und die wahrscheinlich größte Herausforderung wird noch immer ignoriert: das Überschreiten planetarer Grenzen.

10 Die Widersprüche zwischen Wissen und Handeln werden größer. Erneut befinden sich die Gesellschaften in einer Großen Transformation. Die Ökonomie hat mit dem Aufstieg des Neoliberalismus den Wirkungsraum über die Politik immer mehr erweitert. Die Ursache liegt in der „Entbettung“ der Ökonomie aus gesellschaftlichen Bindungen. Die Marktgesellschaft vergrößert nicht nur soziale Ungleichheiten, sie verschärft auch die Krise der Natur. Sie ist ein Angriff auf die Würde und die Humanität der Menschen.

15 Dabei haben die Vereinten Nationen wichtige Grundlagen für eine „Weltinnenpolitik“ geschaffen, die neue Perspektiven für eine gute und gemeinsame Zukunft eröffnen: Das Pariser Abkommen zum Klimaschutz und die Agenda 2030 mit den siebzehn Nachhaltigkeitszielen. Doch heute überwiegt ein Krisenmanagement, Bundeskanzlerin Merkel hat zu einer Entleerung der Politik und zu einer Schwächung der Demokratie beigetragen.

20 Die Krisen unserer Zeit spiegeln sich aber auch wider in der Krise der SPD. Von ihr wird verlangt, dass sie sich für einen neuen Gesellschaftsvertrag einsetzt. Dafür muss die SPD auf der Höhe der Zeit sein, statt auf Krisen und Erschütterungen zu reagieren. Sie muss die Transformation sozial und ökologisch gestalten. Die großen Aufgaben unserer Zeit richten sich in erster Linie an die Sozialdemokratie. Unser Land, die EU und Europa brauchen eine starke linke Volkspartei SPD, deren Leitidee die Nachhaltigkeit ist.

25 Heute entscheidet sich, ob das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert neuer Gewalt, Ausgrenzung und erbitterter Verteilungskämpfe wird. Oder ein Jahrhundert der Nachhaltigkeit, das soziale Gerechtigkeit, ökologische Verträglichkeit und wirtschaftlich-technische Innovationen miteinander verbindet. Deshalb muss die SPD Antworten geben auf die Fragen nach der Zukunft der Europäischen Union. Sie muss sich einsetzen für eine gesamteuropäische Kooperation und eine neue Phase der Entspannungspolitik, für die Festigung der sozialen Demokratie und der sozialen Sicherheit. Sie muss Konzepte entwickeln für die Herstellung einer dauerhaften Umweltkompatibilität im Anthropozän und für die Bekämpfung des Klimawandels. Sie muss sich einsetzen für die Stärkung des öffentlichen Sektors und die soziale und ökologische Modernisierung der Infrastruktur. Unser Ziel ist ein nachhaltiges

30 Deutschland in einem nachhaltigen Europa.

35

40

Antragsbereich ÄA/ Antrag 2
Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zur Einleitung

Ergänze auf Seite 1 in Zeile 19 nach „stellt“:

"Ein Mitgliederentscheid über eine mögliche Regierungsbeteiligung muss schon vor der Aufnahme von Koalitionsgesprächen stattfinden."

Antragsbereich ÄA/ Antrag 3
Bezirk Hessen-Süd

Änderungsantrag zur Einleitung

Seite 1, Zeile 18: Streichung des weiterführenden Satzes „...und auch unser Selbstverständnis als Volkspartei in Frage stellt.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 4
Kreisverband Rhein-Kreis Neuss (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zur Einleitung

Seite 1: Zeile 40 einfügen:

Wie stellen wir die SPD programmatisch, organisatorisch, strategisch und personell neu auf?

Antragsbereich ÄA/ Antrag 5
Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)

Änderungsantrag zur Einleitung

Seite 1, Zeile 39-40 (Änderung): Wie stellen wir die SPD programmatisch, strategisch und organisatorisch neu auf. ("strategisch" eingefügt)

Antragsbereich ÄA/ Antrag 6
07/07 Schöneberg (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zur Einleitung

Seite 1, Zeile 27-28 - umformulieren:

Wir brauchen den Mut, weiter vergangene Fehler aufzuarbeiten, daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen und sie konsequent in politisches Handeln umzusetzen.

Seite 1, Zeile 28-30 – „schon“ streichen:

- 5 Wir wollen aber auch darauf schauen, was heute in unserer Partei und anderen uns nahestehenden Bewegungen gut funktioniert und wie wir davon lernen können.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 7
Arbeitsgemeinschaft für Bildung

Änderungsantrag zu Einleitung

S.1 Z. 24 Füge ein hinter „... der Menschen“

... und unser Land ...

S.1 Z. 33 ersetze „... die Suche ... bis wecken.“ durch

- 5 ... die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft bei den Menschen zu wecken. Für die Suche nach den besten Wegen brauchen wir wieder große sozialdemokratische Leitthemen und werden alle interessierten Menschen daran aktiv beteiligen.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 8
Landesorganisation Bremen

Änderungsantrag zu Kapitel I

Einfügen auf S. 2 Zeile 18:

(...) Unsere Aufgabe ist es, den Wandel so zu gestalten, dass technische Entwicklung zu sozialem Fortschritt wird und die Globalisierung zu gerechter Teilhabe aller an gesellschaftlichem Wohlstand, mehr Demokratie, zu mehr Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen, zu mehr Freiheit und Selbstbestimmung in einer offenen und toleranten, den Frieden bewahrenden Welt führt. (...)

Antragsbereich ÄA/ Antrag 9
NaturFreunde Deutschlands

Änderungsantrag Kap. I

Nach Zeile 37 einfügen:

Wir werden Deutschland zur energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 10
Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel I

Ändere auf Seite 3 in Zeile 14:

„... der sich teilweise auch wir selbst und weite Teile sozialdemokratischer Bewegungen in Europa...“

Ergänze auf Seite 3 in Zeile 26 nach „Innovation fördert, öffentliche“:

- 5 „und soziale Sicherheit, öffentliche Güter und Dienstleistungen ...“

Ergänze auf Seite 3 in Zeile 39 nach „Politik macht.“:

„Dabei verteidigen wir die tolerante und weltoffene Gesellschaft gegen ihre Gegner*innen.“

Ergänze auf Seite 4 in Zeile 16 nach „in ausreichendem Maße“:

- 10 „willens und in der Lage, ...“

Ergänze auf Seite 4 in Zeile 20 nach „Ein demokratisches“:

„solidarisches und soziales Europa ist unser Beitrag ...“

- Ergänze auf Seite 4 in Zeile 22 nach „Zukunftsperspektive gibt.“:
„Aber auch wir haben hierfür nicht immer entschieden genug gekämpft.“
- 15 Ergänze auf Seite 4 in Zeile 38 nach „in einer globalisierten Welt“:
„sicher und gerecht gestalten wollen.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 11
Ortsverein Saarlouis-Roden (Landesverband Saar)

Änderungsantrag zu Kapitel I

Seite 3, Zeile 37-39 ersetzen durch:

„Dies zu thematisieren ist Aufgabe der SPD, die für die gesamte Bevölkerung Politik macht.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 12
Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel I

Einfügen Seite 3, Zeile 20 vor Zeile 21 :

- Wir müssen selbstkritisch eingestehen, dass sich die SPD von einem neoliberalen Zeitgeist treiben ließ. Eine eindeutige Korrektur der Hartz IV Reformen ist daher zwingend notwendig für eine echte Neuaufstellung der SPD. Der gleichen Logik entspringt auch die Austeritätspolitik, die lange Leitlinie der deutschen Europapolitik war. Sie trägt eine enorme Mitschuld an der kritischen Lage der EU. Eine Abkehr von diesem Zeitgeist muss daher das Ziel unserer sozialdemokratischen Politik sein und ist Erfolgsbedingung für das Wiedererstarken der SPD.
- 5

Antragsbereich ÄA/ Antrag 13
060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Kapitel I

Streiche S. 3 Zeile 3 von „Denn“ bis Zeile 6 „kommen.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 14
Bezirk Hessen-Süd

Änderungsantrag zu Kapitel I

Seite 2, Zeile 15: Streichung des Satzes: „Das ist das große Versprechen...“

Seite 2, Zeile 16: Streichung des Satzes: „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in“

Seite 3, Zeile 38: Streichung des weiterführenden Satzes „....., die für die gesamte Bevölkerung und nicht nur für die Besten, Smarten und Schnellen Politik macht.“

- 5 Seite 3, Zeile 39: In Zeile 39 wird folgender Satz angefügt:

„In einer globalisierten und sich schnell verändernden Welt haben viele Menschen ein Gefühl des politischen und persönlichen Kontrollverlusts und kulturelle Verlustängste. Unsere Antwort darauf sind starke, handlungsfähige, soziale,

- 10 weltoffene und demokratische Städte, Dörfer und Gemeinden. Hier ist der Ort an dem sich entscheidet, ob man sich sicher und geborgen – eben zu Hause fühlt. Hier müssen alle ihre Umgebung, ihr Wohnumfeld, ihre Heimat mitgestalten und Verantwortung übernehmen können. Dafür wollen wir die Kommunen finanziell ausreichend ausstatten.
- 15 Seite 4, Zeile 19: In Zeile 19 wird der Satz nach „.....stärkeres Europa“ ergänzt durch „...auch im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (SDG)....“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 15

Kreisverband Rhein-Kreis Neuss (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel I

- Seite 2: Zeile 27 einfügen:
... politisch begleiten und die betroffenen Regionen müssen finanziell unterstützt werden.
- 5 Seite 3: Zeile 10 einfügen:
Wenn Mieten immer weniger bezahlbar werden, die Rente unsicher ist...
Zeile 13 ersetzen und einfügen:
Das ist auch Folge einer Ideologie, die seit Jahrzehnten einer Staatsverachtung huldigte, der auch sozialdemokratische Bewegungen in Europa blind gefolgt sind. Der ungebändigte Neoliberalismus, dem auch wir mit einschneidenden Sozialkürzungen, Ausbau prekärer Beschäftigung, fehlenden Investitionen und Verschlankung des
- 10 Staates in Regierungsverantwortung zur Umsetzung verholpen haben, hat nicht nur weltweit sondern auch mitten in Europa zu eklatanten Fehlentwicklungen geführt.
Zeile 21 einfügen: letzten 20 Jahren kritisch zu hinterfragen....
Zeile 25 streichen: - Wenn notwendig -
- 15 Seite 4: Zeile 14 einfügen:
einer unsozialen Strategie
Zeile 19 ein Wort streichen und ersetzen:
Auf diese Entwicklungen muss ein stärkeres Europa Antworten.....

Antragsbereich ÄA/ Antrag 16

Ortsverein Nuthe-Urstromtal (Landesverband Brandenburg)

Änderungsantrag zu Kapitel I

- Seite 2 Zeile 23/24 Satz bitte einfügen:
Europaweit und Weltweit ist dies anzustreben.
- 5 Seite 2 Zeile 42, Absatz einfügen:
Dabei darf es nicht zu einem Export von Klimaschadstoffen in arme Staaten -> Luft in Deutschland Europa bleibt sauber, arme Länder in Afrika und Asien übernehmen die Klimaschadstoffe der reichen Staaten und damit ihre Probleme wie Smoke usw. kommen.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 17
Landesverband Schleswig-Holstein

Änderungsantrag zu Kapitel I

S. 2, Z. 24, nach „ (...) weitestgehend treibhausneutral sein.“, einfügen:

„An unserem Ziel einer Treibhausgasminderung von 40 % bis 2020 gegenüber 1990 halten wir fest. Dies bedeutet auch, Einschnitte bei der Kohlverstromung.“

S. 2, Z. 26, nach „(...) wirksamen Maßnahmen entgegentreten“, einfügen:

5 „Mengen-Ausbaubeschränkungen für Erneuerbare Energien erweisen sich als Hemmnis für die Energiewende und müssen korrigiert werden.“

Einfügen in S.3, Z. 24 nach “thematisiert werden”:

10 Die neue Leitfrage ist dabei vor allem: Wie verhandeln wir das Verhältnis von Kapital und Arbeit im Zeitalter von Globalisierung, Automatisierung und Digitalisierung und entwickeln eine Zukunft unserer solidarischen sozialen Sicherungssysteme?”

S. 4, Z. 33 ff. streiche: „Klar ist aber auch: Die globalen Herausforderungen unserer Zeit, die das Leben der Menschen in unserem Land direkt betreffen, müssen international und europäisch beantwortet werden“.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 18
Ortsverein Mainhausen (Bezirk Hessen-Süd)

Änderungsantrag zu Kapitel I

Seite 4 Zeile 2 Ergänzung Die vielfache Realität: “Erst Niedriglohn, dann armer Rentner,“ muß von der SPD, im Schulterschluss mit den Gewerkschaften und Sozialverbänden, vorrangig bekämpft werden.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 19
Ortsverein München Ramersdorf (Landesverband Bayern), Kreisverband Saarlouis (Landesverband Saar), 07/07 Schöneberg, 04/74 Klausenerplatz-Kiez, 04/73 City-Westend, (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Kapitel I

Seite 3, Zeile 28 – Füge ein:

5 „Wir brauchen eine stärkere Binnenwirtschaft und einen deutlichen Schub an öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur und den Ausbau von Bildung, Gesundheits- und Sozialdienstleistungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Das bedeutet auch, die Arbeit der Beschäftigten in der Bildung, der Wissenschaft sowie der
10 Pflege, der Erziehung und anderer Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen besser anzuerkennen und ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Mit diesen Investitionen wollen wir auch die Chancen der Energiewende und der Digitalisierung in Deutschland und Europa nutzen. In die Arbeit am Menschen zu investieren heißt: mehr Lebensqualität, mehr gut qualifizierte Beschäftigte und eine höhere Binnennachfrage. Wir werden eine solche Wirtschaftspolitik des sozialen Wachstums finanzieren, indem wir Reiche und Vermögende gerechter besteuern und die Haushaltsüberschüsse und die einmalig niedrigen Zinsen nutzen.“

Änderungsantrag zu Kapitel I

Seite 3, Zeile 38 wird das Wort „Besten“ durch das Wort „Erfolgreichsten“ ersetzt.

5 Seite 4, Zeile 14: „Aber auch manch weltweit operierender Konzern untergräbt mit einer Strategie der Steuervermeidung und der unzulässigen Einflussnahme auf Politik das Primat der demokratischen Entscheidung“

Änderung: hinter „(...) untergräbt mit (...)“ ergänzen: seinem Streben nach Monopolbildung, einer Strategie.....

10 Seite 4, Zeile 18:

I. Die SPD kämpft für die Einführung eines Sozialen Arbeitsmarktes mit Mindestlohn für alle, die daran teilnehmen durch

- Übernahme eines Arbeitsplatzes,
- durch Teilnahme an gezielten, auf die Betroffenen individuell ausgerichteten Aktivierungsmaßnahmen

15 - Teilnahme an gezielten Berufsausbildungsmaßnahmen.

Wir brauchen zudem neue Berufsbilder für Menschen, die in den letzten Jahren enorm gestiegenen Anforderungen an die traditionelle Berufsausbildung nicht oder nicht hinreichend erfüllen können.

20 II. Wir brauchen ein neues Programm für sozialen Wohnungsbau, um Menschen mit niedrigem Einkommen erschwingliche Wohnung anbieten zu können.

III. Wir brauchen eine geplante intensive Stärkung von Bildung und Wissenschaft um nach Aufhebung des Kooperationsgebots zwischen Bund und Ländern dem Bund die Kofinanzierung des Hochschulbaus und des Neubaus von Kindertagesstätten und Ganztagschulen zu ermöglichen.

25 IV. Wir brauchen ein gerechtes Steuersystem das zunächst auf europäischer Ebene dann weltweit sicherstellt, dass

1. die Reichen ihrer normalen Steuerpflicht nachkommen.

2. die internationale Konzerne die Mehrwertsteuer dort bezahlen, wo die Umsätze erwirtschaftet werden, die Ertragssteuern dort bezahlt werden, wo sie erwirtschaftet werden.

30 3. die Soziallasten entsprechend dem verfassungsrechtlichen Gebot der gleichmäßigen Entwicklung der Lebensverhältnisse in Deutschland vom Bund übernommen werden, der gesetzlich für eine gleichmäßige Verteilung der Lasten Sorge tragen muss.

35 4. ein angemessenes Programm zur Entlastung überdurchschnittlich Verschuldeten Kommunen gemeinsam von Bund und Ländern aufgelegt wird.

Änderungsantrag zu Kapitel I

Seite 2, Zeilen 13-15 ersetzen durch:

Aus diesen Megatrends ergeben sich großartige Chancen für eine sozial gerechtere und demokratischere Wirtschaft und Gesellschaft und für die internationale Kooperation

5

Seite 2, einfügen vor Zeile 22 (dafür streichen: Seite 3, Zeile 40 bis Seite 4, Zeile 2):

Der Ausgangspunkt der Sozialdemokratie, um diese Aufgabe zu erfüllen, ist der Wert und die Würde der Arbeit. Menschliche Arbeit ist die Quelle allen Wohlstands. Den Menschen, die sie leisten, steht ein gerechter Anteil am Haben und Sagen zu. Die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte gingen und gehen jedoch in eine andere Richtung: der Anteil der Lohnneinkommen am Volkseinkommen wurde immer weiter zurückgedrängt und die Aneignung des Wohlstands in den Händen immer reicherer und kleinerer Bevölkerungsgruppen konzentriert. Die wachsende Bedeutung von leistungslosem Einkommen aus Erbschaften und Finanzspekulationen behindert zunehmend das Funktionieren der sozialen Marktwirtschaft. Die ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen bedroht den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, unsere Volkswirtschaften und letztlich unsere Demokratie. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aber Wissen: ohne die gerechte Beteiligung der Vielen, die durch ihrer Hände und Köpfe Arbeit ihren Lebensunterhalt sichern, soziale Anerkennung erfahren und Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung finden, kann kein Wohlstand auf Dauer gedeihen.

Wissend um die Quellen unseres Wohlstandes, setzen wir auf das Modell der solidarischen Arbeitsgesellschaft: öffentliche Bildung, Forschung und Innovation, einen starken industriellen Kern, gut ausgebildete Fachkräfte, einen leistungsfähigen Sozialstaat, Sozialpartnerschaft, Wirtschaftsdemokratie und Tarifverträge. Vor allem eine hohe Tarifbindung war über Jahrzehnte Garant dafür, dass der Wohlstand auch bei denjenigen ankam, die ihn durch ihre Arbeitskraft erwirtschaftet haben. Arbeit ist aber immer weniger durch Tarifverträge, Ordnung und Sicherheit geprägt. Vor allem in Ostdeutschland gibt es immer mehr Betriebe, in denen es überhaupt keinen Tarifvertrag (mehr) gibt. Die Folge ist ein niedrigeres Lohnniveau, eine ungerechte Verteilung der Einkommen, schlechtere Arbeitsbedingungen oder schlechtere Qualifizierung und Ausbildung. Es zeigt sich: Die soziale Spaltung des Arbeitsmarktes beginnt da, wo die Tarifbindung endet.

35 Seite 3, Zeile 31 ergänzen:

...kulturellen und lokalen Bewegungen sowie in Gemeinde-, Stadträten und Kreistagen für unser Gemeinwesen.

Seite 3, einfügen in Zeile 39:

40 Beispielhaft sind hier die Herausforderungen für Familien benannt. So vielfältig die Familienformen inzwischen sind, so unterschiedlich sind auch die Problemlagen, vor denen Familien in dieser sich wandelnden Gesellschaft stehen. Vielfalt ist mehr als ein Wert. Vielfalt birgt auch die Aufgabe, die Rahmenbedingungen den familiären Realitäten anzupassen. Vielfalt erfordert aber auch neue Antworten, um Frauen und

- 45 Männer besser dabei zu unterstützen, Erwerbs- und Fürsorgearbeit partnerschaftlicher aufteilen und besser miteinander vereinbaren zu können. Unzureichende Möglichkeiten, die Erziehung der Kinder oder die Pflege von Angehörigen mit den Anforderungen der Arbeitswelt in Einklang zu bringen, führen nach wie vor zu einer nicht akzeptablen hohen Quote an Kinder-, Familien- und
50 Altersarmut.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 22

Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)

Änderungsantrag zu Kapitel I

Seite 2, Zeile 26-27 (Änderung): Den schon heute absehbaren Strukturwandel in der Energiewirtschaft und anderen Industriesektoren wollen wir politisch ~~begleiten~~ steuern.

- 5 Seite 3, Zeile 23 (Ergänzung nach "entwickeln."): Fehler bei Hartz IV müssen eingestanden und die schlimmsten Missstände bzgl. Regelsätze oder Schonvermögen überwunden werden

- 10 Seite 3, Zeile 28 (Ergänzung): Die SPD muss sich wieder als politische Kraft der linken Mitte etablieren, die den Mut aufbringt, Alternativen zum Neoliberalismus durchzusetzen, die Umverteilung der Vermögen und eine Beschränkung von Privateigentum nicht scheut, die aktiv Armut und soziale Ausgrenzung bekämpft.

Seite 4, Zeile 18 (Ergänzung): Die Annahme, dass der Kapitalismus nur in einer liberalen Demokratie gedeihen könnte, ist schon lange widerlegt. Die Gefahr totalitärer Strukturen besteht auch in den Staaten des heutigen Europa weiter fort.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 23

Unterbezirk Meißen (Landesverband Sachsen)

Änderungsantrag zu Kapitel I

Streiche Seite 3 Zeile 38 Halbsatz „und nicht nur für die Besten, Smarten und Schnellen.“ ergänze danach:

- 5 „Unsere Aufgabe ist es, Haltung zu zeigen, Orientierung zu geben, Sicherheit zu vermitteln und damit Spaltungen zu überwinden. Menschen, die Angst vor der Zukunft haben, können nicht frohen Mutes nach vorn schauen. Ihnen müssen wir mit unserer Politik und unseren Visionen für die Zukunft ihre Sorgen und Nöte nehmen.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 24

Ortsverein Kassel-Holland, (Bezirk Hessen-Nord)

Änderungsantrag zu Kapitel I.

Ergänze auf S. 2, Z. 26 hinter „entgegentreten“:

„Bis zu 25 % der gesamten Treibhausgasemissionen in Deutschland entstehen durch unser Ernährungssystem. Daher müssen wir unsere Bemühungen um nachhaltige Ernährungsstile dringend intensivieren.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 25

Kreisverband Minden-Lübbecke (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel I.

Ersetze S. 2 Z. 9-10 „das Leben der Menschen überall zu verbessern“ durch „überall die Menschen in ihrer Selbstbestimmung, ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe zu stärken“

Streiche S. 3 Z. 25 „- wo notwendig –“,

5 Ersetze S. 4 Z. 19 „müsste“ durch „muss“

Ersetze S. 4. Von Z. 24 „In vielen“ bis Z. 25 „Wirtschaftskrise.“ durch: „Zehn Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise droht Europa eine soziale Spaltung. Die neoliberale Austeritätspolitik, die in den vergangenen Jahren vor allem von Angela Merkel und Wolfgang Schäuble durchgesetzt wurde, hat dazu geführt, dass viele Menschen vor allem im Süden Europas keinen positiven Bezug zur europäischen Idee mehr haben.“

10

Ersetze S. 4 von Z. 32 „Unser Anspruch“ bis Z. 33 „kümmern.“ durch: „Unser Anspruch als Volkspartei ist es, den Menschen zuhören und mit unseren Politikangeboten an ihrem Alltag anzuknüpfen.“

15

Ergänze S. 4 Z 39: „Dafür ist es wichtig, dass wir Menschen auf Augenhöhe und nicht von oben herab begegnen. Das fängt schon bei unserer Sprache an. Wenig wertschätzende Formulierungen wie „Partei der kleinen Leute“ sein zu wollen, müssen wir ein für allemal aus unserem Vokabular streichen.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 26

07/07 Schöneberg (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Kapitel I

Seite 2, Zeile 2-4 – ersetzen:

Die ersten beiden Jahrzehnte dieses Jahrhunderts waren geprägt von dramatischen Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und internationalen Beziehungen, die in ihrer Schnelligkeit ohne Beispiel in der Geschichte sind.

5 Seite 2, Zeile 46 bis Seite 3, Zeile 2 – ergänzen:

Einen solchen sozialen Fortschritt müssen wir national, aber vermehrt auch international gestalten, damit die digitale Globalisierung eben nicht zu weniger Demokratie, zuweniger Schutz der Lebensgrundlagen, zu weniger Sicherheit im Alltag, auch nicht zu unzureichenden Möglichkeiten der wirtschaftlichen und finanziellen Existenzsicherung und der sozialen Teilhabeführt.

10

Seite 4, Zeile 30-35 – umformulieren:

Unser Anspruch als Volkspartei ist es, dass wir uns mit voller Leidenschaft um die Alltagssorgen der Menschen vor Ort kümmern. Dass die SPD die "vor Ort-Partei" sein muss und zudem die Europapartei ist, ist dabei kein Widerspruch. Die SPD hat bereits in ihrem Heidelberger Programm von 1925 die Vereinigten Staaten von Europa gefordert. Es ist klar: Die globalen Herausforderungen unserer Zeit, die das Leben der Menschen in unserem Land direkt betreffen, müssen europäisch und international beantwortet werden.

15

Antragsbereich ÄA/ Antrag 27

07/07 Schöneberg , 04/74 Klausenerplatz-Kiez , 04/73 City-Westend , (Landesverband Berlin),
Kreisverband Rostock, (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

Änderungsantrag zu Kapitel I

Seite 3, Zeile 13– Füge ein und Ersetze: Das ist auch Folge einer Ideologie, die seit Jahrzehnten einer Staatsverachtung huldigte, der auch sozialdemokratische Bewegungen in Europa gefolgt sind. Der ungebändigte Neoliberalismus, dem auch wir mit einschneidenden Sozialkürzungen, Ausbau prekärer Beschäftigung, fehlenden Investitionen und Verschlinkung des Staates in Regierungsverantwortung zur Umsetzung verholfen haben, hat nicht nur weltweit sondern auch mitten in Europa zu eklatanten Fehlentwicklungen geführt.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 28

07/07 Schöneberg (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Kapitel I.

Ersetze auf Seite 4 in Zeile 25 „Flüchtlingspolitik“ durch „Migrationspolitik“.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 29

07/07 Schöneberg (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Kapitel I.

Füge auf Seite 4 in Zeile 19 nach „Europa“ ein: „auch unter Beachtung der verbindlichen 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (SDG)“.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 30

04/74 Klausenerplatz-Kiez , 04/73 City-Westend, (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Kapitel I

Seite 2 in Zeile 7 hinter „...haben.“ der nachfolgende Satz durch folgenden Text zu ersetzen: Zusätzlich müssen weltweit Maßnahmen zur Eindämmung des globalen Klimawandels (Klimaschutz) und der bereits nicht mehr abwendbaren Klimaveränderung (Klimaanpassung) ergriffen werden. Diese drei Veränderungen erfassen die gesamte Menschheit und werden die globalen Machtverhältnisse und alle Gesellschaften grundlegend verändern.

Seite 2 in Zeile 13 hinter „...getroffen werden.“ den nachfolgenden Satz einzufügen:
Nur durch eine weitsichtige, entschlossene und nachhaltige Klimapolitik kann die Zukunft der nachfolgenden Generationen und die Bewohnbarkeit unseres Planeten gesichert werden.

Seite 2 in Zeile 23 hinter „...zu verringern.“ Der nächste Satz wie folgt zu ersetzen:

15

- „Wir gehen selbstverständlich davon aus, dass Deutschland seine Verpflichtungen zu den nationalen Klimazielen für 2020 und 2030 erfüllt und bis 2050 weitgehend treibhausneutral ist.“
- 20 Seite 2 ab Zeile 32 hinter „...werden.“ die nachfolgenden drei Sätze bis zum Absatzende durch folgenden Text zu ersetzen:
- „Wir müssen gemeinsam nachhaltige und sozial verträgliche Instrumente entwickeln, mit denen wir die nationalen und europäischen Klimaziele erreichen und unsere Zukunft in Europa und der Welt zu sichern. Dazu gehört die Versorgungssicherheit von Bürgern und Wirtschaft ebenso, wie die Unterstützung von Menschen in Regionen, 25 die schon heute stark vom Klimawandel beeinträchtigt sind.“
- Seite 2 in Zeile 39 rechts „europäisch und global“ durch „europäisch, nachhaltig und global“ zu ersetzen.
- Seite 2 in Zeile 41 hinter „...Abbau von Rechten“ die Worte „und Schädigung unserer 30 Lebensgrundlagen“ einzufügen.
- Seite 2 in Zeile 42 hinter „... Denn Globalisierung“ die Worte „, Klimaschutz..“ einzufügen.
- 35 Seite 2 sind in Zeile 45 hinter „...Gerechtigkeit“ das Worte „,Zukunftssicherung..“ einzufügen.
- Seite 2 sind in Zeile 47 die Worte „... gestalten, damit die digitale Globalisierung...“ durch die Worte „... gestalten, damit Klimawandel und digitale 40 Globalisierung...“ zu ersetzen.
- Seite 4 sind in Zeile 31 hinter „... Europa gefordert.“ folgende zwei Sätze einzufügen: 45 „Dieses Ideal prägt uns als zukunftsorientierte Partei auch heute. Genau deshalb unterstützen wir die Forderung des französischen Präsidenten nach einem europäischen Finanzminister.“
- Seite 4 sind in Zeile 20 nach „... Ein demokratisches...“ das Wort „...nachhaltiges...“ einzufügen.
- 50 Seite 4 sind die Sätze ab Zeile 20 „Ein demokratisches...“ bis ..“zu verlassen.“ in Zeile 24 zu streichen. Hinter dem Absatzende „...Regierungshandeln geworden.“ In der bisherigen Zeile 26, ist dafür folgender Absatz einzufügen: „Wir wollen, dass ein starkes solidarisches Europa auf diese Fragen Antworten gibt und Lösungen entwickelt. *Ein demokratisches, nachhaltiges und soziales Europa ist unser Beitrag zu einer friedlichen, zukunftsfähigen und gerechten Welt, die den Menschen auf unserem Kontinent und weltweit eine gute Perspektive gibt. Deshalb wird die SPD gemeinsam mit ihren europäischen Freunden für mehr Zusammenarbeit und Solidarität in Europa kämpfen und die Errungenschaften der Gemeinschaft weiterentwickeln, die uns schon in den letzten 70 Jahren Frieden und Wohlstand gebracht haben.*“ 55

*Antragsbereich ÄA/ Antrag 31
Arbeitsgemeinschaft für Bildung*

Änderungsantrag zu Kapitel I

S. 2 Z. 3 füge ein zwischen *Gesellschaft, ... und Wissenschaft*
...Bildung,

S.2 Z. 11 füge ein hinter ... *gelenkt*

... und individuell gefördert ...

5 S.2 Z. 15 ergänze hinter ... *Jahrhunderts.*

Gute (Aus-) Bildung ist der wichtigste Rohstoff für das Deutschland der Zukunft!

S.3 Z. 20 ergänze hinter ... *Gesundheitswesen)*

öffentliche Einrichtungen und Institutionen (z.B. Kitas und Schulen) vernachlässigt
und zum Personalkostenfaktor degradiert.

10 S.3 Z. 24 füge ein hinter ... *handlungsfähigen*
und die Zukunft gestaltenden ...

*Antragsbereich ÄA/ Antrag 32
Ortsverein Roßwein (Landesverband Sachsen)*

Änderungsantrag zu Kapitel I

Seite 3 Zeile 21 - 22 ersetzen durch:

"Deshalb muss die SPD den Mut haben, ihre eigene Politik der letzten 20 Jahre zu hinterfragen und darf dabei auch nicht davor zurückschrecken grundsätzliche Fragen zu stellen. Wie war es möglich, dass unter sozialdemokratischen
5 Regierungsbeteiligungen der vergangenen 20 Jahre die soziale Spaltung in Deutschland zugenommen? Dazu ist es auch notwendig Widersprüche unserer Wirtschaftsordnung zu problematisieren und [wie im Ursprungsantrag]"

Ergänzen in Zeile 32:

10 "Im Gegenteil, gerade in einem Zeitalter der Globalisierung und Europäisierung ist es von zentraler Bedeutung unsere Kommunen als kulturellen, sozialen und politischen Erfahrungsraum zu stärken."

*Antragsbereich ÄA/ Antrag 33
Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

Änderungsantrag zu Kapitel II

Ergänze auf Seite 5 in Zeile 40 nach „unterscheidbar von den politischen Mitbewerbern waren.“:

„Gleiches gilt auch für die Formulierung konkreter Positionen unter dem Leitmotiv unseres Wahlkampfes ‘Zeit für mehr Gerechtigkeit’.“

5 Ergänze auf Seite 6 in Zeile 16 nach „Position erarbeitet.“:

„Die Präsentation unseres Programms zur Bundestagswahl ist uns zu Beginn des Wahlkampfes jedoch organisatorisch und kommunikativ misslungen.“

Ergänze auf Seite 7 in Zeile 14 nach „hin zu anderen Parteien geführt.“:

10

„Zur fehlenden Machtoption hat auch beigetragen, dass wir erneut potenzielle Mehrheitsbildungen für eine soziale und progressive Politik problematisiert haben anstatt gelassen mit möglichen Bündnisfragen umzugehen.“

Ergänze auf Seite 7 in Zeile 34 nach „belegt das.“:

„Dies alles darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass wir in Teilen der Partei auch strukturelle und Mobilisierungsschwächen haben.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 34

Bezirk Hessen-Süd

Änderungsantrag zu Kapitel II

Seite 4, Zeile 45: Streichung des Satzes: „Zum Jahreswechsel 2016/2017 war die SPD sogar in Umfragen unter die 20%-Grenze gerutscht.“

- 5 Seite 6, Zeile 43: Der Satz „Diese Erkenntnis...Menschen formulieren“ in folgender Neufassung: „Diese Erkenntnis muss bei einer grundsätzlichen Überprüfung unserer Kommunikationsarbeit und -strategie sowie bei kommenden Wahlkämpfen berücksichtigt werden. Wir brauchen ein klareres, kürzeres und verständlicheres politisches Angebot.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 35

Kreisverband Rhein-Kreis Neuss (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel II

Seite 5: Zeile 19 einfügen:

Die SPD hat ein Zutrauens-, Wahrnehmungs- und Glaubwürdigkeitsproblem. Man kann nicht „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ fordern, da wir als Teil der Regierung dafür verantwortlich sind, dass es ungerecht zugeht in Deutschland.

- 5 Seite 5: Zeile 25 einfügen: Zudem wurde der SPD unterstellt, sie würde ihre Forderungen zur sozialen Gerechtigkeit nicht aus Überzeugung, sondern aus taktischen Motiven aufstellen. Das ist ein deutliches Warnsignal.

- 10 Seite 7: Zeile 9 einfügen:
Auf Martin Schulz im Landtagswahlkampf weitgehend zu verzichten war mit ursächlich für die Niederlage.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 36

Landesverband Schleswig-Holstein

Änderungsantrag zu Kapitel II

S. 7, Z 16 ff, streiche: „Statt sich wahrnehmbar auf Themen wie Bildung, Rente und Lohngerechtigkeit zu konzentrieren, haben wir zu oft zusätzliche Botschaften setzen wollen oder das Medieninteresse falsch eingeschätzt. Die Wählerinnen und Wähler

- 5 hatten gerade am Ende den Eindruck, die SPD treibe jeden Tag eine „neue Sau durch das Dorf“.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 37

Ortsverein Mainhausen (Bezirk Hessen-Süd)

Änderungsantrag zu Kapitel II

Seite 5, Zeile 17 nachfür die SPD gestimmt.

- 5 Eine Partei ist nur dann eine Volkspartei, wenn sie alle Bevölkerungsschichten einbinden kann und Antworten auf die Alltagsfragen hat. Eine große Anzahl bei den Frauen zweifelt an der Fähigkeit der SPD ihre persönliche, prekäre Lage zu erkennen. Rentnerinnen in Altersarmut, Mütter, die bis zu 3 Jobs ausüben müssen, Hinterbliebene Witwen, die nach dem Tod des Partners gleich unter die Armutsgrenze rutschen, Frauen, die keinen gerechten Lohn erhalten, etc..

Antragsbereich ÄA/ Antrag 38

Landesverband Brandenburg

Änderungsantrag zu Kapitel II

Seite 6, Zeile 1, wird nach „aus allen gesellschaftlichen Schichten“ eingefügt:
„und Regionen“.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 39

Ortsverein München Ramersdorf (Landesverband Bayern), Kreisverband Saarlouis (Landesverband Saar), 04/74 Klausenerplatz-Kiez, 04/73 City-Westend (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Kapitel II

Seite 5, Zeile 25 – Füge ein:

„Zudem wurde der SPD unterstellt, sie würde ihre Forderungen zur sozialen Gerechtigkeit nicht aus Überzeugung, sondern aus taktischen Motiven aufstellen. Das ist ein deutliches Warnsignal.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 40

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Änderungsantrag zu Kapitel II

Seite 7, einfügen in Zeilen 20-22:

Es bleibt festzuhalten: Ungeachtet des Einflusses von Medien, Demoskopie und politischer Auseinandersetzung im Wahlkampf, der Kanzlerkandidat und die gesamte SPD haben die Wahl verloren.

*Antragsbereich ÄA/ **Antrag 41**
Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)*

Änderungsantrag zu Kapitel II

Seite 5, Zeile 7 (Ergänzung): Dies muss die Vision einer sozialen, fairen, offenen und ökologischen Gesellschaft sein, die allen die Teilhabe am wirtschaftlichen und kulturellen Reichtum ermöglicht, und die in einem partnerschaftlichen Verhältnis mit unseren Nachbarn unserer internationalen Verantwortung gerecht wird.

*Antragsbereich ÄA/ **Antrag 42**
Unterbezirk Meißen (Landesverband Sachsen)*

Änderungsantrag zu Kapitel II

Streiche Seite 4 Zeile 45f. Satz „Zum Jahreswechsel ... unter die 20 Prozent Grenze gerutscht.“

*Antragsbereich ÄA/ **Antrag 43**
Bezirk Hannover*

Änderungsantrag zu Kapitel II

Seite 5, Zeile 2, füge ein:

5 „Als programmatische Partei haben wir uns in der Führung nicht ausreichend mit Kritik, Verbesserungsvorschlägen oder Anregungen auseinandergesetzt. Die offene Aussprache ist kein Streit, sondern notwendige Voraussetzung für einen Prozess der Erneuerung.“

Seite 6, Zeile 28, füge eine:

10 „Es muss uns gelingen auf weniger Seiten mehr Programm und klarere inhaltliche Aussagen unterzubringen.“

Seite 6, Zeile 15, ergänze nach „Programmpartei“:

„Wir wollen aber auch wieder KanzlerInnenpartei werden.“

*Antragsbereich ÄA/ **Antrag 44**
Ortsverein Pappenheim (Landesverband Bayern)*

Änderungsantrag zu Kapitel II

nach Zeile 23 einfügen:

"Versäumt wurde es, bezahlbares Wohnen und Klimaveränderung oben im Ranking anzusetzen."

Antragsbereich ÄA/ Antrag 45
Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)

Änderungsantrag zu Kapitel II

Ergänze auf Seite 6, Zeile 28 nach „lassen.“ durch:

„Häufig hat es uns dabei auch an einer verständlichen Sprache gemangelt, die nicht nur politisch Engagierten, sondern auch der breiten Masse der Bevölkerung zugänglich ist.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 46
Kreisverband Minden-Lübbecke (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel II.

Ergänze S. 5 nach Z. 34 einen neuen Abschnitt: „Wir müssen uns eingestehen, dass wir es in den letzten vier Jahren nicht geschafft haben, die dringend notwendige Polarisierung zwischen den Volksparteien herzustellen. Das hat mit dem entpolitisierenden Stil Angela Merkels zu tun, aber auch mit der Konstellation als kleiner Partner in einer Großen Koalition. Wir haben es zugelassen, dass der Eindruck entstehen konnte, als sei die Große Koalition zum Normalzustand der Politik in Deutschland geworden. Seriöse Arbeit in der Regierung ist wichtig, reicht aber nicht aus, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 47
07/07 Schöneberg (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Kapitel II.

Seite 5, Zeile 36-40 – umformulieren:

Unser Themenangebot hat in der Wählerschaft weder besondere Zustimmung noch Ablehnung erfahren, auch, weil bei vielen wichtigen Themen wie Bildung, Steuern, innerer Sicherheit und Geflüchtete, oder auch die Diesel-Problematik, aber ebenso bei der Türkei-Frage unsere Politikangebote offensichtlich zu unscharf und zu wenig unterscheidbar von den politischen Mitbewerbern waren.

Seite 7, Zeile 9-10 – ergänzen:

Nach den drei verlorenen Landtagswahlen im Frühjahr 2017– in NRW war der Kanzlerkandidat aus falschen wahlkampfstrategischen Gründen kaum öffentlich präsent-sind wir mit unserer bundesweiten Kampagne nicht mehr auf die Füße gekommen.

Seite 7, Zeile 21-22 – umformulieren:

Die gesamte SPD und der Kanzlerkandidat haben diese Wahl verloren.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 48
07/07 Schöneberg (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Kapitel II.

Ersetze auf Seite 5 in Zeile 38 „Flüchtlingen“ durch „Geflüchtete“.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 49

Kreisverband Rostock (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

Änderungsantrag zu Kapitel II

Seite 7, Zeile 21 – Ersetze nach „Wahniederlage.“:

Nicht einzelne Personen, sondern die gesamte SPD hat diese Wahl verloren. Der Hauptgrund dafür sind nicht allein Kommunikationspannen, sondern ist die Abkehr der SPD von ihren Grundwerten zugunsten der neoliberalen Ideologie einer „Neuen Mitte“.

5

Antragsbereich ÄA/ Antrag 50

Ortsverein Holzkirchen (83607) (Landesverband Bayern)

Änderungsantrag Kapitel II

Auf S. 6 in Zeile 36 das Wort „gleichberechtigt“ streichen und durch „gleich“ ersetzen.

Auf S. 6 in Zeile 36 nach dem Satzende folgenden Satz einfügen:

„Ebenso muss gewährleistet werden, dass auch verschiedene Altersschichten, insbesondere junge Menschen (<35Jahre), gleichberechtigt in Diskussionsprozessen und Gremien repräsentiert sind.“

5

Antragsbereich ÄA/ Antrag 51

Ortsverein Hattingen-Mitte (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel II

Einfügen auf Seite 7 nach Zeile 19:

Ferner haben wir die Sorgen der Bürger um die innere Sicherheit, insbesondere nach den Anschlägen in München und in Berlin am Breitscheidplatz, nicht genügend ernst genommen.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 52

Arbeitsgemeinschaft für Bildung

Änderungsantrag zu Kapitel II

S.6 Z. 2 füge ein hinter ...zu gewinnen.

Wir werden künftig wieder deutlich die Menschen und deren konkreten Nutzen unserer Politik in den Mittelpunkt stellen.

S.6 Z. 44 ergänze hinter ... formulieren.

5

Wir werden künftig nicht mehr durch Regierungsprogramme erklären, warum wir regieren wollen, sondern Wahlprogramm anbieten, die zeigen, warum die Menschen die SPD wählen sollen.

Änderungsantrag zu Kapitel III.

Seite 13 nach Zeile 12 einfügen:

c) Ungleichheiten überwinden - Gleichstellung voranbringen

5 Die SPD ist seit ihren Anfängen auch die Partei der Gleichstellung und wir haben viel erreicht: das Frauenwahlrecht, den Artikel 3 Grundgesetz, die Modernisierung des Familienrechts, besseren Schutz vor Gewalt, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie aktive Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Es geht darum, das Erreichte gegen die ewig Gestrigen zu verteidigen und die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern schneller voranzubringen.

10 Das ist vor allem eine Frage der Gerechtigkeit. Es wird aber vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft auch immer mehr zu einer Frage der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und der Sicherung unseres Wohlstandes. Zahlreiche Studien belegen, der einfachste Weg zur Steigerung des Wirtschaftswachstums und zur Verbesserung der finanziellen Situation der Familien ist die Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen auf das Niveau der Männer.

15 Die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt muss einhergehen mit der Verbesserung von Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie für Frauen und Männer. Gerade die jüngere Generation will eine partnerschaftliche Aufgabenteilung leben und braucht in bestimmten Lebensphasen eine bessere Balance zwischen Berufs- und Privatleben.

20 Wir werden u.a. konkrete Vorschläge für folgende Fragen erarbeiten bzw. weiterentwickeln:

- Wie können wir Gleichstellungspolitik zur Querschnittsaufgabe machen und alle Maßnahmen in allen politischen Bereichen darauf ausrichten, die Gleichstellung von Frauen und Männern voranzubringen?

25 - Wie können wir die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie verbessern? Wie können wir eine bessere Balance zwischen beruflichen und familiären Verpflichtungen herstellen?

- Wie erreichen wir die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt? Wie können wir die Lohnlücke schließen? Welche Maßnahmen müssen wir zur Aufwertung der sozialen Berufe ergreifen?

30 - Wie können wir eine paritätische Beteiligung von Frauen und Männern in Führungspositionen in allen gesellschaftlichen Bereichen erreichen?

- Wie können wir Rollstereotype überwinden und Sexismus bekämpfen? Wie können wir Frauen und Mädchen besser von Gewalt schützen?

35

Folgeänderungen: neue Nummerierung

Seite 13 Zeile 13 d) Flucht und Migration

Seite 14 Zeile 12 e) Zusammenhalt und Demokratie stärken

Antragsbereich ÄA/ Antrag 54
Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel III

Einfügen Seite 7, Zeile 36, hinter „Die SPD nimmt die Herausforderungen an“
:Unser programmatischer Auftakt

Antragsbereich ÄA/ Antrag 55
Landesverband Nordrhein-Westfalen, Bundes-SGK

Änderungsantrag zu Kapitel III

Seite 16 Nach zweiter Absatz, vor III.4 neuer Punkt III.2. e) einfügen:

e) Kommunalpartei bleiben – Erfolgspartei werden

Die Kommunale Selbstverwaltung ist tragender Bestandteil unseres demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Für uns sind die Kommunen systemrelevant. Wie in einem Brennglas werden hier Herausforderungen und Chancen unserer Gesellschaft sichtbar und müssen bewältigt werden. Städte und Gemeinden sind Orte der Identifikation: Mit Nachbarn und Freunden; in Vereinen und Verbänden und häufig genug sind sie Ort der Arbeit. Nach ihrer Herkunft gefragt, nennen die meisten Menschen zunächst ihren Heimatort. Hier fühlen sich Menschen wohl, sicher und respektiert: Heimat im besten Sinne, Orte integrativer Kraft für unsere Demokratie. Gleichmaßen sind sie die Orte, in denen das Fundament der Chancengleichheit durch Bildung liegt. Auf die integrative Kraft kommunaler Selbstverwaltung sind wir angewiesen.

14 der 20 größten Städte Deutschlands werden von Sozialdemokraten regiert, nur drei von der CDU. Gleichmaßen ist die SPD eine starke Kraft in vielen ländlichen Kommunen und Kreisen. In mehreren Bundesländern sind die Kommunen quasi unsere letzte „Regierungsebene“. Will die SPD weiterhin die Kommunalpartei bleiben, muss sie kommunaler werden. Unsere haupt- und ehrenamtlichen Politikerinnen und Politiker sind „zu Hause“ in der Arena, genießen großes Vertrauen und setzen sich häufig mit Wahlerfolgen von negativen Trends ab (wie nicht zuletzt in Duisburg). Stärkung und Wachstum unseres kommunalen Fundaments sind deshalb Voraussetzung für künftige Wahlerfolge in Land, Bund und Europa. Wir werden prüfen, wie wir einen engeren Schulterschluss zwischen Partei und Kommunalen erreichen können.

Wir werden in Zukunft Parlamentsentscheidungen mit kommunalem Bezug deutlicher auf kommunale Wirkungen prüfen. Kommunalpolitische Ausschüsse sind deshalb sowohl in den Ländern als auch im Bund erforderlich. Eine auskömmliche Finanzierung ist notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung kommunaler Selbstverwaltung. Konnexität meint hier mehr als eine rein monetäre Betrachtung. Wir müssen stärker im Zusammenhang der Ebenen denken und handeln und dabei die Meinung der Praktiker vor Ort einbeziehen! Deshalb ist die Aufhebung des Kooperationsverbotes im Grundgesetz folgerichtig.

Der Parteivorstand wird mit der Bundes-SGK, den Kommunalen aus Parlamenten, Spitzenverbänden und erfolgreichen Hauptverwaltungsbeamten den Kommunalbeirat stärken und die SGK als kommunale Vertretung unterstützen. Dabei kommt der Personalgewinnung und Qualifizierung eine Schlüsselrolle zu.

Änderungsantrag zu Kapitel III.

Seite 13, Zeile 12 – Füge ein:

c) Ungleichheiten überwinden – Gleichstellung voranbringen

Die SPD ist seit ihren Anfängen auch die Partei der Gleichstellung und wir haben viel erreicht: das Frauenwahlrecht, den Artikel 3 Grundgesetz, die Modernisierung des Familienrechts, besseren Schutz vor Gewalt und Missbrauch, die sexuelle Selbstbestimmung aller Geschlechter, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie aktive Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Es geht darum, das Erreichte gegen die ewig Gestrigen zu verteidigen und die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern schneller voranzubringen. Mit uns gibt es kein Zurück. Das ist vor allem eine Frage der Gerechtigkeit. Es wird aber vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft auch immer mehr zu einer Frage der Sicherung unseres Wohlstands. Zahlreiche Studien belegen, der einfachste Weg zur Steigerung des Wirtschaftswachstums und zur Verbesserung der finanziellen Situation der Familien ist die Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen auf das Niveau der Männer. Die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt muss einhergehen mit der Verbesserung von Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie für Frauen und Männer. Gerade die jüngere Generation will eine partnerschaftliche Aufgabenteilung leben und braucht in bestimmten Lebensphasen eine bessere Balance zwischen Berufs- und Privatleben.

Wir werden u.a. konkrete Vorschläge für folgende Fragen weiterentwickeln:

- Wie können wir Gleichstellungspolitik zur Querschnittsaufgabe machen und alle Maßnahmen in allen politischen Bereichen darauf ausrichten, die Gleichstellung von Frauen und Männern voranzubringen und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder anderer Merkmale zu verhindern?
- Wie können wir partnerschaftliche Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie verbessern? Wie können wir eine bessere Balance zwischen beruflichen und familiären Verpflichtungen herstellen?
- Wie erreichen wir die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt? Wie können wir die Lohnlücke schließen? Welche Maßnahmen müssen wir zur Aufwertung der sozialen Berufe ergreifen?
- Wie können wir eine paritätische Beteiligung von Frauen und Männern in Führungspositionen in allen gesellschaftlichen Bereichen sowie in den Parlamenten erreichen?
- Wie können wir Rollenstereotype überwinden und Sexismus bekämpfen?

Antragsbereich ÄA/ Antrag 57
07/07 Schöneberg (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Kapitel III.

Ersetze auf Seite 8 in Zeile 28 „die Flüchtlingsfrage“ durch „Geflüchtete“.

Ersetze auf Seite 8 in Zeile 30 „hohen Flüchtlingszahlen“ durch „hohe Zahl von Geflüchteten“.

Ersetze auf Seite 9 in Zeile 26 „Flüchtlingen“ durch „Geflüchteten“.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 58
Ortsverein Holzkirchen (83607) (Landesverband Bayern)

Änderungsantrag Kapitel III

S. 16, nach Zeile 11 soll folgende neue Ziffer III.2.e) eingefügt werden:

„e) Lebensgrundlagen sichern - Umwelt schützen

Die Risiken in Bezug auf den Verlust unserer Lebensgrundlagen sind allgemein bekannt: Das Klima droht sich so zu verändern, dass zahlreichen Menschen in der Welt die Lebensgrundlagen zu Land und in den Meeren regelrecht entzogen und für viele andere nachhaltig verschlechtert werden. Das wird u.a. millionenfache Migrationsströme zur Folge haben. Die Bodenqualität verschlechtert sich innerhalb Deutschlands durch eine unverantwortliche Landwirtschaft und durch übermäßige Versiegelungen. Die Bodenqualität in der übrigen Welt verschlechtert sich auch durch den negativen Einfluss Deutschlands vielfach, z.B. durch den Fleischkonsum in Deutschland und die auch damit ausgelösten Rodungen von Urwaldflächen zugunsten großflächigen Sojaanbaus. Weltweit sind die Meere, aber auch schon Gewässer innerhalb Deutschlands nicht nur durch die Erwärmung, sondern auch durch Plastikabfälle in ihrer Funktionsfähigkeit gefährdet. Die Atemluft insbesondere in den Städten gefährdet zunehmend die Gesundheit.

Wir werden folgende Frage klären müssen:

Welche Beiträge kann Deutschland national und in den übernationalen Gremien leisten, um den Klimaschutz, den Bodenschutz, den Gewässerschutz und die Luftreinhaltung schnell, radikal und nachhaltig zu verstärken?“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 59
Landesverband Baden-Württemberg

Änderungsantrag Kapitel III

auf Seite 16 nach Zeile 11 als neuer Punkt

e) Umweltpolitik als Wachstums- und Fortschrittmotor

Der Umweltschutz hat das Leben in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten gesünder, reichhaltiger und lebenswerter gemacht. Die von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten formulierte sozial-ökologische Industriepolitik hat im Bereich der Umwelttechnologien zu vielen Innovationen und in der Folge zu neuen und guten Arbeitsplätzen mit vielen Chancen für nachhaltiges qualitatives Wachstum geführt. Klimaschutztechnologien sind heute ein Exportschlager und ein Wachstumsmotor.

10 Deutschland profitiert von der weltweit zunehmenden Nachfrage nach „grünen“
Produkten, Verfahren und Dienstleistungen. Das Marktvolumen der Umwelttechnik
und Ressourceneffizienz in Deutschland wird sich bis 2025 auf voraussichtlich 740
15 Milliarden Euro erhöhen. Schon heute finden 1,5 Mio. Menschen Arbeit in diesem
Bereich, Tendenz steigend. Zudem tragen die mittelständisch geprägten
Unternehmen und ihre Beschäftigten mit ihrer Innovationskraft dazu bei, dass
klassische Industriezweige zukunftsfähig bleiben.
Wir wollen den Weg in Richtung einer Wirtschafts- und Lebensweise gehen, die die
ökologischen Grenzen unserer Erde respektiert und trotz wachsender
Weltbevölkerung ein umweltgerechtes Leben in Frieden und Wohlstand ermöglicht.
20 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden diesen Wandel gestalten.
Der Umbau unserer Wirtschaftsweise kann und soll zum großen Nutzen aller werden.
Schon heute ist Deutschland mit der Energiewende ein weltweiter Vorreiter.
Klimaschutz wird zum Fortschrittmotor einer Modernisierung, mit der wir unsere
weltweite Spitzenstellung als Industrienation sichern. Wir müssen aber auch
25 erkennen, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien allein noch keinen Klimaschutz
macht. Der Ausstieg aus der Kohle, Öl und fossilem Gas gehört als Kehrseite ebenso
dazu und muss sozialverträglich und strukturpolitisch klug gestaltet werden. Mit der
Gestaltung eines Energiesystems auf Basis von Erneuerbaren Energien erschließen wir
uns zugleich einen weltumspannenden Zukunftsmarkt für unsere
30 Umwelttechnologien und Dienstleistungen.
Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben und neuen Technologien, die zu
mehr Nachhaltigkeit führen, zum Erfolg verhelfen. Dies bietet große Chancen für
Deutschland im internationalen Wettbewerb und fördert die Erreichung der
weltweiten Umwelt- und Klimaziele. Wir beweisen, dass unsere
35 Wohlstandsentwicklung vom Treibhausgasausstoß schrittweise vollständig
entkoppelt werden kann.

Wir werden u.a. folgende Fragen klären müssen:

- 40 • Pariser Klimaschutzabkommen: Wie stellen wir sicher, dass Deutschland seine
internationalen Klimaschutzverpflichtungen erfüllt und dass das staatliche
Handeln mit den Klimaschutzziele im Einklang steht (z.B. auch Steuern und
Subventionen)? Wie können wir das selbstgesteckte Ziel für 2020 sowie die
weitgehend europa- und völkerrechtlich vorgegebenen Ziele für 2030 und
45 2050 tatsächlich erreicht werden, ohne dabei Strukturbrüche auszulösen (z.B.
Kohleausstieg)? Wie schaffen wir Innovationsprogramme zur
Dekarbonisierung von Industrieprozessen sowie zur Sicherung von
Wettbewerbsfähigkeit und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen?
- 50 • Wie können wir ein Bundesklimaschutzgesetz mit verbindlichen Gesamt- und
Sektorzielen für 2030 und 2050 verabschieden? Wie stellen wir sicher, dass
dabei alle klimarelevanten Sektoren, wie Energieerzeugung, Industrie,
Mobilität, Gebäude, Land- und Forstwirtschaft enthalten sind?
- 55 • Ausbau Erneuerbarer Energien: Wie können wir den Weg beschreiten,
Erneuerbaren Energien deutlich stärker als bislang vorgesehen auszubauen?
Schlüsseltechnologien der Energieerzeugung werden vor allem Windenergie
und Photovoltaik sein. Wie können wir dabei den Anteil an

- Bürgerenergieprojekten erhöhen, den Netzausbau vorantreiben und Stromspeicher-Strukturen aufbauen?
- 60
- Sicherung der deutschen Marktführerschaft bei Umwelttechnologien: Mit welchen Rahmenbedingungen können wir das vorhandene Know-how weiter ausbauen und Entwicklung, Produktion, Anwendung und Export von Umwelttechnologien voranbringen? Wie können wir private und staatliche Investitionen stärker in diese Zukunftstechnologien lenken?
- 65
- Unterstützung der Kommunen: Wie können wir die Kommunen als zentrale Akteure im Kampf gegen den Klimawandel und seine Folgen stärken und unterstützen? Welche Aufgaben der Daseinsvorsorge sind durch den Klimawandel besonders gefährdet? Welche Maßnahmen tragen zu mehr Resilienz in den Kommunen bei?
- 70
- Nachhaltiger Konsum: Wie können wir die von den Vereinten Nationen beschlossenen Nachhaltigkeitsziele möglichst zügig erreichen? Mit welchen Maßnahmen stellen wir möglichst große Transparenz und Information für Verbraucherinnen und Verbraucher her?
- 75
- Mobilitätswende: Wie werden wir die Mobilitätswende hin zu einem CO₂-neutralen Verkehrssektor voranbringen? Wie können wir ein eigenes Klimaschutzkonzept für den Mobilitätssektor entwickeln und die Förderung der Elektromobilität verbessern? Wie können wir Anreize ausbauen, für einen CO₂-neutralen ÖPNV, neue städtische Mobilitätskonzepte, Smart-City-Konzepte, für eine Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements für den Klimaschutz auf kommunaler Ebene und für klimaeffiziente mittelständische Betriebe?
- 80
- Erhalt der biologischen Vielfalt: Wie kann unsere Wirtschaft, insbesondere auch die Landwirtschaft, agieren, ohne die Artenvielfalt zu gefährden? Welchen Wert hat der Zugang zu einer intakten Natur für das Zusammenleben, für Integration und gerechte Teilhabe?
- 85

Antragsbereich ÄA/ Antrag 60
Landesorganisation Bremen

Änderungsantrag zu Kapitel III.1

Einfügen auf S. 8 nach Zeile 15:

- 5 Dabei muss unser roter Faden, unser sozialdemokratischer Kompass immer die gerechte Teilhabe aller an gesellschaftlichem Wohlstand sein: wir stehen für Verteilungsgerechtigkeit, wir brauchen einen starken Sozialstaat, der gewährleistet, dass diejenigen, die mit ihrer Arbeitskraft maßgeblich zur Erwirtschaftung von Wachstum und Wohlstand beitragen, wieder einen gerechten Anteil daran erhalten. Und der diejenigen unterstützt und sich um die kümmert, die vor besonderen Herausforderungen stehen, die sie nicht aus eigener Kraft meistern können. Dieser

- 10 Kampf für gerechte Verteilung, für soziale Gerechtigkeit, der Kampf für einen starken funktionierenden Sozialstaat muss auch die Richtschnur für unser praktisches Handeln in der Regierungsverantwortung sein, da, wo wir Politik umsetzen, wo wir Gesellschaft gestalten.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 61

Ortsverein München Ramersdorf (Landesverband Bayern), Kreisverband Saarlouis (Landesverband Saar), 04/74 Klausenerplatz-Kiez, 04/73 City-Westend (Landesverband Berlin), Kreisverband Rostock (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern), Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Änderungsantrag zum Kapitel III.1

- Seite 8 Zeile 10 anfügen: drittens um die Frage, wie wir bestehende Ungleichheiten überwinden können und insbesondere die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen vorantreiben können;
als Folgeänderung: Zeile 11 ersetze „drittens“ durch „viertens“, Zeile 14 ersetze „und
5 viertens“ durch „und fünftens“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 62

Ortsverein Münchberg (Landesverband Bayern)

Änderungsantrag zu Kapitel III.1

- Einfügen S. 8 Z. 15 „... und die soziale Demokratie stärken können und wie eine nachhaltige Infrastruktur und Daseinsvorsorge zu sichern ist.“
Einfügen S. 8 neuer Absatz vor Zeile 16:
5 „Dieser Prozess der programmatischen Klärung kann nur dann zu überzeugenden Antworten führen, wenn auch die Problemursachen und die Widerstände gegen mögliche Lösungsansätze analysiert und benannt werden. Und er kann nur dann zu neuen politischen Mehrheiten führen, wenn die Debatten in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bewegungen (z.B. Naturfreunde), Sozialverbänden (z.B. AWO und VdK) und Gewerkschaften aufgegriffen und Teil eines politischen Handlungskonzepts
10 werden. Dazu muss die Debatte auch als Teil der praktischen Parteiarbeit auf allen Ebenen organisiert werden.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 63

Landesverband Schleswig-Holstein

Änderungsantrag zu Kapitel III.1

Einfügen in S.8, Z.15:

“Zudem werden wir gemeinsam mit den Gewerkschaften und uns nahestehenden Verbänden eine ausführliche Aufarbeitung der Ungerechtigkeiten erfolgen, die sich infolge der Agenda 2010 entwickelt haben.”

Änderungsantrag zu Kapitel III.1

Seite 8, nach Zeile 23 einfügen.

Seit Jahrzehnten beschäftigt uns die Schaffung eines zukunftssicheren Rentensystems. Durch die Beharrlichkeit der SPD wurden in kleinen Schritten gegen den Widerstand von CDU / CSU / FDP Verbesserungen durchgesetzt.

- 5 Es fehlt jedoch bis heute die entscheidende Korrektur einer himmelschreienden Ungerechtigkeit: die prozentuale, jährliche Aufstockung. Dadurch entstand bei den Rentnern u. Rentnerinnen eine Zweiklassengesellschaft, für die der Staat verantwortlich ist. Die prozentuale Aufstockung muss durch einen Festbetrag, der für alle gleich ist, ersetzt werden.
- 10 Diese Forderung ist unabhängig von der Art der Rente. Ob Berechnung der Lebensarbeitsleistung, Solidarrente, Grundrente oder Bürgerrente. Es wird immer eine jährliche Anpassung geben und nur um die geht es. Es ist nicht einzusehen, warum bei hohen Renten ein höherer Aufstockungsbetrag gezahlt wird als bei niedrigen Renten. Das ist einmalig in Europa, wer mehr hat bekommt vom Staat noch mehr, der arme Schlucker schaut der Altersarmut entgegen, staatlich "gefördert". Die Schere zwischen "arm und reich" öffnet sich immer weiter. Besonders betroffen sind die nachfolgenden Generationen, bei denen noch zusätzlich die geplante Absenkung des Rentenniveaus den Weg in die Altersarmut beschleunigen wird, wenn dieses Problem nicht mit oberster Priorität beseitigt wird.
- 15
- 20 Die im Grundgesetzte garantierte Gleichbehandlung ist in eine staatliche Mogelpackung gehüllt. Gleich ist nur der Prozentsatz, nicht der Auszahlungsbetrag. Das BVG hat auf Anfrage bei einer Änderung des jetzigen Systems keine Bedenken, da es eine Ergänzung zum Hauptpunkt Rente ist.

Änderungsantrag zu Kapitel III.1

Seite 13, Zeile 12 – Füge ein:

c) Ungleichheiten überwinden – Gleichstellung voranbringen

- 5 Die SPD ist seit ihren Anfängen auch die Partei der Gleichstellung und wir haben viel erreicht: das Frauenwahlrecht, den Artikel 3 Grundgesetz, die Modernisierung des Familienrechts, besseren Schutz vor Gewalt und Missbrauch, die sexuelle Selbstbestimmung aller Geschlechter, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie aktive Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Es geht darum, das Erreichte gegen die ewig Gestrigen zu verteidigen und die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern schneller voranzubringen.
- 10 Mit uns gibt es kein Zurück. Das ist vor allem eine Frage der Gerechtigkeit. Es wird aber vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft auch immer mehr zu einer Frage der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und der Sicherung unseres Wohlstands. Zahlreiche Studien belegen, der einfachste Weg zur Steigerung des

- 15 Wirtschaftswachstums und zur Verbesserung der finanziellen Situation der Familien ist die Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen auf das Niveau der Männer. Die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt muss einhergehen mit der Verbesserung von Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie für Frauen und Männer. Gerade die jüngere Generation will eine partnerschaftliche Aufgabenteilung leben und braucht in bestimmten Lebensphasen eine bessere Balance zwischen Berufs- und Privatleben.
- 20 Wir werden u.a. konkrete Vorschläge für folgende Fragen weiterentwickeln:
- Wie können wir Gleichstellungspolitik zur Querschnittsaufgabe machen und alle Maßnahmen in allen politischen Bereichen darauf ausrichten, die Gleichstellung von Frauen und Männern voranzubringen und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder anderer Merkmale zu verhindern?
- 25 - Wie können wir partnerschaftliche Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie verbessern? Wie können wir eine bessere Balance zwischen beruflichen und familiären Verpflichtungen herstellen?
- Wie erreichen wir die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt? Wie können wir die Lohnlücke schließen? Welche Maßnahmen müssen wir zur Aufwertung der sozialen Berufe ergreifen?
- 30 - Wie können wir eine paritätische Beteiligung von Frauen und Männern in Führungspositionen in allen gesellschaftlichen Bereichen sowie in den Parlamenten erreichen?
- Wie können wir Rollenstereotype überwinden und Sexismus bekämpfen? Wie können wir Frauen und Mädchen besser vor Cybermobbing, sexueller Belästigung und Gewalt schützen?
- 35

Antragsbereich ÄA/ Antrag 66

Kreisverband Saarbrücken-Stadt (Landesverband Saar)

Änderungsantrag zu Kapitel III.1

Seite 8, Zeile 5 das letzte Wort „vier“ durch „fünf“ ersetzen, sowie hinter Zeile 15 Einfügen eines neuen Absatzes: „Es geht fünftens um die Frage, wie können wir Armut bekämpfen, für sozialen Ausgleich und mehr Gerechtigkeit der Gesellschaft sorgen, ohne die wirtschaftliche Kraft unseres Landes aufs Spiel zu setzen.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 67

Kreisverband Rostock (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

Änderungsantrag zu Kapitel III 1

Seite 8, Zeile 10 – Ergänze durch:

[...] und Produktivitätsgewinnen, Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse und weiteren sozialen Fortschritt entwickeln werden.

Seite 8, Zeile 14 – Ergänze ab „Wandels“:

- 5 [...] die Systeme der sozialen Sicherung ausbauen, frühere Sozialstandards wiederherstellen und damit gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie stärken können.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 68

Ortsverein Gartenfeld-Neustadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)

Änderungsantrag Kapitel III.1

Seite 8, Zeile 7: Ersetze „soziale und demokratische Antwort“ durch „soziale, demokratische und ökologische Antwort“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 69

Arbeitsgemeinschaft für Bildung

Änderungsantrag zu Kapitel II.1

S.8 Z. 4 ergänze hinter ... ein
und gehen aktiv auf sie zu.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 70

Ortsverein Hannover Oststadt-Zoo (Bezirk Hannover)

Änderungsantrag zu Kapitel III 2

Einfügen auf Seite 16, nach Zeile 11 (hinter Kapitel III.2, vor Kapitel III.4)

„III.3 Gerechtigkeit, Position und Haltung

Die SPD bekennt sich zur Würde des Menschen im Alter und setzt sich insbesondere in diesen Zeiten höchster Staatseinnahmen aller Zeiten für eine zumindest schrittweise Wiederanhebung des gesetzlichen Rentenniveaus auf langfristig wieder **70 %** und damit für eine weitgehend lebensstandardsichernde Rente ein so wie es bis 1997 auch der damaligen Gesetzeslage entsprach. Die Finanzierung ist nicht lediglich Aufgabe der Beitragszahlenden, sondern aller Menschen.“

Die SPD bekennt sich im Gesundheitssystem zur Einführung einer gesetzlichen Pflichtbürgerversicherung für alle, die eine mindestens zufriedenstellende Gesundheitsversorgung aller Mitmenschen in Deutschland sicherstellt und alle Einkunftsarten ohne Berücksichtigung einer Beitragsbemessungsgrenze zur Finanzierung mit einbezieht.“

Die SPD fordert ein uneingeschränktes Waffenexportverbot zumindest in Bezug auf alle Nicht-NATO-Staaten, damit zukünftig keine Kriege und bewaffneten Konflikte mehr mit Waffen aus Deutschland geführt werden können.“

In dem Bewusstsein, dass in Deutschland die Schere zwischen Arm und Reich so weit auseinander gegangen ist wie nie zuvor fordert die SPD klare gesetzliche und fiskalische Maßnahmen im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit, indem für alle Vermögen zumindest oberhalb einer Million Euro die Vermögenssteuer entsprechend des Auftrages des Bundesverfassungsgerichts vom 22.06.1995 wiederbelebt wird und Erbschaften zumindest oberhalb dieser Grenze deutlich höher besteuert werden als bisher.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 80

Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel III.2(a)

Ergänze auf Seite 9 in Zeile 2 nach „sondern die“:

„solidarische Demokratiegemeinschaft, ...“

Ergänze auf Seite 9 in Zeile 18:

5 “Wie schaffen wir es, ein menschenwürdiges Leben für alle in der EU lebenden Menschen zu verwirklichen?”

Ergänze auf Seite 9 nach Zeile 28 als neuer Punkt:

“Wie finden wir zu einer gemeinsamen europäischen Friedenspolitik?”

Antragsbereich ÄA/ Antrag 81

Bezirk Hessen-Süd

Änderungsantrag zu Kapitel III.2(a)

Seite 8, Zeile 38: In Zeile 38 werden die Worte „in Europa“ ersetzt durch: „der europäischen Sozialdemokratie“

Seite 9, Zeile 5: In Zeile 5 wird folgender Satz angefügt:

5 „Unser Ziel ist es, in allen Handels-, Investitions- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen Regeln für die verbindliche Einhaltung und Umsetzung menschenrechtlicher, ökologischer und sozialer Standards wie der ILO-Kernarbeitsnormen mit konkreten Beschwerde-, Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen zu vereinbaren.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 82

Kreisverband Rhein-Kreis Neuss (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel III.a

Seite 9:Zeile 5 Wort streichen und einfügen:

....individuelle Grundrechte einhält.

5 Nach Zeile 5 neu einfügen: Wir werden uns für transparente und konsequente Regeln an den deutschen und europäischen Finanzmärkten einsetzen, um die weiterhin bestehenden Versäumnisse aus der letzten Finanzmarktkrise aufzuarbeiten und dem Auftreten von Finanzmarktblasen und den daraus folgenden Auswirkungen auf die Realwirtschaft vorzubeugen. Dazu gehört auch eine Beteiligung dieser Märkte an der Stärkung des staatlichen Fürsorgeauftrages zum Beispiel durch eine Börsentransaktionssteuer auch europäischer Ebene. Ein weiteres Instrument ist die

10 konsequente Verfolgung und Verurteilung von Steuerbetrügnern und das konsequente Abschaffen von Steuervermeidungstaktiken und –Möglichkeiten.

Zeile 36, 37 muss in Zeile 18, 19 verschoben werden

Antragsbereich ÄA/ Antrag 83
Kreisverband Saarbrücken-Stadt (Landesverband Saar)

Änderungsantrag zu Kapitel III.2 a

Seite 9, hinter Zeile 17 einen zusätzlichen Absatz einfügen:

- 5 „Den Menschen die Angst vor Europa nehmen durch eine wirtschaftliche und strukturelle Förderung vernachlässigter Regionen, die Stärkung des ländlichen Raumes durch Dezentralisierung politischer Entscheidungen, eine bessere Verkehrspolitik, eine Anbindung an schnelles Internet sowie die Unterstützung von örtlichen Versorgungszentren.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 84
Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt

Änderungsantrag zu Kapitel III.2(a)

Seite 9, hinzufügen nach Z. 26:

- 5 „Wie überwinden wir in der europäischen Flüchtlingspolitik die derzeit völlig unterschiedlichen Entscheidungspraktiken und Versorgungsniveaus in den einzelnen Mitgliedstaaten? Wie schaffen wir ein europäisches Zuwanderungsrecht, das legale Möglichkeiten zur Migration schafft?“

Seite 9, einfügen nach Z. 28:

- 10 „Wie kommen wir zu stabilen, demokratischen Staatsstrukturen in heutigen Krisenregionen? Wie gestalten wir eine faire internationale Handels-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik, die vor allem Ländern auf dem afrikanischen Kontinent gute wirtschaftliche, soziale und politische Perspektiven ermöglicht? Wie können wir konsequenter für Klimaschutz sorgen und gegen den Klimawandel angehen, der immer mehr Menschen dazu zwingt, ihre Heimat zu verlassen?“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 85
Landesverband Nordrhein-Westfalen

Änderungsantrag zu Kapitel III.a

Seite 9, einfügen in Zeile 11:

Jene wollen den Binnenmarkt und die EU-Regeln für den Handel mit anderen Weltregionen als Instrumente einer unbeschränkten und grenzenlosen Marktfreiheit.

Seite 9, einfügen vor Zeile 22 (neuer Spiegelstrich):

- 5 Wie können wir die Europäische Union umfassend demokratisieren und gewährleisten, dass das Europäische Parlament volles Haushalts- und Initiativrecht bekommt und die Vertretung der EU-Bürgerinnen und Bürger ist, dem die Europäische Kommission und die Leitung der Eurogruppe voll verantwortlich ist?“

Seite 9, einfügen vor Zeile 32 (neuer Spiegelstrich):

- 10 Wie können wir die Regeln und Verträge der EU für den Handel mit Waren, Kapital und Dienstleistungen so organisieren, dass Arbeitnehmerrechte, sozialer Ausgleich, hohe Umweltstandards und demokratische Entscheidungshoheit gewahrt bleiben sowie funktionierende Rechtsstaatlichkeit gestärkt und nicht umgangen wird.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 86
Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)

Änderungsantrag zu Kapitel III.a

Seite 9, Zeile 21 (zusätzlicher Spiegelstrich):

-Wie erreichen wir eine bessere Kontrolle der Finanzmärkte, wie begegnen wir den Gefahren der Kapitalmarkt-Spekulation, die ganze Volkswirtschaften in den Ruin treibt und die Stabilität des Euro langfristig massiv gefährdet.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 87
Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten

Änderungsantrag zu Kapitel III.2a

S.9, Ergänze nach Z.33:

„Wie können wir die europäische Zusammenarbeit in unserem Bildungssystem stärker verankern und den Wissensaustausch durch Programme wie Erasmus+ für mehr Menschen öffnen und weiterentwickeln?“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 88
Kreisverband Recklinghausen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel III.2a

Der Teil „Die Zukunftsthemen – a) Die Zukunft Europas“ soll um folgende Fragestellungen ergänzt werden:

1. Wie sorgt man für europäische Steuergerechtigkeit und –solidarität um einerseits europäische Steueroasen und andererseits das Steuerdumping unter den Mitgliedsstaaten zu unterbinden?
2. Wie kann es der SPD gemeinsam mit unseren Schwesterparteien und den Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften Europas gelingen, die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken und auf einen gemeinsamen hohen sozialen Standard zu bringen?

Antragsbereich ÄA/ Antrag 89
Ortsverein Kassel-Holland (Bezirk Hessen-Nord)

Änderungsantrag zu Kapitel III.a

Ergänze auf S. 9, Z. 39: „Wie können wir eine Debatte um die Zukunft der Tierproduktion beginnen, welche kritische naturwissenschaftliche und gesellschaftswissenschaftliche Standpunkte wahrnimmt und eine Befreiung der Tiere nicht von Beginn an ausschließt?“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 90
Kreisverband Minden-Lübbecke (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel III.a

Ergänze S. 8 Z. 28 „die Flüchtlingsfrage“ durch „eine progressive Migrationspolitik“.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 91
07/07 Schöneberg (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Kapitel III.a

Füge auf Seite 9 in Zeile 5 nach „respektiert.“ ein: „Unser Ziel ist daher, in allen Handels-, Investitions- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen Regeln zur verbindlichen Einhaltung und Umsetzung menschenrechtlicher, ökologischer und sozialer Standards wie z.B. der ILO-Kernarbeitsnormen mit konkreten Beschwerde-,
5 Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen zu vereinbaren.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 92
Landesverband Sachsen-Anhalt

Änderungsantrag zu Kapitel III.2 (a)

Seite 8, Zeile 26 (ergänzen bzw. neufassen)

Mehr Demokratie wagen – auch auf europäischer Ebene! Wir brauchen eine Demokratisierung der europäischen Institutionen und eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Europas. Dies stärkt die Identifikation mit Europa. Europa ist bei vielen Herausforderungen Teil der Lösung und nicht Teil des Problems: Wenn es um die Krise in den Beziehungen mit der Türkei und mit Russland geht, um die Bekämpfung des Klimawandels und des Steuerdumpings oder um die Flüchtlingsfrage, brauchen wir ein handlungsfähiges Europa und konstruktive Gestaltung aus Berlin.

Ergänzen auf Seite 9, Zeile 5

Außerdem muss Europa als Garant von Gewaltenteilung auch für seine Mitgliedsstaaten fungieren.

Ergänzen auf Seite 9, Zeile 23

- Wie kommen wir zu einem selbstkritischen Umgang mit europäischer Handelspolitik und einem Wandel zu fairem globalen Handel?

Ergänzen auf Seite 9, Zeile 27

- Wir wollen, dass aus Deutschland keine Waffen in Krisengebiete und Diktaturen exportiert werden.

Ergänzen auf Seite 9, Zeile 28

- Wie können wir eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik gewährleisten? Wie wäre eine europäische Armee realisierbar?

Änderungsantrag zu Kapitel III.2 (b)

Einfügen auf S. 10 in Zeile 21:

5 (...) Das gilt auch für heute anerkannte und nachgefragte berufliche Fähigkeiten, die morgen wertlos sein können. Trotz Wachstumsdynamik hat die soziale Ungleichheit stark zugenommen. Überall weisen die Statistiken sinkende Reallöhne in den unteren Einkommensgruppen und nicht selten auch stagnierende Realeinkommen in der Mittelschicht aus. Und das sogar, wenn die Wirtschaft prosperiert oder die Beschäftigungsstatistik Rekordzahlen vermeldet. Die Zahl der in relativer Armut lebenden Menschen hat deutlich zugenommen.

Einfügen auf S. 10 in Zeile 38:

10 (...) Den technischen zu einem sozialen Fortschritt zu machen, ist die Gerechtigkeitsfrage unserer Zeit, der sich die SPD stellen muss, für die die SPD Lösungen aufzeigen muss. Seite an Seite mit den Gewerkschaften und gemeinsam mit allen Kräften, die für Lohngerechtigkeit kämpfen und die das Ziel einer gerechten Gesellschaft eint.

15 Einfügen auf S. 12 in Zeile 23:

20 (...) Wie sichern wir den Industriestandort Deutschland in der digitalen Welt und wie erschließen wir die hohen Wachstums- und Arbeitsplatzpotentiale der Dienstleistungssektoren? Wie schaffen wir es, dass die Unternehmen ihre gute Gewinnlage und die extrem niedrigen Zinsen zu mehr Investitionen nutzen, statt vielfach Geldvermögen zu horten? Wie kommen wir zu mehr öffentlichen Zukunftsinvestitionen? Wie schaffen wir nachhaltiges Wachstum und Sicherheit der Arbeitsplätze? Wie können wir die Gewerkschaften stärken, um eine nachhaltige Steigerung der Realeinkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insbesondere in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen durchzusetzen? (...)

25 Einfügen auf S. 12 in Zeile 32:

25 (...) Neue Arbeitswelt: Wie können wir den Einfluss der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen im Rahmen der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung stärken? (...)

Einfügen auf S. 13 in Zeile 7:

30 (...) Wie können hohe Einkommen und Vermögen stärker zur Finanzierung des Sozialstaates herangezogen werden?

Einfügen auf S. 13 in Zeile 9:

35 (...) Wie garantieren wir ein sicheres und menschenwürdiges Leben im Alter? Wie sichern wir die notwendige Infrastruktur und das erforderliche Personal für die Beratungs-, Betreuungs- und Versorgungsangebote? (...)

Änderungsantrag Kap. III.2.b.

Einfügen auf Seite 12, Zeile 31:

Dabei müssen wir das Instrument der Schuldenbremse überprüfen und sicherstellen, dass große Vermögen ihren Teil zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben leisten.

- Einfügen auf Seite 12, Zeile 37 nach "... Tarifbindung?":
- 5 Wie können wir die Interessenvertretung der Arbeitnehmer durch die Gewerkschaften stärken?
- Einfügen Seite 13, Zeile 4 nach "...absichern?":
- Wie erreichen wir eine solidarische, paritätische Finanzierung in allen Zweigen der Sozialversicherung?

Antragsbereich ÄA/ Antrag 95

Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel III.2(b)

- Ergänze auf Seite 10 in Zeile 27 nach „also auch neue Verteilungsfragen“:
„und wirft neue Fragen sozialer Ungleichheit auf.“
- Ergänze auf Seite 11 in Zeile 17 „nach Arbeiten zu ermöglichen“:
„und eine Debatte über die Bewertung und Umorganisation der Sorgearbeit zu führen.“
- 5 Ersetze auf Seite 11 in Zeile 25 „bleibt wichtig“ durch:
„bleiben unverhandelbar“
- Ergänze auf Seite 11 in Zeile 40 nach “[...] sozialdemokratischer Politik.”:
„Unbefristete, sozialversicherungspflichtige und tarifgebundene Beschäftigungsverhältnisse bleiben das beste Mittel gegen prekäre Jobs und Altersarmut.“
- 10 Ändere auf Seite 12 in Zeilen 8-10:
„Wir müssen auch die Frage diskutieren, ob das bestehende Hartz-IV-System in Richtung eines ‘solidarischen Grundeinkommens’ verändert werden sollte.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 96

Ortsverein Saarlouis-Roden (Landesverband Saar)

Änderungsantrag zu Kapitel III.2(b)

Seite 10, Zeile 35-37 ersetzen durch:
„Deshalb ist das Zeitalter der Digitalisierung auch das Zeitalter für die Sozialdemokratie, damit nicht nur wenige Privilegierte, sondern Alle von der technologischen Innovation profitieren.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 97

Kreisverband Pinneberg (Landesverband Schleswig-Holstein)

Änderungsantrag zu Kapitel III.2 (b)

Ergänze auf Seite 12 in Zeile 10:
„Um eine Grundlage für die innerparteiliche Debatte zu haben, wie ein Bedingungsloses Grundeinkommen aussehen könnte, sollte ein Konzept erarbeitet werden.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 98
Bezirk Hessen-Süd

Änderungsantrag zu Kapitel III.2(b)

Seite 10, Zeile 12: Neufassung des Satzes „Um sozialen Fortschritt“ . wie folgt:

„Um sozialen Fortschritt zu erreichen, setzt die SPD auf eine gerechtere Verteilung und gleiche Chancen, auf wissenschaftlichen und technischen Fortschritt.“

Seite 11, Zeile 40: In Zeile 40 wird folgender Satz angefügt:

- 5 „Wir werden uns auch um diejenigen kümmern, die ihre Lebenssituation nicht aus eigener Kraft verbessern können – sei es aus alters- oder gesundheitlichen Gründen. Wir wollen Armut bekämpfen und allen Kindern gleiche Chancen gewähren. Kinderarmut ist eine Schande für eine reiche Gesellschaft wie Deutschland.“

Seite 13, Zeile 7: In Zeile 7 wird folgender Satz angefügt:

- 10 „Wie können wir Armut und vor allem Kinderarmut am wirksamsten bekämpfen? Wir können wir die Spaltung der Gesellschaft beenden und den Zusammenhalt stärken? Was ist unsere Antwort auf die Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen?“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 99
Ortsverein Münchberg (Landesverband Bayern)

Änderungsantrag zu Kapitel III.2(b)

S. 12 Z. 25 einfügen nach „digitalen Welt?“: „Wie kann es gelingen, dass Gewinne verstärkt zur Lösung dieser Aufgaben investiert werden und nicht in spekulative Kapitalanlagen wandern? Wie müssen Finanzmärkte reguliert werden, um Finanzkrisen begrenzt zu halten?“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 100
Kreisverband Lörrach (Landesverband Baden-Württemberg)

Änderungsantrag Kap. III.2.b

Einfügen: S12, Z43

- 5 Wie können sich Menschen in der veränderten Arbeitsgesellschaft, die zunehmend durch Selbständige geprägt wird, besser sozial absichern? Wie können wir Menschen, die bereit sind, ihre innovativen Ideen umzusetzen, ein Umfeld schaffen, in dem sie effektiv sein können und Teil der Solidargemeinschaft bleiben?

Antragsbereich ÄA/ Antrag 101
Kreisverband Rhein-Kreis Neuss (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel III.b

Seite 10:Zeile 16 einfügen:

Wir sind für eine Energiewende, die auch sozial gerecht ist und Strukturbrüche vermeidet.

- 5 Seite 10:Zeile 30 Wort streichen und neues Wort einfügen: eine Verteilungsfrage und somit eine zentrale Herausforderung....

Antragsbereich ÄA/ Antrag 102
Landesverband Brandenburg

Änderungsantrag zu Kapitel

Seite 13, Zeile 2, wird nach dem zweiten Spiegelstrich ein weiterer Spiegelstrich eingefügt:

5 „Die SPD muss wieder als Anwältin der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – sprich der hart arbeitenden Mitte – wahrgenommen werden. Deshalb steht die Zurückdrängung von Leiharbeit, Werkarbeitsverträgen, befristeten und sonstigen prekären Beschäftigungsverhältnissen ganz oben auf unserer Agenda. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist genauso eines unserer Kernanliegen wie die Debatte über die Höhe des Mindestlohns sowie eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes in unserem Land.“

10 Seite 13, nach Zeile 7 wird ergänzt:

„Wir stärken und erproben neue Modelle zur Sicherung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 103
Ortsverein Triptis (Landesverband Thüringen)

Änderungsantrag zu Kapitel III.b

Ergänzung: Seite 11, Zeile 39

Maßnahmen, wie der gesetzliche Mindestlohn und auch dessen Erhöhung sind richtig und in Jahresstufen vorzunehmen.

Ergänzung: Seite 12, Zeile 12

5 Weniger Verwaltung von Arbeitslosigkeit und mehr Angebote von guter, sozialversicherungspflichtiger Arbeit, die zugleich für ein besseres gesellschaftliches Zusammenleben sorgt, müssen das Ziel sein. Bisherige Regelungen zum Arbeitslosengeld II sind zu überdenken.

Vorschlag:

10 -1. Das Arbeitslosengeld II ist in voller Höhe nur für das 1.Jahr nach Eintritt zu zahlen.
-2. Ab dem 2. Jahr ist eine jährliche Reduzierung vorzunehmen. Ausnahme sollten Personen im Alter ab 55Jahre bilden. Gleiches soll für Personen gelten, die erziehungspflichtige Kinder versorgen müssen.

Ergänzung: Seite 13, Zeile 9

15 Würde im demografischen Wandel: Wie garantieren wir ein sicheres und menschenwürdiges Leben im Alter? Daher sollte eine Mindestrente angestrebt werden.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 104
Kreisverband Saarbrücken-Stadt (Landesverband Saar)

Änderungsantrag zu Kapitel III.b

Seite 11, Zeile 11 hinter MINT- Berufe in Klammern einfügen: „(Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik)“

*Antragsbereich ÄA/ **Antrag 105**
Landesverband Nordrhein-Westfalen*

Änderungsantrag zu Kapitel III.b

Seite 11, Zeilen 18-21 ersetzen durch:

Als Partei der Arbeit bleiben Vollbeschäftigung und gute Arbeit unsere vorrangigen Ziele. Im Zuge der....

- 5 Seite 12, ersetze Zeile 8-10 durch:
Die Frage ist, wie das bestehende System der Absicherung von Arbeitslosigkeit durch eine umfassende Arbeitsversicherung ergänzt z.B. durch eine öffentliche Jobgarantie, wie sie im angelsächsischen Raum diskutiert wird, weiterentwickelt werden kann.
- 10 Seite 13, einfügen nach Zeile 2 (Neuer Spiegelstrich):
Wie können wir die Ganztagsangebote in der frühkindlichen Bildung und in der Schule quantitativ und qualitativ ausbauen, um einerseits die Vereinbarkeit zu erleichtern und andererseits die Entwicklungsbedarfe und Bildungsbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen mit bundesweit einheitlichen Qualitätsstandards noch besser zu unterstützen?
- 15

Seite 13, einfügen nach Satzende in Zeile 6:

Wie können wir das Kind deutlicher in den Fokus familienunterstützender Leistungen rücken, um gleichzeitig Kinder- und Familienarmut zu bekämpfen und Eltern finanziell stärker zu entlasten?

*Antragsbereich ÄA/ **Antrag 106**
Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)*

Änderungsantrag zu Kapitel III.b

Seite 12, Zeile 12 (Ergänzung): Das Verhältnis von Arbeit und Einkommen ist neu zu überdenken.

- 5 Seite 12, Zeile 15 (Ergänzung): "...dass die Menschen nicht zu reinen Objekten der Datenverarbeitung werden und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung erhalten bleibt."

*Antragsbereich ÄA/ **Antrag 107**
Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten*

Änderungsantrag zu Kapitel III.2b

S. 11, Ergänze Z.43 nach „mitgestaltet.“:

Deswegen gilt es besonders die Digitalisierung in den Bildungsinstitutionen auf den Lehrplan zu setzen, um die Chancen und Risiken der Digitalisierung aufzuzeigen. Dabei bedarf es eines Modells des lebenslangen Lernens. Damit einher geht auch eine stärkere Verankerung digitaler Lehr- und Lernformen in allen Bildungsinstitutionen. Auch die Lehrer*innenbildung muss für das 21. Jahrhundert modernisiert werden.

5

Antragsbereich ÄA/ Antrag 108
Bezirk Hannover

Änderungsantrag zu Kapitel III.2b

Seite 12, Zeile 8 bis Zeile 10 streiche den nachfolgenden Satz: „Die Frage ist, ob das bestehende Harz-IV-System in Richtung eines „solidarischen Grundeinkommens“ verändert werden kann.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 109
Ortsverein Ellwangen (Landesverband Baden-Württemberg)

Änderungsantrag zu Kapitel III.2b

Seite 11 Zeile 7 nach Selbständigkeit „unbezahlte Sorgearbeit,“ einzusetzen.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 110
060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Kapitel III.b

5 Füge ein S. 12 Zeile 4 nach „Selbständigkeit“: „Für eine gute Bildungspolitik braucht es finanzielle Ressourcen. Die Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland geht immer stärker auseinander. Wir wollen umverteilen, um in eine soziale Infrastruktur investieren zu können. Wir stehen zu einer Umverteilung von reich zu arm und werden dazu Instrumente wie die Vermögenssteuer, die Erbschaftssteuer, einen höheren Spitzensteuersatz sowie die Finanztransaktionssteuer nutzen.“

10 Füge ein S. 12 Zeile 12 nach „sein“: „Klar ist für uns, dass alle Menschen ein Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum haben und dieses nicht durch Sanktionen gekürzt werden darf.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 111
Kreisverband Minden-Lübbecke (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel III.b

Ergänze S. 10 Z .13 nach „technischen Fortschritt.“: „Im Zentrum unserer Innovationspolitik steht ein in die Zukunft investierender Staat.“

5 Ergänze S. 10 Z. 38 nach „stellen muss.“: „Geleitet werden wir dabei von der Idee, die Shareholder-Ökonomie durch eine Wirtschaftsdemokratie zu ersetzen, die vor allem auf eine Stärkung der Mitbestimmung in Unternehmen und Verwaltungen setzt.“

Ergänze nach S. 11 Z. 39 „sind richtig.“: „Deshalb müssen als nächster Schritt die Ausnahmen, die wir als Kompromiss mit CDU und CSU mitgetragen haben, beseitigt werden.“

10 Ergänze S. 12 Z. 42 nach „profitieren können?“: „Wie schaffen wir für junge Menschen eine Garantie auf einen Ausbildungsplatz?“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 112

04/74 Klausenerplatz-Kiez , 04/73 City-Westend (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Kapitel III b)

Seite13 in Zeile 7 hinter „...gestärkt werden?“ Folgender Wortlaut einzufügen:

5 „Wie erreichen wir, dass eine nachhaltige Klimapolitik im Sinne einer Umweltgerechtigkeit zukünftig stärker die Leistungsfähigen als die sozial Schwächeren in Anspruch nimmt? Wie können wir die nationalen Klimaziele erreichen ohne dass steigende Mieten, Energiepreise oder Mobilitätskosten zu weiteren sozialen Härten führen? Wie stellen wir zukünftig zugesagte Milliardentransfers in klimageschädigte ärmere Länder sicher und stärken gleichzeitig den Sozialstaat?“

Seite13 in Zeile 14 vor „Wir stehen...“ folgende Sätze einzufügen:

10 „Wir müssen zur Bekämpfung der Fluchtursachen im Sinne von „Hilfe zur Selbsthilfe“ eine europäische Gesamtstrategie entwickeln. Dazu gehören:

- europäische Agrarförderung nicht zu Lasten von Entwicklungs- und Schwellenländern einsetzen,
- Freihandelsabkommen mit Entwicklungs- und Schwellenländern überprüfen,
- unfairen Handel mit Rohstoffen aus Entwicklungs- und Schwellenländern verhindern und

15 - Entwicklungshilfebudget auf 1% des Bruttoinlandsprodukts erhöhen – ohne Berücksichtigung der Finanzierung von Flüchtlingsversorgung und Grenzsicherung.“
Der Satz ab Zeile 17 „Zudem wollen wir....“ ist zu streichen.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 113

Ortsverein Holzkirchen (83607) (Landesverband Bayern)

Änderungsantrag Kapitel III b)

S 13. Nach dem Ende des Satzes in Zeile 7 folgenden Satz einfügen:

5 „Welche Bestandteile der Agendapolitik müssen zurückgefahren und welche können weiterentwickelt werden, sodass Fehlentwicklungen z.B. bei Rentenniveau und - eintrittsalter, Ausweitung prekärer Beschäftigung und Kündigungsschutz korrigiert werden? Wie können wir sicherstellen, dass sich Fehler, die die SPD im Rahmen der Agendapolitik gemacht hat, nicht wiederholen?“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 114

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten

Änderungsantrag Kapitel III.b

Streiche S. 12 Z. 8 f. „Die Frage ist, ob das bestehende Hartz IV System in Richtung eines „solidarischen Grundeinkommen“ verändert werden kann“ und ersetze durch:

5 „Die bestehenden Sanktionsmaßnahmen im Hartz IV-System müssen abgeschafft werden. Die Grundsicherung darf keine relativierbare Größe sein. Vielmehr wollen wir in Aus- und Fortbildung investieren und streben die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors an, in dem gerechte Entlohnung und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gewährleistet sind.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 115

Kreisverband Rostock (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

Änderungsantrag zu Kapitel III.2 (b)

Seite 10, Zeile 7 – Einfügen nach „Arbeitszeitpolitik“:

- die Familienfreundlichkeit, Arbeitszeitverkürzung und ehrenamtliches Engagement ermöglicht -

Seite 11, Zeile 33 – Streiche von: „prüfen, wie wir“

5 **Seite 12, Zeile 8** – Ersetze und ergänze ab „finden werden.“:

Das bestehende Hartz-IV-System muss in Richtung eines „solidarischen Grundeinkommens“ verändert werden. Weniger Verwaltung von Arbeitslosigkeit, die Abschaffung aller Sanktionen gegen Arbeitslose und mehr Angebote von guter, sozialversicherungspflichtiger Arbeit, die zugleich für ein besseres gesellschaftliches Zusammenleben sorgt, müssen das Ziel sein. Die Sozialdemokratie muss wieder dafür kämpfen, dass Arbeitslosigkeit als gesellschaftliches und nicht als individuelles Problem begriffen wird.

10 **Seite 12, Zeile 31** – Ergänze nach „zu fördern“:

15 Wie kann der Staat wieder berechtigter wirtschaftlicher Akteur – insbesondere im Bereich der Innovation – werden?

Antragsbereich ÄA/ Antrag 116

Arbeitsgemeinschaft für Bildung

Änderungsantrag zu Kapitel III.2 (b)

S. 10 Z.3 einfügen:

Bildung als zentrale Zukunftsaufgabe

5 Eine offene Gesellschaft muss eine solidarische Gesellschaft sein. Sie braucht den Zusammenhalt aller. Eine Gesellschaft kann diesen Zusammenhalt nur dadurch nachhaltig stärken, dass sie zum einen tolerante Begegnungen und gemeinsame Lebensräume für alle organisiert, und zum anderen das System so gestaltet, dass es Chancengleichheit gewährleistet. Schule legt für beides den Grundstein.

Die Geschichte der Sozialdemokratie ist aufs Engste mit dem Grundsatz „Aufstieg durch Bildung“ verbunden. Bildung schafft Wahlfreiheit und Selbstbestimmung.

10 Bildungserfolg hängt jedoch nach wie vor stark von der Herkunft ab. Dem müssen wir entgegen wirken.

Für mehr Chancengleichheit in der Bildung wollen wir unter anderem:

- 15 • das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern bei der Bildungsfinanzierung abschaffen
- den Ausbau von Ganztagschulen
- längeres gemeinsames Lernen
- die Beitragsfreiheit der Kinderbetreuung
- 20 • die Digitalisierung in der Bildung sozialdemokratisch und chancengleich gestalten

S.11 Z. 17 ergänze hinter ... zu ermöglichen.

- 25 Die berufliche Bildung zu stärken und zukunftsfähig zu machen ist ein Kernanliegen der SPD. Hierzu gehört auch eine hohe Durchlässigkeit und möglichst hürdenfreie Anschlussfähigkeit zur akademischen Bildung. Beides steht gleichberechtigt und gleichwertig nebeneinander.
S.13 Z. 12 ergänze hinter ...organisiert wird?
- 30 - Wie stellen wir sicher, dass alle Kindern und Jugendlichen die gleichen Chancen haben, durch digitale Komponenten in der Bildung individuell ihren Lern- und Bildungserfolg zu steigern und am digitalen Leben gleichberechtigt teil zu haben.

*Antragsbereich ÄA/ **Antrag 117**
Ortsverein Roßwein (Landesverband Sachsen)*

Änderungsantrag zu Kapitel III 2 (b)

Einfügen auf Seite 12 in Zeile 35:

Was können wir tun, damit gerade Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit niedrigen Einkommen wieder stärker profitieren?

Einfügen auf Seite 12 in Zeile 6:

- 5 Wie müssen wir das Prinzip des „Fördern und Fordern“ so weiterentwickeln, damit sich Arbeitssuchende stärker motiviert und nicht stigmatisiert fühlen.

*Antragsbereich ÄA/ **Antrag 118**
Landesverband Sachsen-Anhalt*

Änderungsantrag zu Kapitel III.2 (b)

Ergänzen auf Seite 10, Zeile 16

Deutschland muss seine Klimaziele durch geeignete Maßnahmen bis 2020 einhalten.

Ergänzen auf Seite 10, Zeile 33

- 5 Ziel muss außerdem eine hundertprozentige Bürgerversicherung in allen Sozialversicherungsbereichen sein, die alle mitnimmt, insbesondere auch in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Ergänzen auf Seite 10, Zeile 38

- 10 Alle Menschen sollen eine Chance bekommen ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu sichern.

Ergänzen auf Seite 12, Zeile 15

- 15 Wirtschaft 4.0 und insbesondere die Digitalisierung sollten als Chance für Strukturpolitik verstanden werden. Die wachsenden Disparitäten zwischen Metropolen und dem ländlichen Raum – sollten durch die staatliche Gründung wirtschaftsnaher Wissenschaftseinrichtungen in den benachteiligten Regionen verringert werden.

- 20 Ergänzen auf Seite 12, Zeile 47: Wie werten wir den Beruf der Pflegekraft so auf, dass sich mehr Frauen und Männer vorstellen können, in diesem Beruf zu arbeiten? Wie

können wir außerdem dafür sorgen, dass weitere Automatisierung im Bereich der Pflege zu einer Qualifizierung der Pflege beiträgt?

Antragsbereich ÄA/ Antrag 119

Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel III.2(c)

Ergänze auf Seite 13 in Zeile 17 nach "Verfassungsrang hat":

„Wir bekennen uns auch weiterhin zum individuellen Grundrecht auf Asyl und lehnen jegliche Forderung nach einer Obergrenze ab.“

Streiche auf Seite 13 die Zeilen 17-19 ab "Zudem wollen wir [...]"

Antragsbereich ÄA/ Antrag 120

Ortsverein Saarlouis-Roden (Landesverband Saar)

Änderungsantrag zu Kapitel III.2(c)

Einfügen nach Z. 42 Seite 13

„Wie verteidigen wir in Zukunft das Menschenrecht auf Asyl?“

Einfügen nach Z. 11 Seite 14

5 „Welche Chancen ergeben sich durch eine humane Einwanderungspolitik für unsere Gesellschaft in Anbetracht des demographischen Wandels?“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 121

Bezirk Hessen-Süd

Änderungsantrag zu Kapitel III.2(c)

Seite 13, Zeile 35: In Zeile 35 wird der Satz nach „...verdient“ ergänzt durch

„und im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit Hunger, Armut und Ausbeutung beendet und Konflikte verhindert?“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 122

Kreisverband Rhein-Kreis Neuss (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel III.c

Seite 13:Zeile 17 einfügen:

Deshalb lehnen wir eine gesetzliche Obergrenze bei der Aufnahme von Flüchtlingen ab. Sie verstößt gegen unser Grundgesetz.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 123
Ortsverein Triptis (Landesverband Thüringen)

Änderungsantrag zu Kapitel III.c

Ergänzung: Seite 14, Zeile 8

Welches verbindliche Engagement fordern wir von Flüchtlingen ein, welche Angebote muss der Staat machen? Wie gehen wir konsequent bei Verfehlungen von Seitens der Flüchtlinge vor? (Sanktionen)

Antragsbereich ÄA/ Antrag 124
Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt

Änderungsantrag zu Kapitel III.c

Seite 13, ab Z. 13 bis Seite 14 Z. 11 Streiche Abschnitt c) Flucht und Migration

Antragsbereich ÄA/ Antrag 125
Landesverband Nordrhein-Westfalen, Bundes-SGK

Änderungsantrag zu Kapitel III.c

Seite 14, Zeile 9 – 11 ersetzen:

- 5 Welche materiellen und personellen Ressourcen brauchen Kommunen, um dauerhaft und sozialstaatlich angemessen mit den Herausforderungen von Flucht und Vertreibung umgehen zu können? Was muss zur Stärkung der demokratischen politischen Kultur in der Zivilgesellschaft getan werden. Wie kann bürgerschaftliches Engagement anerkannt und gefördert werden, um solidarische Hilfe zu organisieren und Integration durch die Zivilgesellschaft zu unterstützen?

Antragsbereich ÄA/ Antrag 126
Unterbezirk Meißen (Landesverband Sachsen)

Änderungsantrag zu Kapitel III.c

Streiche S. 14 Zeile 4f. Satz „Wie wollen wir die Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Asylbewerbern verbessern?“ und ergänze Satz S. 14 Zeile 8 nach „... Staat machen.“ neu

- 5 „Wie gehen wir mit Menschen um, die nach Abschluss des rechtsstaatlichen Asylverfahrens keine Aufenthaltsgenehmigung bekamen? Wie werden Rückführungen menschlich und trotzdem wirksam umgesetzt?“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 127

Kreisverband Rheinisch-Bergischer-Kreis (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel III.2c

Seite 14, Zeile 11 hinter: „... an Unterstützung? einfügen:

„Wie schaffen wir Chancengleichheit von Migrantinnen und Migranten, die hier seit Jahren Leben oder hier geboren sind?“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 128

060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Kapitel III.c

Ersetze S. 13 Zeile 21 von „Wir“ bis Zeile 23 „überfordern.“ durch:

„Die Willkommensbewegung hat eindrücklich unter Beweis gestellt, wie praktische Mitmenschlichkeit aussehen kann. Die SPD steht auf Seite all jener Menschen, die mitgeholfen haben und täglich mithelfen, dass geflüchtete Menschen in Deutschland eine Perspektive finden.“

Streiche S. 13 Zeile 27 „Auf“ bis Zeile 28 „gegeben.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 129

Kreisverband Minden-Lübbecke (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel III.c

Ersetze S. 13 von Z. 17 „Zudem wollen“ bis Z. 19 „zu gestalten.“: „Zudem wollen wir mit einem Einwanderungsgesetz auch Menschen bei uns Perspektiven bieten, die keinen Anspruch auf Asyl haben.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 130

07/07 Schöneberg (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Kapitel III.c

Ersetze auf Seite 13 in Zeile 14 „einen humanen Flüchtlingsschutz“ durch „Schutz von Geflüchteten“.

Ersetze auf Seite 13 in Zeile 22 „Flüchtlingspolitik“ durch „Geflüchtetenpolitik“.

Ersetze auf Seite 13 in Zeile 24 „Flüchtlingen“ durch „Geflüchteten“.

5 Ersetze auf Seite 13 in Zeile 26 „Flüchtlingsunterkünften“ durch „Geflüchtetenunterkünfte“.

Ersetze auf Seite 13 in Zeile 30 „Flüchtlingspolitik“ durch „Politik für Geflüchtete“.

Ersetze auf Seite 13 in Zeile 43 „Flüchtlingspolitik“ durch „Politik für Geflüchtete“.

Ersetze auf Seite 13 in Zeile 45 „in der europäischen Flüchtlingspolitik“ durch „dabei“.

10 Ersetze auf Seite 14 in Zeile 7 „Flüchtlingen“ durch „Geflüchteten“.

Ersetze auf Seite 14 in Zeile 8 „Flüchtlingen“ durch „Geflüchteten“.

*Antragsbereich ÄA/ **Antrag 131**
07/07 Schöneberg (Landesverband Berlin)*

Änderungsantrag zu Kapitel III.c

Ersetze auf Seite 13 in Zeile 34 „Fluchtursachenbekämpfung“ durch „Fluchtursachenminderung“.

5 Füge auf Seite 13 in Zeile 35 nach „verdient“ ein: „und im Rahmen einer längerfristigen Entwicklungszusammenarbeit Hunger, Armut und Ausbeutung beendet und Konflikte verhindert“.

10 Füge auf Seite 13 in Zeile 37 nach „demokratischen“ „und rechtsstaatlichen“ ein und streiche „heutigen“.

Ersetze auf Seite 13 in Zeile 39 „auf dem afrikanischen Kontinent“ durch „des globalen Südens“.

15 Füge auf Seite 13 nach Zeile 42 einen neuen Absatz ein:
„In Beantwortung dieser Fragen und um die Globalisierung für alle Menschen sozial, ökologisch und menschenrechtlich fair gestalten zu können, benötigen wir eine entsprechende globale Strukturpolitik mit verbindlichen Standards. Sie ist mittel- bis langfristig das beste Instrument, um Fluchtursachen zu mindern und Menschen in ihrer Heimat ein Leben in Würde zu ermöglichen. Dazu müssen
20 Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprävention, Umwelt- und Klimaschutzpolitik sowie Sicherheitspolitik im Sinne menschlicher und sozialer Sicherheit eng miteinander verzahnt und abgestimmt werden. Die Länder des globalen Südens sind als gleichwertige Partner ernst zu nehmen. Ihre Entwicklung ist für uns keine bloße Außenwirtschaftsförderung für deutsche und europäische
25 Unternehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland seine Verpflichtungen zur Erreichung der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 durch konkrete und abgestimmte Maßnahmen in messbaren Schritten erfüllt. Um die für diese Politikfelder nötigen Mittel zu mobilisieren, fordern wir neben der längst überfälligen Einführung der Finanztransaktions-steuer auch die zeitnahe Erreichung des 0,7%-
30 ODA-Ziels durch Deutschland und die EU-Mitglieder ohne Aufweichung der Anrechnungskriterien. Private Mittel sind als Ergänzung sinnvoll, dürfen aber nicht Art und Weise der Politik bestimmen. Multilaterale Strukturen und internationale Kooperation sind für uns der Schlüssel bei der Umsetzung dieser globalen Strukturpolitik.“

*Antragsbereich ÄA/ **Antrag 132**
Unterbezirk Fulda (Bezirk Hessen-Nord)*

Änderungsantrag zu Kapitel III.2 (c)

Seite 14 nach Zeile 11 einfügen

5 Wie können wir sicherstellen, dass die Bereiche Asyl, Flüchtlinge und Einwanderungen so gestaltet sind, dass auch Flüchtlinge und Asylberechtigte ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland erhalten, wenn noch zu definierende Bedingungen erfüllt sind?

*Antragsbereich ÄA/ **Antrag 133**
Ortsverein Holzkirchen (83607) (Landesverband Bayern)*

Änderungsantrag Kapitel III (c)

S. 13, den Absatz Zeile 28 „Deshalb“ bis Zeile 32 „schultern“ streichen und ersetzen durch folgenden Absatz:

5 „Deshalb müssen wir ein konsistentes Angebot ausarbeiten, das international die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Mittelpunkt stellt. Die SPD steht dabei für Friedenspolitik. Wir bekennen uns dazu, dass Bürgerkriege und zwischenstaatliche Konflikte nur auf diplomatischem Wege gelöst werden können. Nur als letzte Option und ausschließlich in militärischen Operationen unter Mandat der Vereinten Nationen darf die Bundeswehr im Ausland eingesetzt werden.

10 Zudem muss eine europäische Gesamtstrategie für eine humanitäre Flüchtlingspolitik einschließlich eines europäischen Einwanderungsgesetzes entwickelt und die Länder und Kommunen in Deutschland in die Lage versetzt werden, die gewaltigen Integrationsaufgaben zu schultern.“

*Antragsbereich ÄA/ **Antrag 134**
Distrikt Hürth-Kendenich (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

Änderungsantrag zu Kapitel III.2 (c)

S. 13, Spalte 32

nach: „... zu schultern.“ und vor: „Wir werden daher...“ folgende neue Absätze einfügen:

5 „Entsprechend unserer Tradition der internationalen Solidarität haben wir eine grundsätzlich offene Haltung zur Zuwanderung. Eine „Festung Europa“ als Bollwerk der reichen industriellen Kernstaaten gegen den Rest der Welt lehnen wir ab. Wir wollen kein Gegeneinander, sondern ein Miteinander. Voraussetzung ist gegenseitiger Respekt. Dafür müssen wir zusammenkommen, miteinander reden statt übereinander. Lasst uns damit anfangen. Gemeinsam!

10 Toleranz und Respekt anderen gegenüber endet dort, wo diskriminiert und ausgegrenzt wird, wo Freiheits- und Menschenrechte verletzt werden. Deshalb gibt es null Toleranz gegenüber Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Genauso müssen jedoch Zwangsverheiratungen und Ehrenmorde oder der Versuch dazu nach Recht und Gesetz verfolgt werden. In Deutschland gilt das Grundgesetz, und zwar für alle, die hier leben. Eine Behinderung der freien Entfaltung von Frauen und Mädchen darf es auch mit der Berufung auf Tradition und Religion nicht geben.

20 Wir unterscheiden zwischen dem Islam als großer Weltreligion und einem Islamismus, der religiöse Gebote über die Regeln des Rechtsstaates stellt – was übrigens in gleicher Weise für christliche Fundamentalisten gilt. Wir verteidigen die Religionsfreiheit aller Religionen und Konfessionen ebenso wie das Recht, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören oder sich zum Atheismus zu bekennen.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 135
Kreisverband Rostock (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

Änderungsantrag zu Kapitel III.2 (c)

Seite 14, Zeile 4-5 – Streichen des Satzes:

„Wie wollen wir die Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Asylbewerbern verbessern?“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 136
Arbeitsgemeinschaft für Bildung

Änderungsantrag zu Kapitel III.2 (c)

S.14 Z. 11 ergänze hinter ... Unterstützung?

Wie gestalten wir Bildung und Bildungssysteme in Deutschland, damit Migrant/innen sich möglichst schnell und erfolgreich integrieren können.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 137
Landesverband Sachsen-Anhalt

Änderungsantrag zu Kapitel III 2 (c)

Ergänzen auf Seite 13 nach Zeile 19:

Das individuelle Recht auf Asyl ist nicht verhandelbar. Eine Obergrenze dafür lehnen wir ab. Familiennachzug sehen wir nicht als Belastung, sondern als Motor der Integration. Neben einem transparenten und gründlichen Asylverfahren für
5 Schutzsuchende und einer humanitären Aufnahme braucht es für jene Menschen, die aus Gründen der Erwerbstätigkeit nach Deutschland kommen wollen, ein modernes Einwanderungsgesetz. Die Weichen für eine solidarischere Asyl- und Zuwanderungspolitik müssen auf europäischer Ebene gestellt werden.

10 Neufassung Seite 13 Zeilen 27 - 33:

Deshalb müssen wir ein konsistentes Angebot ausarbeiten, das international die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Mittelpunkt stellt, eine europäische Gesamtstrategie für eine humanitäre Flüchtlingspolitik einschließlich eines europäischen Einwanderungsgesetz entwickelt und die Länder und Kommunen in
15 Deutschland in die Lage versetzt, die Integrationsaufgaben auch weiterhin zu bewältigen. Wir werden uns daher auf den verschiedenen Ebenen stärker engagieren müssen:

Ersetzen Seite 13 Zeilen 34 - 42:

20 International: In Abstimmung mit unseren internationalen Partner müssen Fluchtursachen bekämpft, zerfallende Staaten stabilisiert und Gewalt und Bürgerkriege eingedämmt werden. Dafür bedarf es einer gemeinsamen europäischen und am Völkerrecht ausgerichteten außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Strategie. Deshalb setzen wir uns für eine neue Abrüstungsinitiative, faire
25 internationale Handelsbeziehungen und für die weltweite Achtung der Menschenrechte ein. Die Entwicklungszusammenarbeit muss zum Ziel haben, dass

30 die Menschen in die Lage versetzt werden, Perspektiven vor Ort zu entwickeln. Dies schließt gerechte Sozialsicherungssysteme, gut erreichbare Bildungs- und Gesundheitsangebote und Schutz vor Dumpingimporten mit ein. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) benötigt eine angemessene Ausstattung und kontinuierliche Unterstützung, um dafür zu sorgen, dass weniger Menschen als bisher zu einer Flucht aus ihrer Heimat gezwungen werden. Zudem brauchen wir Antworten auf die Fragen:

35 Wie können wir die Situation in instabilen Staaten und „Failed States“ verbessern? Neben Hunger, Armut und Gewalt ist Umwelt-Zerstörung zur Ursache von Flucht geworden. Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die Ursachen von Klimaflucht konsequenter zu bekämpfen?

40 Ersetzen Seite 13 Zeile 43 bis Seite 14 Zeile 2:
Europäisch: Um die bestmöglichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration von Schutzsuchenden zu schaffen und die Aufnahmekapazitäten eines einzelnen Staates nicht zu überfordern, bedarf es einer solidarischen Flüchtlingspolitik in Europa. Für Menschen, die bei uns in erster Linie Arbeit suchen, ist das Asylsystem der falsche Weg. Mit einem europäischen Zuwanderungsrecht wollen wir transparent und verständlich regeln, wer aus wirtschaftlichen Gründen in ein europäisches Zielland einwandern darf.

45 Ersetzen Seite 14 Zeile 3 - 11:
National: Integration ist ein Querschnittsthema für die gesamte Gesellschaft. Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Kirchengemeinden, Wohlfahrtsverbände und Sportvereine leisten in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe Großartiges. Dieses Engagement verdient unsere Anerkennung und weitere Unterstützung. Staatliche Strukturen und Integrationsangebote freier Träger werden wir so ausstatten, dass sie die Chancen einer gelingenden Integration von zu uns gekommenen Geflüchteten und Zugewanderten bestmöglich nutzen können. Der Fachkräftemangel und die demografische Entwicklung gefährden unsere Wirtschaftskraft, unsere sozialen Sicherungssysteme und damit letztendlich auch unseren Wohlstand. Damit die Integration gelingt, werden wir die Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote noch besser aufeinander abstimmen und gemeinsam mit den Kommunen und Ländern
50 eine gemeinsame Integrationsstrategie entwickeln. Wie garantieren wir die Leistungsfähigkeit des deutschen Asylsystems, und wie verhindern wir Kontrollverlust? Wie wollen wir die Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Asylbewerbern verbessern?

*Antragsbereich ÄA/ **Antrag 138***

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen

Änderungsantrag zu Kap. III.d

S. 14 Zeile 27 nach („...für ein freies Leben.“) folgenden Text einfügen:
Die SPD tritt für einen freiheitssichernden Rechtsstaat ein, der Sicherheit und Gerechtigkeit gewährleistet und dabei die Bürgerrechte verteidigt und stärkt. Als Beitrag zur Erneuerung der SPD wird der Bundesvorstand der ASJ gebeten im engen
5 Austausch mit der SPD-Bundestagsfraktion, als Teil eines Diskussionsprozesses ein

Konzept für das Leitbild einer „progressiven, liberalen und sozialen Rechtspolitik für die Bürgerinnen und Bürger“ mit konkreten Vorschlägen zu entwickeln. Dieses soll dem SPD-Parteivorstand unterbreitet werden.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 139
Landesorganisation Bremen

Änderungsantrag zu Kapitel III.2 (d)

Einfügen auf S. 14 in Zeile 15:

(...) Zusammenhalt und Solidarität müssen gefördert, Regeln durchgesetzt und damit Sicherheit gewährleistet werden. Eine der wichtigsten Triebfedern für sozialdemokratische Politik ist, dass wir uns nicht mit der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft abfinden, die wir noch nicht überwunden haben: Bei uns in Deutschland gehören über 30 Prozent des gesamten Vermögens, also ein Drittel, nur ganzen zwei Prozent aller Haushalte. Und die Hälfte aller Haushalte, die unteren 50 Prozent, die uns besonders am Herzen liegen, müssen sich zusammen mit kläglichen knapp fünf Prozent begnügen. (...)

10 Einfügen auf S. 14 in Zeile 26:

(...) Um innere Sicherheit, um äußere Sicherheit und um soziale Sicherheit. Der Sozialstaat steht neben Demokratie und Rechtsstaat gleichwertig im Grundgesetz. (...)

Einfügen auf S. 14 in Zeile 46:

15 (...) Die öffentliche Infrastruktur und die Daseinsvorsorge müssen die Handlungsfähigkeit des Staates beweisen. Die Kommunen müssen für ihre Aufgaben besser ausgestattet werden. (...)

Einfügen auf S. 15 in Zeile 8:

20 (...) Dies ist seit mehr als 150 Jahren eine der zentralsten Pflichten der Sozialdemokratie. Wir müssen denjenigen, die rassistisch, völkisch und menschenverachtend denken, mit aller Ernsthaftigkeit entgegenreten. Wer es ungerecht findet, wenn Menschen anderer Herkunft oder Hautfarbe unsere Schulen besuchen, wer gegen Menschen aufgrund ihrer religiösen Überzeugung hetzt, wer es verständlich findet, dass Brandbomben in Flüchtlingsunterkünfte fliegen, den nehmen wir ernst als entschiedenen politischen Gegner, den wir mit aller Kraft bekämpfen werden. (...)

Einfügen auf S. 15 in Zeile 11:

30 (...) Dazu wird die SPD u.a. als wesentlicher zivilgesellschaftlicher Akteur helfen, kultur- und debattenfördernde Anlaufpunkte aufzubauen, die für die Gemeinschaft nutzbar sind und Ankerpunkte für die demokratische und soziale Gesellschaft in Regionen bieten. Wir müssen unseren Auftrag, gesellschaftlichen Zusammenhalt ganz konkret zu organisieren, ernst nehmen, und damit die Menschen, die sich von uns abgewandt haben, weil sie uns nicht mehr glauben, dass wir uns um ihre soziale Lage kümmern. (...)

35 Einfügen auf S. 15 in Zeile 35:

(...) Welche Formen der Bürgerbeteiligung sind hilfreich?

Antragsbereich ÄA/ Antrag 140

Unterbezirk in der Städteregion Aachen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag Kap. III.2.d.

Einfügen auf Seite 15 zwischen Zeilen 13 und 14:

Im Parteivorstand der SPD wird die Position einer/s kulturpolitischen SprecherIn eingeführt.

5 Der Einzug der AfD in den Bundestag und das Ausrufen einer ‚Jagdszenerie Deutschland‘ hat deutlich gemacht, dass in den nächsten vier Jahren vor allem verstärkt mit einer aggressiven Inanspruchnahme des Kulturbegriffes zu rechnen ist. Die AfD will ihrer Zielvorgabe einer neuen Volkspartei, als welche sie selber sich sieht, gerecht werden; sozusagen die dritte Kraft neben CDU/CSU und der SPD. Ein

10 Stimmziel von über 20 Prozent bei der nächsten Legislaturperiode gilt es durch ein permanent-deutschnationales Trommelfeuer real werden zu lassen.

Eine Stoßrichtung zielt auf die ‚Entsorgung‘ von völkisch-wesensfremden Kulturgut: im AfD-Jargon die sogenannte „Nicht-Kultur“. Theaterinszenierungen mit vor allem interkultureller Thematik gehören zu allererst in diesen ‚Entsorgungskanon‘, multikulturelle Literaturprojekte, interkultureller Musikaustausch sowie die

15 Bildsprache politisch verfolgter Migranten werden zukünftig eines rechtspopulistischen Angriffes ausgesetzt sein.

Für eine sinnvolle politische Bekämpfung dieser AfD-Strategie bedarf es daher eines ebenso permanent-argumentativen Entgegensteuerns, um dieses rechtspopulistische mitunter faschistoide Kulturleitmodell in seiner strategisch angelegten Ausweitung

20 eindämmbar zu machen. Dem SPD-Parteivorstand fällt mit dieser neuen Herausforderung ein kulturpolitisches Aufgabenfeld zu. Basierend auf den vorhandenen Infrastrukturen innerhalb und außerhalb der Parteiarbeit, spricht dem Bundeskulturforum mit seinen regionalen Außenstellen, könnte die argumentative Dramaturgie eines kulturpolitischen Sprechers bzw. einer kulturpolitischen

25 Sprecherin aus diesem Reservoir mit gespeist werden.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 141

Ortsverein Lorch (Bezirk Hessen-Süd)

Änderungsantrag Kap. III.2.d.

Streiche Seite 14, Zeile 18

„im Bewusstsein vieler Menschen“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 142

Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel III.2(d)

Ergänze auf Seite 14 in Zeile 17 nach „erleben tatsächliche Benachteiligung.“:

„Die reale und gefühlte Ungleichheit nimmt zu.“

Ergänze auf Seite 14 in Zeile 27 nach „Bedingung für ein freies Leben.“:

5 „Gleichzeitig dürfen unter dem Deckmantel vermeintlicher Sicherheit Freiheitsrechte nicht geopfert werden.“

Ergänze auf Seite 15 nach Zeile 13:

10 „So schmerzhaft diese Erkenntnis gerade aus sozialdemokratischer Perspektive ist:
Die zu beobachtende Abwendung vieler Menschen von der Demokratie und das
Erstarken der politischen Rechten sind auch das Ergebnis einer Politik, die seit Anfang
des Jahrtausends auch von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten betrieben
und mitgetragen wurde. In das Zentrum der SPD-Erneuerung gehört deshalb auch der
entschiedene Kampf gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck und
Demokratiemüdigkeit. Die Partei des Mehr-Demokratie-Wagens muss sich die Frage
stellen, wie sie dieser Entwicklung angemessen begegnen kann. Das geht nur durch
15 das Zeigen von klarer Kante und das Angebot echter politischer Alternativen. Harte
Rhetorik gegen Geflüchtete oder die Kriminalisierung linken Protests gehören nicht
dazu und tragen zu eben jenem gesellschaftlichen Klima bei, in dem die AfD groß
werden konnte.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 143

Stadtverband Marl (Landesverband Nordrhein-Westfalen), 07/07 Schöneberg (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Kapitel III.2(d)

Seite 14, Zeile 43, (einzufügen nach "zu erhöhen.")

Um soziale Quartiere gestalten zu können, brauchen wir handlungsfähige und
finanzstarke Städte. Bezahlbares Wohnen, bedarfsgerechte soziale Dienstleistungen
und angemessene Infrastruktur sind dafür Voraussetzungen, die wir schaffen müssen.
5 Die Menschen vor Ort wollen und brauchen die Möglichkeit, selbst Einfluss auf die
eigene Lebenswelt zu nehmen.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 144

Kreisverband Rhein-Kreis Neuss (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel III.d

Seite 14:Zeile 19 einfügen:

Der Einzug der AfD in den Bundestag, der Brexit....

Zeile 37 einfügen:war ein erster wichtiger Beitrag für die Sicherung....

Antragsbereich ÄA/ Antrag 145

Ortsverein Mainhausen (Bezirk Hessen-Süd)

Änderungsantrag zu Kapitel III.d

Seite 14 Zeile 40, Ergänzung

Die täglichen Probleme dürfen nicht schön geredet, Schicksale müssen ernst
genommen werden. Gerechtigkeit darf nicht nur als Schlagwort im Raum stehen, dazu
gehört der Beweis im Einzelfall.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 146
Landesverband Brandenburg

Änderungsantrag zu Kapitel III.d

Seite 14, Zeile 34, wird nach „... um Identitätskrisen aufzugreifen.“ eingefügt:
„Der kostenlose Zugang zu Bildung von der Kita bis zum Master oder Meisterbrief ist weiterhin unser Ziel, welches wir mit Nachdruck verfolgen.“

- 5 Seite 14, Zeile 43, wird nach „...zu erhöhen.“ eingefügt:
„Die Mehrheit der Deutschen lebt in Dörfern und kleinen Städten. Die SPD versteht sich sowohl als Partei der Metropolen, als auch als Kämpferin für die Interessen der Menschen in den kleineren Orten. Wir wollen, dass der ländliche Raum auch in Zukunft Heimat für viele bleibt. Wir haben Respekt vor denjenigen, die die Grundlage unserer Existenz in der Land- und Ernährungswirtschaft schaffen. Wir wollen die Förderung einer sowohl leistungsfähigen als auch nachhaltigen und ökologischen Landwirtschaft, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt und zugleich gesunde Lebensmittel für unsere Bürgerinnen und Bürger auf den Markt bringt. Wir führen den Gesellschaftsdialog über die Zukunft unserer Ernährung und Landwirtschaft mit Stadt und Land.“
- 10

Antragsbereich ÄA/ Antrag 147
Ortsverein Triptis (Landesverband Thüringen)

Änderungsantrag zu Kapitel III.d

Ergänzung: Seite 14, Zeile 34

- Das im Wahlkampf von uns vorgeschlagene Aufbrechen des starren Bildungsföderalismus und eine an den Bedürfnissen der Eltern und Kinder orientierte Bildungspolitik ist dabei ein wichtiges Element, auch um Identitätskrisen aufzugreifen. Des Weiteren muss der Lehrerberuf attraktiver gemacht werden und zusätzlich sollte bei den Schulfächern das Fach Demokratiekunde (Politik) eingeführt werden.
- 5

Antragsbereich ÄA/ Antrag 148
Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt

Änderungsantrag zu Kapitel III.2(d)

Seite 16, ersetze Z. 3 / 4 „Wie ermöglichen wir, dass Menschen Zugehörigkeit und Heimat in einer vielfältigeren Gesellschaft erleben können?“ durch:

„Wie sieht der Rahmen für unsere Einwanderungsgesellschaft aus, der Zugehörigkeit und Heimat für alle Menschen erlebbar macht?“

- 5 Seite 16, einfügen nach Z. 4:
„Wie machen wir Integration zu einem Querschnittsthema für die gesamte Gesellschaft? Wie schaffen wir es, dass die schnelle Integration von anerkannten Flüchtlingen gelingt? Welches verbindliche Engagement fordern wir von Flüchtlingen ein, welche Angebote muss der Staat machen? Was brauchen Kommunen und

10

ehrenamtliche Helfer, ohne deren Leistung wir die Aufgabe nicht bewältigen werden, an Unterstützung?“

Seite 14, einfügen nach Z. 40:

- 15 „Die wachsende Vielfalt in unserer Einwanderungsgesellschaft bietet viele Chancen und bringt Herausforderungen mit sich. Wir begegnen diesen Herausforderungen mit einer positiven Haltung und dem Anspruch, zusammen mit zivilgesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern eine neue gemeinsame Klammer um unsere Gesellschaft zu setzen, die allen Menschen Teilhabemöglichkeiten eröffnet und jedwede Diskriminierung bekämpft.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 149

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Änderungsantrag zu Kapitel III.d

Seite 14, Zeile 41 bis Seite 15 Zeile 3 ersetzen:

- 5 Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen Deutschlands schaffen. Das ist auch unser grundgesetzlicher Auftrag. Sowohl in den Städten und Ballungsräumen als auch in den ländlichen Regionen gibt es Herausforderungen, die staatliches Handeln und Unterstützung der Kommunen zwingend erfordern. Hohe Sozialausgaben, knapper Wohnraum, soziale Brennpunkte, Langzeitarbeitslosigkeit in den Ballungsräumen stehen Leerstände, unzureichende medizinische Versorgung, fehlende wirtschaftliche Impulse und Abwanderung in eher ländlichen Regionen gegenüber. Wir wollen und werden mit einem gesamtstaatlichen Fördersystem eine
- 10 abgestimmte Regional-, Raumordnungs- und Strukturpolitik einleiten, die Hilfen nach Bedürftigkeit leistet und gleichzeitig Impulse für lokales und regionales Wachstum schafft. Soziale Stabilität in unseren Gemeinwesen ist die beste Vorbeugung gegen politischen Radikalismus und Nationalismus.

Seite 15, einfügen in Zeilen 6-7:

- 15 [...], entschlossen gegen Rechtspopulismus, Rassismus, Nationalismus, religiösen Extremismus und Fanatismus zu kämpfen.

Seite 15, einfügen nach Zeile 35 (neuer Spiegelstrich):

- 20 Wie schaffen wir es in einer sich rapide ändernden Medienlandschaft durch Vielfaltssicherung und beispielsweise das Durchbrechen von „Blasen“ in sozialen Netzwerken wieder die Debattenkultur, das gegenseitige Verständnis und so letztlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken?

Antragsbereich ÄA/ Antrag 150

Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)

Änderungsantrag zu Kapitel III.d

Seite 15, Zeile 13 (Ergänzung): Die SPD muss verstärkt auf soziale Bewegungen und Gewerkschaften zugehen. Ziel muss ein linkes Reformbündnis unter Führung der SPD sein, die auch die Chancen von Rot-Rot-Grün neu überprüft und Gespräche mit den kooperationsbereiten Teilen der Grünen und Linken sucht.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 151

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten

Änderungsantrag zu Kapitel III.2d

S. 14, Ergänze Z. 30 nach „hat.“:

5 Eine zentrale Rolle kommt daher unserem Bildungssystem zu. In keinem anderen Industrieland entscheidet die soziale Herkunft immer noch so maßgeblich über die Chancen eines Kindes. Wenn von 100 Kindern aus Akademiker*innenfamilien 77 ein Studium aufnehmen, von 100 Kindern aus Nicht-Akademiker*innenfamilien hingegen nur 23, dann ist das nicht gerecht. Die Sozialdemokratie steht wie keine andere Partei dafür, dass Herkunft nicht über Zukunft entscheiden darf. Daher müssen wir die Durchlässigkeit in unserem Bildungssystem erhöhen und die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung weiter vorantreiben.

10

S. 14, Ergänze nach Z. 34:

15 In Zeiten, in denen Fakten immer häufiger in Frage gestellt werden, bekennt sich die SPD zu einer starken, kritischen und freien Wissenschaft, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen kann. Dazu gehört vor allem auch die Schaffung von finanzieller Planungssicherheit des Wissenschaftsbetriebes durch Entfristung der Hochschulpakete. Darüber hinaus müssen wir die Hochschulen besser in der Gesellschaft verankern und sie zu einem Abbild der Gesellschaft machen. Dazu muss der Wissens- und Forschungstransfer der Hochschulen stark verbessert werden, um die Bedeutung der Wissenschaft klarer vermitteln können. Außerdem gelingt dies, indem wir das BAföG ausbauen, Hürden für beruflich Qualifizierte abbauen und unser Bildungssystem insgesamt durchlässiger machen. Unser Ziel muss es sein, dass alle Menschen unabhängig ihres Familienhauses ihren eigenen Bildungsweg gehen können.

20

25 S. 15, Ergänze Z.21 nach „vor Ort.“:

Auch die Hochschuldialoge, die zuletzt 2016 und 2017 durchgeführt wurden, sind ein geeignetes Mittel um in den direkten Dialog mit der Gesellschaft und insbesondere jungen Menschen zu kommen und sollen fortgesetzt werden.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 152

Änderungsantrag zu Kapitel II.2d

einfügen nach Zeile 43:

Dafür müssen wir bezahlbares Wohnen in Städten und in der Region fördern. Gesunde Luft und sauberes Wasser müssen viel engagierter eingefordert werden.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 153
Bundes-SGK

Änderungsantrag zum Kapitel III d

Seite 14, Zeile 41 bis Seite 15 Zeile 3 ersetzen:

Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen Deutschlands schaffen. Das ist auch unser grundgesetzlicher Auftrag. Sowohl in den Städten und Ballungsräumen als auch in den ländlichen Regionen gibt es Herausforderungen, die staatliches Handeln und Unterstützung der Kommunen zwingend erfordern. Hohe Sozialausgaben, knapper Wohnraum, soziale Brennpunkte, Langzeitarbeitslosigkeit in den Ballungsräumen stehen Leerstände, unzureichende medizinische Versorgung, fehlende wirtschaftliche Impulse und Abwanderung in eher ländlichen Regionen gegenüber. Wir wollen und werden mit einem gesamtstaatlichen Fördersystem eine abgestimmte Regional-, Raumordnungs- und Strukturpolitik einleiten, die Hilfen nach Bedürftigkeit leistet und gleichzeitig Impulse für lokales und regionales Wachstum schafft. Soziale Stabilität in unseren Gemeinwesen ist die beste Vorbeugung gegen politischen Radikalismus und Nationalismus.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 154
Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)

Änderungsantrag zu Kapitel III.d

Ergänze auf Seite 15, Zeile 21 nach „vor Ort“ durch:

„Dabei können auch von der SPD initiierte lokale Kümmererstrukturen wie z.B. Rechtsberatung, Unterstützung im Behördenverkehr oder Nachhilfe einen Beitrag leisten. Wir werden diese Angebote stärker unterstützen und Best-Practise-Beispiele aufzeigen, wie die SPD auch im Alltag wieder sichtbar werden kann.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 155
Kreisverband Minden-Lübbecke (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel III.d

Ersetze S. 15 Z. 8 „Dazu (...)“ durch: „Dabei setzen wir auf eine klare Haltung. Wir wollen Menschen, die den Glauben an die Demokratie verloren haben, zurückgewinnen. Aber wir begeben uns nicht in die Arenen der Rechten. Stattdessen (...)“.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 156
07/07 Schöneberg (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Kapitel III.d

Seite 14, Zeile 30-31 – umformulieren:

Hierfür müssen wir Milliardenbeträge freimachen, damit unser Bildungssystem jedem Menschen eine entlang der gesamten Bildungsbiografien optimale Förderung ermöglicht.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 157

Ortsverein Gartenfeld-Neustadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)

Änderungsantrag Kapitel III. d)

Seite 15, Zeile 35: Ergänze:

„Wie können wir größtmögliche Transparenz und Nachvollziehbarkeit der politischen Prozesse garantieren und die Menschen überzeugen, dass Politik nicht von einigen wenigen Interessengruppen in Hinterzimmern bestimmt wird?“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 158

Distrikt Hürth-Kendenich (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel III.2 (d)

Seite 15 Zeile 20:

Streichung „in denen die AfD ein hohes Wahlergebnis erzielt hat“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 159

Kreisverband Rostock (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

Änderungsantrag zu Kapitel III.2 (d)

Seite 14, Zeile 17 – Ergänze nach „Politik ab.“:

Neue Bruchlinien und die alte Bruchlinie zwischen Arbeit und Kapital spalten die Gesellschaft im Bewusstsein vieler Menschen in Gewinner und Verlierer.

5 **Seite 15, Zeile 3** – Ergänze nach „Präsenz erhöhen.“:

Dafür müssen die materiellen Voraussetzungen geschaffen werden. Insbesondere muss der Trend, SPD-Geschäftsstellen im ländlichen und mitgliederschwachen Raum zu schließen, umgekehrt werden.

10 Die Strategie, hauptamtliche Ressourcen im Bundesverband zu zentralisieren, muss aufgegeben werden.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 160

Arbeitsgemeinschaft für Bildung

Änderungsantrag zu Kapitel III.2 (d)

S.14 Z.30 füge ein nach ...hat.

Wir werden deshalb unser Leitbild einer guten, digitalen und inklusiven Ganztagschule weiterentwickeln und Wege zu deren Umsetzung fördern.

Seite 14, Zeile 31

5 *füge hinter „damit“*

sich,

streiche hinter „Bildungssystem“ „das beste der Welt wird.“ Füge ein hinter „Bildungssystem“

zu einem der besten der Weltgemeinschaft entwickelt.

10 *S. 14 Z. 33 ändere ... ist dabei ein wichtiges Element. in*

ist dabei das wichtigste Element.

S.14 Z. 34 streiche

~~auch um Identitätskrisen aufzugreifen~~

S. 14 Z. 41 ergänze folgenden Absatz

- 15 Das Erleben und Erlernen von und in sozialem Zusammenhalt und Demokratie fängt im Bildungsbereich an. Die weitere Förderung von Inklusion im umfassenden Sinne der gesellschaftlichen Entwicklung ist ein zentraler Bestandteil der Politik der SPD und ein wichtiges Querschnittsthema. Wir werden uns für eine nachhaltige Entwicklung und Bereitstellung der Ressourcen für die Erreichung einer inklusiven Gesellschaft
- 20 aktiv einsetzen.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 161

Ortsverein Roßwein (Landesverband Sachsen)

Änderungsantrag zu Kapitel III 2 (d)

Einfügen auf Seite 14 in Zeile 43:

Menschen, die in ländlichen und strukturschwachen Regionen leben und wohnen, haben denselben Anspruch auf eine gute Infrastruktur und Orte für zivilgesellschaftliche und kulturelle Entfaltung.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 162

Ortsverein Hattingen-Mitte (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel III 2 (d)

Einfügen auf Seite 16 nach Zeile 11:

Wie reagieren wir auf die – vielleicht unberechtigten - Sorgen und Ängsten der Bürgerinnen und Bürgern gerecht, die sich nicht mehr sicher fühlen, und nehmen diese ernst?

Antragsbereich ÄA/ Antrag 163

Ortsverein Laatzen (Bezirk Hannover)

Änderungsantrag zu Kapitel III 2 (d)

Auf Seite 14 in Zeile 43 hinter "erhöhen" einfügen:

„Die Instrumente zur Kommunalfinanzierung für die Kommunen sind so auszugestalten, dass auch wirklich alle Kommunen eine Chance haben, den gesellschaftlichen Herausforderungen mit einem ausgeglichenen Haushalt zu begegnen.“

5

Änderungsantrag zu Kapitel III 2 (d)

Einfügen Seite 14 Zeile 12:

d) Zusammenhalt, soziale Sicherung und Demokratie stärken

Einfügen Seite 14 nach Zeile 24:

5 Wir erkennen an, dass das Thema „Einkommensspreizung“, also die zunehmend ungleichmäßigere Verteilung der finanziellen Mittel in der Bevölkerung, ein Problem ist, dass immer mehr zu sozialen Spannungen führt. Wir sprechen uns dafür aus, dieses Problem aus sozialdemokratischer Perspektive zu erforschen, um Lösungsansätze und Gegenbewegungen einleiten zu können, die der Komplexität und Vielschichtigkeit dieses Themas angemessen sind.

10 Eine solidarische Gesellschaft ist davon gekennzeichnet, dass es einen Ausgleich zwischen „Starken“ und „Schwachen“, „Leistungsträgern“ und „Hilfsbedürftigen“ gibt. Wir setzen uns dafür ein, die Hilfssysteme für arbeitslose Menschen, Kranke und Menschen in sozialen Problemlagen so zu stärken, dass sie ihre Nöte bewältigen können und Staat und Verwaltung als aktiv und nicht repressiv erleben.

15 Neufassung Seite 14 Zeile 28 bis 34:

20 Zu gerechten Perspektiven gehört, dass wir das Chancenversprechen in unserer Gesellschaft erneuern und jedem garantieren, dass er oder sie die gleichen Möglichkeiten bekommt, egal welchen biographischen oder regionalen Hintergrund jemand hat.

25 Das im Wahlkampf von uns vorgeschlagene Aufbrechen des starren Bildungsföderalismus und eine an den Bedürfnissen der Eltern und Kinder orientierte Bildungspolitik ist dabei ein wichtiges Element, auch um Identitätskrisen aufzugreifen. Wer die Demokratie stärken möchte, muss klare Kante gegen Demokratiefeindlichkeit zeigen! Um populistischen Vereinfachungen und Radikalisierungen vorzubeugen, sollte die Forderung nach mehr Bildung die politische Bildung mit einbeziehen. Präventions- und Bildungsangebote gegen Gewalt, Rassismus, Demokratie- und Menschenfeindlichkeit wie jene im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ müssen endlich eine gesetzlich verankerte Förderung erhalten.

30 Neufassung Seite 14 Zeile 41 bis Seite 15 Zeile 3:

35 Wir brauchen einen „Marshall-Plan“, um die wachsenden Disparitäten in unserem Land zu verringern. Mit einer gezielten Wirtschaftsförderung soll die Wirtschaftskraft strukturschwacher Regionen gestärkt werden. Menschen, die in ländlichen Regionen leben und wohnen, haben denselben Anspruch auf eine gute Infrastruktur und Orte für zivilgesellschaftliche und kulturelle Entfaltung. Die öffentliche Infrastruktur und die Daseinsvorsorge müssen die Handlungsfähigkeit des Staates beweisen. Das gilt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, insbesondere in elementar wichtigen Bereichen, wie dem medizinischen Angebot und der Altenpflege. Hier ist der Staat in der Verantwortung.

40 Streichen Seite 15 Zeile 11 - 13:

~~Das ist besonders in Regionen wichtig, in denen die Abwesenheit von Staat und anderer Infrastruktur zu einem Vakuum der Zivilgesellschaft geführt hat.~~

Antragsbereich ÄA/ **Antrag 165**
05/11 Gatow-Kladow (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag Kap. III Arbeitsformate
Seite 16 die Zeilen 17 bis 22 streichen

Antragsbereich ÄA/ **Antrag 166**
Landesverband Nordrhein-Westfalen

Änderungsantrag zum Kapitel III.4

Seite 16, Zeile 23 und 24: „Auf der Grundlage dieser programmatischen Klärung soll nach dem außerordentlichen Parteitag 2018 ein Prozess zur Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms eingeleitet werden.“

- 5 Wird ersetzt durch: „Auf der Grundlage dieser programmatischen Klärung soll nach dem außerordentlichen Parteitag 2018 ein Leitbild-Prozess eingeleitet werden, um unsere Grundsätze zu schärfen. Das Leitbild formuliert unser Selbstverständnis und soll handlungsleitend und motivierend für die gesamte Partei sein. Es beschreibt die Mission und Vision sowie die angestrebte Organisationskultur und bildet den Rahmen für Strategien, Ziele und operatives Handeln. Der Öffentlichkeit wird damit deutlich
10 vermittelt, wofür unsere Organisation steht.

Antragsbereich ÄA/ **Antrag 167**
Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel III.3

Einfügen Seite 16, Zeile 11

e) Nachhaltigkeit und Klimaschutz

- 5 Die sozialdemokratischen Grundwerte der Gerechtigkeit und der Solidarität verpflichten uns zu einer Politik, die allen Menschen und kommenden Generationen eine Welt sichert, deren natürliche Lebensgrundlagen intakt sind. Zunehmend werden aber existenzielle „planetaren Grenzen“ durch menschliche Eingriffe überschritten, allen voran durch den Klimawandel, durch das rasante Artensterben in allen Weltregionen sowie durch den anhaltenden Verlust von landwirtschaftlicher Nutzfläche bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum.

- 10 Es ist eine große sozial-ökologische Transformation notwendig, um die Lebensgrundlagen für alle Menschen zu erhalten, Wohlstand zu sichern sowie den Armen weltweit Zugang zu sauberem Wasser, Nahrung, Energieversorgung und Bildung zu verschaffen. Politik, Wirtschaft, Mobilität und Landwirtschaft müssen in der ursprünglichen Bedeutung des Wortes nachhaltig werden.

- 15 Die SPD ist die Partei, die diese Transformation gegen politische Mitbewerber, aber auch gegen Einzelinteressen durchsetzen müssen und dabei darauf achten kann, dass der Wandel niemanden überfordert, sowie sozial abgesichert und regional begleitet wird.

- 20 Hinreichender Klimaschutz ist nur dann möglich, wenn ambitionierte Internationale Vereinbarungen und konsequentes nationales Handeln zeitgleich vorangetrieben werden. Deutschland emittiert heute immer noch pro Kopf weit mehr Treibhausgase

als der weltweite Durchschnitt, also müssen wir unsere Emissionen schneller senken als andere Staaten und auch einen höheren finanziellen Beitrag zur Bewältigung der bereits spürbaren ersten Folgen des Klimawandels leisten.

25 Der rasante Artenverlust ist nicht nur eine ästhetische Verarmung, sondern gefährdet ganze Ökosysteme und damit die Grundlagen einer gesicherten Ernährung. Die Zerstörung von Lebensräumen, der Chemikalieneintrag in Böden und Wasser sowie die Überdüngung haben damit hohe Folgekosten. Auch in diesem Bereich ist eine Transformation überfällig, bis hin zur lokalen Politik.

30 Während die Weltbevölkerung noch immer wächst, geht die landwirtschaftliche Nutzfläche durch Erosion, Belastung mit Chemikalien, Desertifikation und Versiegelung zurück. Außerdem beanspruchen die reichen Staaten Ackerflächen in ärmeren Ländern, um dort u.a. Tierfutter oder Rohstoffe anzubauen. Dieser rücksichtslose Umgang mit der dünnen fruchtbaren Schicht unseres Planeten muss
35 gestoppt werden.

Wir werden u.a. folgende Fragen klären müssen:

40 - Welche konkreten Maßnahmen wollen wir als Partei zur Senkung der Treibhausgasemissionen in Deutschland ergreifen? Wie können wir die Stromerzeugung, die Mobilität und die Wärmeerzeugung so schnell klimaneutral gestalten, dass dies zu den notwendigen Emissionssenkungsschritten im Klimaschutz passt?

45 - Wie können wir klimafreundlicheren Produkten und Technologien einen Wettbewerbsvorsprung geben, ohne dass die älteren Technologien und Produkte einfach nur in andere Weltregionen abwandern?

50 - Wie können wir für Menschen, die heute noch in klimabelastenden Branchen arbeiten, gute Arbeit und soziale Sicherheit beim Strukturwandel gewährleisten? Wie erleichtern wir Unternehmen, insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen, neue Produkte und Technologien zu entwickeln, um bestehen zu bleiben, wenn z.B. von Verbrennungsmotoren auf Elektroantriebe umgestellt wird? Welche Perspektiven schaffen wir für Regionen wie z.B. die Lausitz und das rheinische Revier, wenn dort vorherrschende Technologien und Produkte aus Gründen des Klima- und Umweltschutzes auslaufen müssen?

55 - Wie stellen wir die Landwirtschaft so um, dass diese hochwertige und bezahlbare Produkte für den heimischen Bedarf produziert, ohne dabei die natürlichen Ressourcen zu überlasten und landwirtschaftliche Kapazitäten in anderen Ländern in Anspruch zu nehmen? Wie sorgen wir dafür, dass die Landwirtschaft für die ländlichen Räume wieder mehr Arbeitsplätzen als heute bietet?

60 - Wie erreichen wir eine Verkehrswende, die den Ausstoß von Treibhausgasen und Schadstoffen schnell und nachhaltig senken hilft, den Flächenverbrauch senkt und die notwendige Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger sicherstellt?

- Wie sorgen wir dafür, dass Artenschutz nicht als lästige Einschränkung für Wirtschaftswachstum, Mobilitätsbedürfnis und Wohnungsbau wahrgenommen wird, sondern seinen eigenen Platz bekommt und von vornherein eingeplant wird?

65 Wie setzen wir das Vorsorgeprinzip auch für die Artenvielfalt durch, z.B. beim Einsatz und der Zulassung von Chemikalien?

f) Friedensförderung und nachhaltige Entwicklung

Die internationale Lage befindet sich in einem Umbruch wie seit Jahrzehnten nicht. Gleichzeitig steht die Menschheit vor globalen Herausforderungen (s. Punkt e), die sie

70 nur gemeinsam und orientiert an unseren Grundwerten der Gerechtigkeit und Solidarität bewältigen kann. Eine Politik der nuklearen und konventionellen Aufrüstungen, der Kriegsdrohungen und Konfrontation, wie sie von maßgeblichen internationalen Akteuren befürwortet wird, birgt unkalkulierbare Gefahren. Sie ist der falsche Weg.

75 Wir sprechen uns für einen grundlegenden Perspektivwechsel von einem sicherheitspolitisch geprägten Denken hin zu einem friedenspolitischen Ansatz aus. Die Gesamtheit der deutschen Außenbeziehungen auf bilateraler, europäischer und multilateraler Ebene muss deshalb an den Zielen der Förderung des Friedens und der nachhaltigen Entwicklung (Agenda 2030) ausgerichtet werden. Unter Beteiligung der

80 Bürgerinnen und Bürger werden wir ein entsprechendes Konzept erarbeiten und uns im Fall einer Regierungsbeteiligung dafür einsetzen, dass die Regierung jährlich einen Bericht über ihre internationale Politik der Friedensförderung vorlegt, ähnlich wie bei der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Damit haben alle Politikbereiche die Chance und Aufgabe, die friedensförderliche Bedeutung ihrer politischen Maßnahmen darzustellen.

85 Wir streben langfristig eine inklusive Sicherheitsarchitektur für ganz Europa an. Die Entspannungspolitik muss wiederbelebt werden. Ein Konzept deeskalierender und vertrauensbildender Maßnahmen sollte erarbeitet und eine europäische Friedenskonferenz (unter Einbeziehung der USA, Kanadas und Russlands)

90 unverzüglich einberufen werden. Es muss alles unternommen werden, die sich abzeichnende Gewaltspirale zu stoppen und ein Wettrüsten – sowohl konventionell wie atomar – in Europa zu verhindern. Eine nachhaltige Stärkung der OSZE im Rahmen ziviler Konfliktbewältigung ist anzustreben.

95 Die Vereinten Nationen müssen gestärkt werden, einschließlich einer Aufstockung der Bundeswehrebeteiligung an Blauhelm-Missionen. Sonstige Auslandseinsätze der Bundeswehr wie auch im Rahmen der EU dürfen nur mit UN-Mandat durchgeführt werden.

Gegenüber von Genozid bedrohten Menschen und Personengruppen wird Deutschland seine Schutzverantwortung vor allem durch Prävention und zivile

100 Maßnahmen mit mehr Nachdruck wahrnehmen, insbesondere durch intensive Absprachen mit verbündeten Staaten.

Die Mittel für Friedensförderung und Konflikttransformation werden deutlich und nachhaltig aufgestockt.

105 Die US-amerikanischen Atomwaffen sollen entsprechend dem Beschluss des Deutschen Bundestages aus Deutschland abgezogen werden. Eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr als Antwort auf US-Überlegungen zur Reduzierung oder Aufhebung des amerikanischen atomaren Schutzes für Europa ist der falsche Weg.

Die Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 2% lehnen wir ab. Mit mehr Mitteln für Militärausgaben können wesentliche Sicherheitsgefahren (Armut, Hunger,

110 Klimawandel, terroristische Bedrohungen) nicht gebannt werden. Notwendige Erhöhungen dürfen nicht zu Lasten der Sozialausgaben sowie der notwendigen Infrastrukturinvestitionen gehen.

Die Fragen, die für diese Zielsetzungen geklärt werden müssen (z.B. die Waffenexportpolitik oder die Beteiligung Deutschlands an dem Vertrag über das

115 Verbot von Nuklearwaffen (Nuclear Ban Treaty) sollen in dem für dieses Politikfeld einzurichtenden Forum bearbeitet werden.

Die UN Nachhaltigkeitsziele (SDGs) gehören zu den Determinanten der sozialdemokratischen Politikfelder. Sie sollen weltweit ein Leben in Würde für alle künftigen Generationen möglich machen. Dazu ist es erforderlich, dass wir alle das Konsumverhalten und den Lebensstil ändern - sowohl in den Industrie aber auch in den Schwellenländern. Die SDGs verbinden die soziale, ökologische und ökonomische Dimension von Nachhaltigkeit und verknüpfen so die Bekämpfung von Armut in der Welt mit dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Zukünftig wird sozialer Fortschritt ohne die Berücksichtigung der planetarischen Grenzen und die Interessen der wirtschaftlich schwächeren Staaten in Afrika und anderen Teilen des Globus nicht dauerhaft möglich. Deshalb muss sich die SPD die SDGs für ihre Politik auf allen Ebenen und Feldern zu Eigen machen. Die 17 Ziele sollten als wesentliche Eckpfeiler der sozialdemokratischen Politik anerkannt sein und sich wie ein roter Faden durch unsere Politik ziehen.

Die sozialdemokratische Welthandelspolitik zielt auf einen fairen Welthandel und dazu längerfristig auf die Stärkung der WTO. Die WTO baut notwendige Schutz- und Fördermechanismen für die schwächeren Volkswirtschaften auf dem Weltmarkt und für den globalen Schutz der Umwelt aus.

Faire Beschaffung und Fairer Handel gehören zur sozialdemokratischen Kommunalpolitik

Die einseitig auf den Weltmarkt ausgerichtete Agrarsubventionspolitik der EU muss beendet werden. Die mit Rohstoffen aus Entwicklungsländern erzeugten Agrargüter des Nordens in den Märkten Afrikas behindern die Entwicklung der heimischen Landwirtschaft, die eigentliche Basis der Ernährungssicherung in Afrika und in anderen wirtschaftlich schwächeren Ländern der Welt. Globalisierte agrarische Wertschöpfungsketten beeinträchtigen das Klima und die Umwelt und bergen Risiken für die Versorgungssicherheit regionaler Bevölkerung. Eine regionale Versorgung durch bäuerliche und ökologische Landwirtschaft gilt es mit allen internationalen und nationalen Mitteln zu fördern und zu schützen.

Die Auswüchse einer industrialisierten Landwirtschaft und die Beeinträchtigung der natürlichen Kreisläufe Pflanze-Tier-Mensch durch breite Digitalisierung und Mathematisierung sind eine massive Bedrohung der globalen Nachhaltigkeit und Ursache für viele Katastrophen und Konflikte. Zu den Folgen der industriellen Massenproduktion in der Landwirtschaft gehören in Europa eine Nitrifizierung des Bodens und in Lateinamerika, Afrika und Asien eine großflächige Vernichtung der Wälder mit dramatischen Auswirkungen auf das Klima, die Artenvielfalt, die Bodenerosion, die Gewässer sowie die politische und soziale Stabilität.

Daher müssen die industrielle Landwirtschaft und die Monopolisierung des Agrarhandels in den kritischen Fokus der sozialdemokratischen Nachhaltigkeitspolitik rücken.

Kaffee, Kakao, Baumwolle und andere Rohstoffe müssen stärker in den Ursprungsländern selbst verarbeitet werden. Klimatische, technologische und administrative Gründe sind keine generell überzeugenden Gegenargumente. Durch die Verlagerung der Wertschöpfungsprozesse zu den Ursprungsländern werden dort Arbeitsplätze für die einheimische Bevölkerung geschaffen, die heute oftmals unter Einsatz ihres Lebens nach Europa flüchtet. Auch die V.R. China, der große Akteur des 2. Jahrhunderts in Afrika, soll aufgefordert werden, sich bei dieser Umstellung der Handels- und Investitionspolitik zu beteiligen.

- Durch eine solche Investitionsförderung in - durch den komparativen Vorteilen - ausgewählte Wirtschaftsregionen Afrikas werden dort komplementäre Wirtschaftsstrukturen und - darauf aufbauend - breit aufgestellte Wirtschaftsregionen entstehen. (Gunnar Myrdal). Dies wirkt sich auf die vermehrte
- 170 Entstehung von Arbeitsplätzen in städtischen Bereichen aus, steigert die kaufkräftige Nachfrage nach Nahrungsmitteln und stimuliert die regionale Agrarproduktion auf dem Land. Dadurch wird eine kohärente nationale Entwicklung ermöglicht.
- Mehr Förderung und Schutz der Gewerkschaften im Süden gehören zu den sozialdemokratischen Grundsätzen. In allen bilateralen Verträgen sollen freie Arbeit
- 175 der Gewerkschaften und deren Partizipation verankert werden.
- Ohne Frieden ist keine nachhaltige Entwicklung möglich. Durch Kriege und Konflikte werden massiv Entwicklungsprozesse behindert und Entwicklungsprojekte zerstört. Entwicklungspolitik ist auch Friedenspolitik. Die SPD wird sich für eine aktive Friedenspolitik einsetzen:
- 180 Waffenexporte in die Krisenregionen müssen stärker kontrolliert und verboten werden. Die SPD konstituiert eine Studien- und Arbeitsgruppe für den Waffenexport, Konfliktmanagement und aktive Friedenspolitik.
- Die Klimakonferenz (COP23) im November 2017 in Bonn forderte gerade die Industrieländer auf, Ihren Beitrag zur Reduktion der CO2-Emissionen zu forcieren und
- 185 ihrer Verpflichtung zur Unterstützung der ökonomisch schwächeren Regionen der Welt, die von Klimakatastrophen unverschuldet besonders stark betroffen sind, konsequent nachzukommen. Die SPD unterstützt den Bonner Appell 2017 zur finanziellen Förderung der Nachhaltigkeitspolitik der schwächeren Wirtschaftsregionen der Welt.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 168
Bezirk Hannover

Änderungsantrag zu Kapitel III.2 Arbeitsformate

Seite 16, Zeile 18 bis 20, ersetze „Dieser Prozess ... zu beteiligen.“

- 5 „Die SPD hat seit der Verabschiedung des Hamburger Programms sämtliche Bundestagswahlen verloren. Offenkundig ist es in diesen Bundestagswahlen nicht gelungen, von unseren Grundsatzprogrammen Wahlprogramme abzuleiten, die uns zu Wahlerfolgen führen, also bei Wählerinnen und Wählern Zustimmung fanden. Der Prozess der programmatischen Erneuerung muss daher in absehbarer Zeit in ein neues Grundsatzprogramm einmünden.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 169
Kreisverband Rostock (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

Änderungsantrag zu Kapitel III.3

Seite 16, Zeile 17 – Ergänze nach „Fortschritt,“:
Forum Gleichstellung,

Antragsbereich ÄA/ Antrag 170
Ortsverein Lorch (Bezirk Hessen-Süd)

Änderungsantrag Kap. IV

Einfügen Seite 17, Zeile 38:

Der Konvent als „kleiner Parteitag“ tagt im Sinne der Transparenz unserer Debatten öffentlich, stimmberechtigt sind nur noch die gewählten Delegierten.

Einfügen Seite 17, Zeile 41:

- 5 Dabei wird auch die Begrenzung der Amtszeiten für Abgeordnete als Instrument eingeführt.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 171
Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel IV

Ergänze auf Seite 17 nach Zeile 6:

- 5 „Klar ist dabei für uns schon heute: Dass zum wiederholten Male kurz nach der Wahl ohne eine angemessene Analyse der Geschehnisse fast alle personalpolitischen Entscheidungen getroffen wurden, gilt es zu kritisieren. Für uns ist klar, dass die Verantwortlichen der programmatischen und strategischen Ausrichtung der SPD in den letzten Jahren nicht die Köpfe der Zukunft sein können. Wir wollen, dass der Neuanfang sichtbar wird und die Partei sowohl an der Spitze als auch in der Breite jünger, weiblicher und vielfältiger wird. Junge Menschen müssen an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden und die Chance bekommen, ihre Interessen auch in Parlamenten zu vertreten. Deshalb soll in Zukunft gewährleistet werden, dass 10 junge Menschen durch die Absicherung auf guten Listenplätzen tatsächlich die Möglichkeit bekommen, in die Landtage und den Deutschen Bundestag einzuziehen. Dass unserer Bundestagsfraktion kein junger Mensch unter 30 Jahren und nur zwölf unter 35 Jahren angehören, ist ein Problem, für das wir Antworten finden müssen. Das 15 heißt zum Beispiel auch, dass wir die gängigen Verfahren zur Listenaufstellung überdenken müssen und uns selbst dabei in die Pflicht nehmen, ein neues Verfahren zu erarbeiten.“

Ersetze auf S. 17 in Z. 37f.:

- 20 „Die Arbeit der Antragskommission zu den Bundesparteitagen und Konventen werden wir nachvollziehbarer gestalten.“ durch „Die Antragskommission zu den Bundesparteitagen und Konventen wird in ihrer jetzigen Form abgeschafft und auf eine ordnende Funktion reduziert. Es gilt wieder über Inhalte abzustimmen und nicht über Voten der Antragskommission.“

Ergänze auf Seite 17 nach Zeile 41:

- 25 „ - Um die Basis bei Parteitagbeschlüssen und Wahlen einzubinden und eine echte Willensbildung von unten nach oben möglich zu machen, ist es zwingend notwendig, dass Anträge (insbesondere auch solche vom Parteivorstand) bei Antragschluss zum Bundesparteitag vorliegen. Die Beratung eines Antrags oder Arbeitsprogramms inklusive des Verfassens und der Abstimmung von Änderungsanträgen innerhalb von 30 eineinhalb Wochen von den Mitgliedern des Ortsvereins bis hin zu den Delegierten des Unterbezirks oder Kreisverbandes ist schlicht unmöglich.“

Ersetze auf Seite 18 in Zeile 15 "dem Generalsekretär" durch:

“dem*der Generalsekretär*in”

Ersetze auf Seite 18 ab Zeile 16 nach “eingrichtet” bis Zeile 47 durch:

- 35 “Auf allen Ebenen und bei sämtlichen Aktivitäten der SPD muss sichergestellt sein,
dass
- alle Ämter, Gremien und Mandate paritätisch besetzt werden;
 - der Reißverschluss bei Listenwahlen auf allen Ebenen eingehalten und in der
- 40 Wahlordnung für sämtliche Gliederungen der Partei verpflichtend festgelegt und
kontrolliert wird;
- Sanktionen geschaffen werden für den Fall, dass Quotenregelungen nicht eingehalten werden;
 - der ASF-Vorstand der nächst höheren Ebene das Recht erhält, gegen satzungswidrige
- 45 Wahlen, Nominierungen usw. die Schiedskommission anzurufen;
- die gleiche Repräsentanz der Geschlechter bei Veranstaltungen und in der öffentlichen Darstellung gewährleistet ist und darüber berichtet wird;
 - Parteiveranstaltungen, die nicht mindestens einen Podiumsanteil von 40 % haben, nicht finanziert bzw. durchgeführt werden;
- 50 - alle zukünftigen Veröffentlichungen, die nicht sprachlich gegendert sind,
überarbeitet und neu versendet werden;
- die Debattenkultur aufgebrochen wird durch konsequente Moderation und durch Redebeiträge nach dem Reißverschlussprinzip;
 - die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt auch innerhalb der SPD verbessert wird durch Termine und Sitzungen zu familienfreundlichen Zeiten, mit verbindlichem
- 55 Beginn und Ende sowie falls erforderlich begleitenden
Kinderbetreuungsmöglichkeiten
- Partnerschaftlichkeit auch innerhalb der SPD gelebt wird und durch die Möglichkeit paritätisch besetzter Doppelspitzen Führungspositionen auch in der SPD geteilt werden können;
- 60 - durch mehr Projektarbeit auch denjenigen Mitgliedern die Übernahme von Verantwortung in der Partei ermöglicht wird, die sich neben Beruf und Ehrenamt um die Erziehung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen kümmern.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 172

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Änderungsantrag zu Kapitel IV

Seite 18 Zeile 30 nach „.... Ziele abzuleiten“ einfügen:

Deshalb wollen wir den Gliederungen ermöglichen, paritätisch besetzte Doppelspitzen zu wählen.

- 5 Seite 18, nach Zeile 47 einfügen:
Dazu gehören insbesondere:- Sanktionen für den Fall, dass Quotenregelungen nicht eingehalten werden
- Anrufungsrecht der Schiedskommission für den ASF-Vorstand der nächst höheren Ebene bei satzungswidrigen Wahlen, Nominierungen usw.;
- 10 - keine finanzielle Unterstützung für Parteiveranstaltungen, die nicht mindestens einen Podiumsanteil von 40 % haben, dass die Debattenkultur aufgebrochen wird

durch konsequente Moderation und durch Redebeiträge nach dem Reißverschlussprinzip.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 173

Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel IV

Streichen Seite 19, Zeile 39 bis 41:

Die Forderung, den Themenplattformen Delegiertenrechte zu übertragen, ist berechtigt und wird vor der Einführung gemeinsam mit der organisationspolitischen Kommission geprüft.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 174

Bezirk Hessen-Süd

Änderungsantrag zu Kapitel IV

Seite 18, Zeile 16: **(ist beispielhaft aufgeführt, gilt jedoch für den kompletten Antragstext)**

5 In Zeile 16 wird nach dem Wort „Generalsekretär“ die Worte „oder der Generalsekretärin“ eingefügt.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 175

Ortsverein Münchberg (Landesverband Bayern)

Änderungsantrag zu Kapitel IV

Ersetze S. 16 Z. 23f.: Ist die Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms sinnvoll oder wäre nicht ein Aktionsprogramm mit Blick auf die nächste Bundestagswahl sinnvoller?

Antragsbereich ÄA/ Antrag 176

Kreisverband Rhein-Kreis Neuss (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel IV

Seite 16: Zeile 27 ändern:

und diskussionsfreudige Partei sein, die ...

Zeile 37 einfügen: Uns reicht es als Partei nicht, nur jünger und weiblicher in allen Ebenen zu werden.

5 Zeile 40 einfügen: Wir freuen uns über jedes neue Mitglied, Unterstützer und Mitstreiter. Genauso wichtig ist es uns die heutigen Mitglieder zu halten, dass sie sich mit ihrer SPD weiter identifizieren können.

Seite 17: Zeile 5 einfügen:

Parteitage 2018 und 2019 als auch weitere Regionalkonferenzen

Änderungsantrag zu Kapitel IV

Einfügen in S.17, Z. 20:

“Dazu etablieren wir eine Feedbackkultur für eine positive und sachliche Auseinandersetzung innerhalb der Partei.”

5 S17, Z. 27: „Eine zu gründende Kommission ‘Parteiarbeit 2030’ wird [...]“ statt „Die organisationspolitische Kommission wird [...]“

Ergänze nach S.17, Z30 „begleiten“: Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie bei einer deutlich sinkenden Mitgliederzahl weiterhin ein attraktives und politisches Parteileben ermöglicht werden kann.“

10 Ergänze in S. 17, Z. 37 nach „ermöglichen“:

Bei mehreren Kandidatinnen und Kandidaten für die Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl wird es einen Mitgliederentscheid geben.“

Ergänze in S. 17, Z. 38 nach gestalten:

“Zudem dürfen zukünftig auf SPD Bundesparteitagen sowie Parteikonventen nur gewählte Delegierte stimmberechtigt sein und keine Personen „qua Amt“.”

15 Ergänze in S. 17, nach Z. 41:

“Wir wollen Mitmach- und Gestaltungshürden beseitigen und allen Mitgliedern genügend Möglichkeiten bieten, Zugang zu Delegierten- oder Listenplätze zu finden. Dafür wollen wir mindestens 25% der Ämter und Plätze an solche Mitglieder vergeben werden, die entsprechende Funktionen noch nicht in der Vorperiode ausgeübt haben.”

20 Ergänze in S. 18, Z.5 nach “darzulegen”:

Außerdem soll die Möglichkeit für Arbeitsgemeinschaften eingeführt werden, eigene Delegierte für den Bundesparteitag zu wählen.”

Änderungsantrag zu Kapitel IV

Seite 16, Zeile 40, Ergänzung

- Die letzten Monate haben gezeigt, dass die Reaktionszeit auf plötzliche Veränderungen über den Instanzenweg oft zu lang ist. Anträge einzelner Mitglieder werden hin und her diskutiert und oft kommt ein verwässerter Kompromiss heraus.

5 Die Mitglieder sollten zu den Parteitag auch als Einzelperson Anträge stellen können.

- Seite17, Zeile 23, Ergänzung

Bei schriftlichen Eingaben, Vorschlägen, Mitteilungen etc. an Parteivorstand, Fraktion oder Regierungsmitgliedern darf die Kommunikation nicht nur aus der

10 Eingangsbestätigung bestehen. Ein SPD Mitglied , das sich vielleicht Monate mit einem aktuellem Thema beschäftigt hat, darf erwarten, dass es zu einem wirklichen Dialog kommt.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 179

Ortsverein München Ramersdorf (Landesverband Bayern), Kreisverband Saarlouis (Landesverband Saar), 07/07 Schöneberg , 04/74 Klausenerplatz-Kiez, 04/73 City-Westend (Landesverband Berlin), Kreisverband Rostock (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

Änderungsantrag zu Kapitel IV

Seite 17, Zeile 37 - Füge an:

Die Arbeit der Antragskommission zu den Bundesparteitagen und Konventen werden wir nachvollziehbarer gestalten, in dem wir z.B. die Mitglieder der Antragskommission vom Bundesparteitag wählen lassen. Alle antragsstellenden Gliederungen inklusive
5 des Parteivorstands müssen die Antragsfristen einhalten, um eine ordentliche Vorbereitung der Delegierten zu gewährleisten.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 180

Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt

Änderungsantrag zu Kapitel IV

Seite 18, einfügen nach Z. 16 „eingerrichtet“: , die sich auch um das Thema Diversity allgemein kümmern wird.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 181

Ortsverein Frankfurt Eschersheim (Bezirk Hessen-Süd)

Änderungsantrag zu Kapitel IV

Seite 16, Zeile 37 (Ergänzung): Es muss mehr Mitgliederentscheide geben.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 182

Kreisverband Rheinisch-Bergischer-Kreis (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel IV.

Änderung 2, Seite 17, Zeile 20 hinter: „... der Zeit bringen.“ einfügen:

„Dazu zählt beispielsweise auch, dass Ortsvereine für alle Mitglieder Teilhabe ermöglichen und regelmäßig parteioffen und mit einer planbaren Anfangs- und Endzeit tagen, um so vielen Mitgliedern wie möglich ein dauerhaftes Engagement in
5 den Strukturen zu ermöglichen. Um Mitgliedern, die bei einer Ortsvereinsversammlung verhindert sind, Gelegenheit zur Beteiligung zu geben, werden für Ortsvereine Online-Beteiligungsmöglichkeiten eingerichtet.“

Änderung 3, Seite 17, Zeile 37 ersetze das Wort „Bundesebene“ durch:

„Bundes-/Landes- und Kreisebene“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 183
060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Kapitel IV.

7. Füge ein S. 17 Zeile 38 nach „gestalten.“:

- 5 „Insbesondere werden wir die Gremien, die wir haben, wieder zu dem machen, was sie eigentlich sein sollen: Beschlussfassende Organe. Die Fristen für Anträge und Änderungsanträge werden so gestaltet, dass auch überwiegend aus ehrenamtlichen Personen bestehende Gliederungen die Möglichkeit der Mitwirkung haben. Auf Parteitagen soll diskutiert werden und die Anträge und Änderungsanträge sollen soweit wie möglich behandelt werden. Hierzu wird ein Zeitfenster für die Antragsdiskussion der Anträge der Gliederungen auf den Parteitag der Unterbezirke, Bezirke, Landesverbände und dem Parteitag der Bundespartei
- 10 verpflichtend eingeführt, welches nicht unter 25 % der Gesamttagungsdauer liegt.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 184
Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)

Änderungsantrag zu Kapitel IV.

Ersetze S. 17, Zeile 2-3 „dabei gleichzeitig eine Bestandsanalyse vorzunehmen, um ein klares Bild von den Erwartungen unserer Mitglieder zu bekommen“ durch:

- 5 „zudem eine regelmäßige Bestandsanalyse vorzunehmen, um ein klares Bild von den Erwartungen unserer Mitglieder zu bekommen und Daten über berufliche Hintergründe und Positionen, Interessen, Spezialwissen, zivilgesellschaftliche Vernetzung oder Zeitbudgets der Mitgliederbasis zu ermitteln und den Gliederung zur Verfügung zu stellen.“

- 10 Ersetze Seite 17, Zeile 37-38 „Die Arbeit der Antragskommission zu den Bundesparteitagen und Konventen werden wir nachvollziehbarer gestalten.“ durch: „Die Parteitage und Konvente werden wir demokratischer und partizipativer gestalten. Dazu gehören u.a. eine Antragskommission, die inhaltlichen Debatten mit Voten nicht mehr vorgreift und ein Parteitagsablauf, der der Antragsberatung wieder eine deutlich größere Priorität einräumt.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 185
Ortsverein Köln-Lindenthal (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel IV.

IV Organisatorische Erneuerung“ soll auf S. 17 nach Zeile 38 die folgende Ergänzung eingefügt werden:

- 5 Die Direktkandidatinnen und -kandidaten der SPD für politische Wahlämter auf kommunaler, Landes- und Bundesebene werden auf Versammlungen der Mitglieder des jeweiligen Wahlkreises nach Aussprache in direkter Wahl nominiert.

*Antragsbereich ÄA/ **Antrag 186**
Ortsverein Kassel-Holland (Bezirk Hessen-Nord)*

Änderungsantrag zu Kapitel IV.

Ergänze auf S.17, Z. 38: „Durch angemessene Fristen wollen wir auch Mitgliedern und Ortsvereinen mit einer mittelfristigen Terminplanung die Möglichkeit geben mitzuwirken.“

*Antragsbereich ÄA/ **Antrag 187**
Kreisverband Minden-Lübbecke (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

Änderungsantrag zu Kapitel IV.

Ersetze S. 17 Z. 38 „nachvollziehbarer gestalten“ durch: „so umgestalten, dass die kontroverse Debatte von Anträgen und die Stärkung der Delegierten weiter in den Mittelpunkt gerückt wird.“

*Antragsbereich ÄA/ **Antrag 188**
04/75 Rund um den Lietzensee (Landesverband Berlin)*

Änderungsantrag zu Kapitel IV.

Füge ein auf Seite 18, nach Zeile 22:

- Das bedeutet unter anderem, dass Zukünftig in allen Vorständen der SPD-Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen Doppelspitzen gewählt werden können. Diese sind jeweils geschlechterparitätisch zu besetzen. Das
- 5 Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird entsprechend geändert.

*Antragsbereich ÄA/ **Antrag 189**
Ortsverein Holzkirchen (83607) (Landesverband Bayern)*

Änderungsantrag Kapitel IV.

Auf Seite 17 in Zeile 38 nach dem Satzende folgenden Satz einfügen:

„Künftig müssen Entwürfe zu Leitanträgen und Arbeitsprogrammen grundsätzlich so veröffentlicht werden, dass die antragsberechtigten Gliederungen wenigstens 14 Tage Zeit haben Änderungsanträge einzubringen.“

*Antragsbereich ÄA/ **Antrag 190**
Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten*

Änderungsantrag Kapitel IV

Ergänze S. 17 Z. 38: Künftig wird über den eigentlichen Antrag, nicht über das Votum der Antragskommission abgestimmt.

Ergänze S. 18 Z. 4 nach „werden.“: „Hiervon ausgenommen ist die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 191

Distrikt Hürth-Kendenich (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel IV.

Seite 17, Zeile 6, nach „Maßnahmen“ einfügen:

5 „Bei allen Maßnahmen zur Mitgliederbeteiligung sollen die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung berücksichtigt werden. Auch sollen bestehende Parteistrukturen auf ihre Barrierefreiheit untersucht werden und durch Maßnahmen wie z. B leichte Sprache, Hilfe bei Seh- und Hörbeeinträchtigungen untersucht werden.“

Seite 18 Zeile 16:

Einfügen vor „Dadurch“

10 „Die Stabsstelle soll die aktuellen Instrumente zur Gleichberechtigung und Gleichstellung, wie die Geschlechterquote und das Reisverschlussprinzip kritisch auf Effizienz und Umsetzbarkeit überprüfen. Es müssen Wege gefunden werden, um die Gleichstellung zu fördern ohne dass die Mitgliederstruktur in den Ortsvereinen aus dem Blick verloren wird. Die neue Stabsstelle soll dafür neue Konzepte bis 2019 entwickeln.“

15 Seite 18, Zeile 35-36:

Streichung „Die gesamte Parteiführung ... eintreten.“ und ersetzen durch: „Die gesamte Parteiführung muss konsequent für die Gleichstellung der Geschlechter eintreten.“

Seite 18, Zeile 47, nach „können“ einfügen:

20 „Neben der Stabsstelle für die Gleichberechtigung der Geschlechter beim Generalsekretär soll eine zweite Stabsstelle für den Bereich Inklusion eingerichtet werden. Diese Stelle soll die gleichen Kompetenzen und Mittel bekommen wie die Gleichberechtigungsstelle. Sie soll die Interessen von Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund in den Fokus nehmen und diese in der Partei fördern und kommunizieren. Damit die SPD ein Beispiel für eine inklusive Partei und
25 Gesellschaft sein kann.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 192

Landesverband Sachsen-Anhalt

Änderungsantrag zu Kapitel IV

Ergänzen auf Seite 17, Zeile 25: Für eine erfolgreiche Erneuerung braucht es erstens klare Zielbeschreibungen, zweitens einen verbindlichen Fahrplan, drittens eine klare Aufgabenzuweisung an die verschiedenen Parteiebenen und Akteure und viertens eine regelmäßige Überprüfung der Wirksamkeit der erfolgten Aufgabenerledigung in diesem Veränderungsprozess.

Ergänzen auf Seite 18, Zeile 5

Gleichzeitig sollte geprüft werden, ob die Trennung zwischen satzungsgemäßen Arbeitsgemeinschaften und Themenforen/Fachausschüssen zeitgemäß ist.

Ergänzen auf Seite 18, Zeile 47

Notwendig sind barrierefreie Zugänge zu Veranstaltungen, Diskussionen, Dokumenten und Geschäftsstellen (z.B. Dokumente in leichter Sprache, Gebärdensprachdolmetscher*innen).

Antragsbereich ÄA/ Antrag 193

Unterbezirk Bochum (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kap. IV.1

die Formulierung in den Zeilen 32 ff. wie folgt ersetzt:

S. 19 1. Zeile 32/33:

Ersetze „sich digital, themenbezogen und zeitlich flexibel“ durch
„sich digital, zeitlich flexibel – und auch themenbezogen –“

5

S. 19 2. Zeile 34 ff.:

Setze nach „deshalb beauftragt“ folgenden Text neu ein:

„a) für die SPD-Gliederungen (Landesverbände, Bezirke, Kreisverbände/Unterbezirke) Diskussionsforen einzurichten, auf die mittels der Anmeldestrukturen vonspd.de

10

zugegriffen werden kann. Diese sind so zu gestalten, dass die Gliederungen auch für Untergliederungen (Ortsvereine/Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise, Themenforen, Vorstände) selbständig entsprechende Bereiche einrichten können.

15

b) eine sogenannte "Single Sign On"-Funktionalität allen Gliederungen in Form von APIs (Application Programming Interface; Programmierschnittstellen) zur Verfügung zu stellen, so dass dadurch eigene und ggf. weiterreichende Lösungen in Form von Partei-Intranets etabliert werden können. Diese Schnittstellen sind offen einzurichten, damit auch Anbieter entsprechender Websoftware darauf reagieren können.

c) [...]“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 194

09/09 Baumschulenweg (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Kapitel IV.1

Seite 19, Zeilen 32-41 werden wie folgt ersetzt:

- Wir wollen unseren Mitgliedern neue Möglichkeiten eröffnen sich digital, themenbezogen und zeitlich flexibel in unserer Partei zu engagieren. Der Parteivorstand wird deshalb beauftragt, bis spätestens 2019 die Einrichtung online-organisierter Foren vorzunehmen, welche strukturell an den Aufbau der Partei angelehnt werden. So wird die Kommunikation und Zusammenarbeit in den Parteiorganisationen erleichtert. Zusätzlich sollen Plattformen geschaffen werden, welche ortsungebunden den politischen Diskurs in unserer Partei ermöglichen. Insbesondere sollen die Themenforen das kollaborative Arbeiten an Anträgen, sowie das Einbringen jener in die Parteigliederungen vereinfachen. Delegierte werden dazu angehalten, die Diskussionen in den Foren zu verfolgen und in Ihre persönliche Entscheidungsfindung mit einzubeziehen.

Seite 19-20, Zeile 42-3 werden wie folgt ersetzt:

- Wir werden ein Online-Beschlussmanagement entwickeln, um die Arbeitsabläufe, die Kommunikation, sowie die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungsfindungen auf allen Ebenen zu verbessern. Insbesondere Neumitglieder erhalten so einen einfacheren Zugang zur Partei.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 195
Ortsverein Münchberg (Landesverband Bayern)

Änderungsantrag zu Kapitel IV.1

Ersetze S. 19 Z. 39ff.: Ist ein Delegationsrecht für Diskussionsforen auf Bundesebene wichtig oder genügt ein Antragsrecht?

Antragsbereich ÄA/ Antrag 196
Kreisverband Rhein-Kreis Neuss (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel IV.1

Seite 20:Zeile 13 einfügen:

Es ist uns ein großes Anliegen die Organisationsebenen bis hin zum Ortsverein von verwaltungstechnischen Dingen auch im Wahlkampf zu entlasten.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 197
Landesverband Nordrhein-Westfalen

Änderungsantrag zu Kapitel IV.1

Seite 19, ergänze auf in Zeile 5 nach „aufstellen“:

...und dabei immer darauf achten, dass analoge und digitale Strukturen sich ergänzen und nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Seite 19, ergänze in Zeile 16 nach „Generalsekretärs“:

5 ...in Rücksprache mit den Landesverbänden und Bezirken...

Seite 19, ergänze in Zeile 20 nach „wiederholen“:

...,nachhaltige Ergebnisse anregen und diese dann auch nutzen...

Seite 19, ergänze in Zeile 35 nach „durchzuführen.“:

10 Dabei muss darauf geachtet werden, dass die Beteiligung in den Strukturen vor Ort und die Online-Beteiligung sich ergänzen und sie voneinander profitieren. Der Ort der abschließenden Entscheidung bleiben die Parteitage und Mitgliederversammlungen.

Seite 19, streiche Zeile 37 und 38 den Halbsatz:

..., die sich bisher in den bestehenden Strukturen nicht wiederfinden,...

Seite 19, streiche die Zeilen 39 bis 41:

15 Die Forderung, den Themenplattformen Delegiertenrechte zu übertragen, ist berechtigt und wird vor der Einführung gemeinsam mit der organisationspolitischen Kommission geprüft.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 198
Bezirk Hannover

Änderungsantrag zu Kapitel IV.1

Seite 19, Zeile 35, ergänze nach „Themenplattformen durchführen.“

„Online- und Offlinebeteiligungsmöglichkeiten müssen sich ergänzen und gegenseitig voneinander profitieren. Der Ort der Entscheidung wird die demokratisch legitimierte Mitgliederversammlung oder der Parteitag bleiben.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 199
Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)

Änderungsantrag zu Kapitel IV.1

Ersetze S. 19 Z. 39-41 nach Satzende durch:

„Die Themenforen erhalten ein Antragsrecht auf dem Parteitag und dürfen ordentliche Delegierte entsenden. Ein Vorschlag über deren Anzahl und ein Verfahren zur Wahl dieser Delegierten wird vom Parteivorstand erarbeitet und dem nächsten ordentlichen Parteitag vorgelegt.“

5

Antragsbereich ÄA/ Antrag 200
Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten

Änderungsantrag Kap. IV 1

Streiche S.19 Z. 39 ff.: „Die Forderung den Themenforen Delegiertenrechte zu übertragen ist berechtigt und wird vor der Einführung gemeinsam mit der organisationspolitischen Kommission geprüft.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 201
Distrikt Hürth-Kendenich (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel IV. 1

Seite 19 Zeile 34

„Spätestens 2019“ soll durch „Ende Juni 2018“ ersetzt werden.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 202
Kreisverband Rostock (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

Änderungsantrag zu Kapitel IV.1

Seite 19, Zeile 39 – Streichen des Satzes:

„Die Forderung, den Themenplattformen Delegiertenrechte zu übertragen, ist berechtigt und wird vor der Einführung gemeinsam mit der organisationspolitischen Kommission geprüft.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 203
Ortsverein Laatzen (Bezirk Hannover)

Änderungsantrag zu Kapitel IV 1

Auf Seite 19 in Zeile 29 hinter "Parteiarbeit" einfügen:

Ergebnisse innerparteilicher Willensbildungsprozesse möchten wir nach außen hin transparent und digital abbilden durch die Entwicklung einer Internet-Plattform, auf der SPD-Gliederungen beschlossene Anträge veröffentlichen und Anträge anderer Gliederungen unterstützen können.“

5

Antragsbereich ÄA/ Antrag 204
Landesverband Sachsen-Anhalt

Änderungsantrag zu Kapitel IV.1

Ergänzen Seite 19, Zeile 29:

Dies soll auch als bundesweites digitales Dokumentenmanagementsystem für Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse auf allen Ebenen eingerichtet werden.

5

Ergänzen Seite 20, Zeile 11: Bewährte Kommunikationstools, wie beispielweise der Easy-Mailer, sollten einer breiteren Mitgliedschaft zur Verfügung gestellt werden (z.B. Arbeitsgemeinschaften, Ortsvereine).

Antragsbereich ÄA/ Antrag 205
Ortsverein Münchberg (Landesverband Bayern)

Änderungsantrag zu Kapitel IV.2

Ersetze S. 20 Z. 26: „gezielt Strukturen zu stärken“ durch „arbeitsfähige Strukturen zu schaffen“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 206
Landesverband Schleswig-Holstein

Änderungsantrag zu Kapitel IV.2

Einfügen in S.20, Z. 30:

“Dazu wird es eine Analyse der Organisationsformen in anderen politischen Parteien, aber auch in vergleichbaren Organisationen gestartet. Dabei geht der Blick auch in andere Länder. Die Ergebnisse fließen in die weitere Arbeit ein.”

Antragsbereich ÄA/ Antrag 207
Ortsverein München Ramersdorf (Landesverband Bayern), Kreisverband Saarlouis, (Landesverband Saar), 07/07 Schöneberg (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Kapitel IV.2

Seite 20, Zeile 30 – Füge an:

Dabei müssen wir insbesondere die Sozialdemokratie in Süd- und Ostdeutschland stärken, in der unsere Wahlergebnisse inzwischen im niedrigen ein- bis zweistelligen Bereich sind.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 208
Bezirk Hannover

Änderungsantrag zu Kapitel IV.2

Seite 20, Zeile 26, füge ein nach „unterstützen“: „Mitglieder zu werben und“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 209
Landesverband Brandenburg

Änderungsantrag zu Kapitel IV.3

Seite 20, Zeile 33, wird nach „... in Ostdeutschland zu geben“ eingefügt:

„Es muss darum gehen, die Lebensleistung der Menschen in Ostdeutschland anzuerkennen. Das ist eine Frage des Respekts.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 210
Landesverband Sachsen

Änderungsantrag zu Kapitel IV.3

Ersetze S. 20, Z. 39 bis 42 durch folgende Formulierung:

5 „Neben der Verantwortung, die bei den jeweiligen ostdeutschen Landesverbänden liegt, bedarf es hierfür weiterhin der Strukturhilfen mindestens auf aktuellem Niveau und zusätzlich einer leistungsfähigen Arbeitsstruktur im Willy-Brandt-Haus mit der entsprechenden finanziellen und personellen Ausstattung. Hierfür wird aus den Reihen des Parteivorstandes eine/ein Beauftragte/r für die Entwicklung der SPD in Ostdeutschland benannt, der/dem zusätzliche Stellen zugeordnet und im Einvernehmen mit der Beauftragten/dem Beauftragten besetzt werden. Der Generalsekretär [...]“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 211
Kreisverband Rostock (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

Änderungsantrag zu Kapitel IV.3

Seite 20, Zeile 36 – Ergänze nach „zu diskutieren.“:

5 Dabei werden wir insbesondere auf unterschiedliche Löhne und Renten in Ost und West, die Unterrepräsentierung von Ostdeutschen in Führungspositionen, die besonders schwache Tarifbindung sowie die Distanz zu Parteien, Gewerkschaften und anderen Institutionen Antworten geben müssen.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 212
Landesverband Sachsen-Anhalt

Änderungsantrag zu Kapitel IV.3

Neufassung Seite 20, Zeile 39-40

- 5 Neben der Verantwortung, die bei den jeweiligen ostdeutschen Landesverbänden liegt, bedarf es hierfür Strukturen beim Parteivorstand weiterhin der existentiell notwendigen Strukturhilfen mindestens auf aktuellem Niveau und zusätzlich einer leistungsfähigen Arbeitsstruktur im Willy-Brandt-Haus mit der entsprechenden finanziellen und personellen Ausstattung.

Neufassung Seite 20, Zeile 40 bis Seite 21, Zeile 1

- 10 Hierfür wird zum einen aus den Reihen des Parteivorstandes eine Beauftragte/ ein Beauftragter für die Entwicklung der SPD in Ostdeutschland benannt, der/dem zusätzliche Stellen zugeordnet und im Einvernehmen mit der Beauftragten/dem Beauftragten besetzt werden. Der Generalsekretär und die/der Beauftragte erarbeiten gemeinsam mit den ostdeutschen Landesverbänden und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Dialogreihen Ost ein „Zukunftsprogramm Ost“ zur inhaltlichen, organisatorischen, finanziellen und strukturellen Neuaufstellung der SPD-Ostdeutschland, zur besseren Vernetzung der Landesverbände und SPD-Landtagsfraktionen, sowie der Landesregierungen mit SPD-Beteiligung.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 213
Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel IV.4

Ersetze auf Seite 21 in Zeile 12 "Eltern und Schwiegereltern" durch:
"Angehörige"

Ersetze auf Seite 21 in Zeile 12 "Expertin" durch:
"sachkundig"

- 5 Ergänze auf Seite 21 in Zeile 20 nach „eine Stimme zu geben.“:
„Dafür ist es manchmal nötig, der personellen Erneuerung und der Vertretung der unterschiedlichen Altersgruppen in Ämtern und Mandaten Vorrang vor dem sonst üblichen Senioritätsprinzip zu gewähren.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 214
Ortsverein Münchberg (Landesverband Bayern)

Änderungsantrag zu Kapitel IV.4

- 5 Einfügen S. 21, nach Zeile 35: „Zur Verhinderung einer weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft muss die SPD darauf reagieren, dass politische Beteiligung zunehmend von der sozialen Stellung abhängig ist. Hier Abhilfe zu schaffen kann nur über die Arbeit der Ortsvereine und örtlichen Arbeitsgemeinschaften gelingen. Um sie für diese Aufgabenstellung zu befähigen sind Informationsmaterial und Hilfestellungen zu entwickeln.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 215
Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt

Änderungsantrag zu Kapitel IV.4

Seite 21, einfügen nach Z. 22:

- 5 „Hierfür richtet die SPD einen Beirat für Vielfalt ein. Mit einem Beirat für Vielfalt sollen Führungspersonen aus traditionellen Migrant*innenorganisationen, den „Neuen deutschen Organisationen“ und Einzelpersonen aus den verschiedenen Teilbereichen der Gesellschaft. Mithilfe des Beirats sollen die externen Mitglieder die Möglichkeit bekommen, Forderungen und neue Impulse direkt an die SPD heranzutragen. Im Umkehrschluss sollen sie hierüber bestärkt werden, für die Ideen der Sozialdemokratie einzustehen.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 216
Bezirk Hannover

Änderungsantrag zu Kapitel IV.4

Seite 21, Zeile 17, ergänze nach „Fokus.“:

„Ausgehend von den Erfahrungswerten soll eine Ansprache, wenn sie erfolgreich sein will, in enger Zusammenarbeit mit den Jusos erfolgen.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 217
Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)

Änderungsantrag zu Kapitel IV.4

Füge ein S. 21, Z. 20 nach Satzende:

„Dazu führen wir eine Jugendquote für Mitglieder unter 35 Jahren von 25 Prozent für die Gremien der Bundes- und Landesebene ein und garantieren jeden fünften Listenplatz für Bundes-, Landes- und Europawahlen für diese Zielgruppe.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 218
Ortsverein Greifswald (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

Änderungsantrag Kapitel IV.4

Seite 21, nach Zeile 13

„Auch die gesellschaftliche Teilhabe von schwerbehinderten Menschen ist der SPD ein wichtiges Anliegen.“

Änderungsantrag Kapitel IV.4

Streiche S. 21 Z. 15 ff. „Bei der Ansprache von jungen Menschen nehmen wir verstärkt auch die Gruppe der Schülerinnen und Schüler, Auszubildenden oder jungen Facharbeiterinnen und Facharbeiter und Angestellten in den Fokus.

5 Dies stellen wir unter anderem dadurch sicher, dass wir vermehrt junge Menschen auf ihrem Weg in die Gremien und Parlamente unterstützen, um jungen Menschen direkt eine Stimme zu geben.“

Füge ein S. 22 Z. 1 den neuen Punkt

„IV.5. Jugend

10 Die SPD muss wieder die Partei der jungen Menschen werden. Die Jusos sind an vielen Orten eine der tragenden Säulen für die Kampagnenfähigkeit der SPD. Sie sind für die Ansprache von jungen Menschen, also Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden oder jungen Facharbeiterinnen und Facharbeiter und Angestellten und – gemeinsam mit den Juso-Hochschulgruppen – von Studierenden verantwortlich. Die
15 Zielgruppenansprache der jungen Menschen durch die Jusos soll aber auch jenseits von Wahlkämpfen gestärkt werden, um kontinuierlich junge Menschen in unsere Arbeit und unsere Strukturen einzubeziehen und ihre Ideen aufzunehmen.

Damit junge Leute vor allem von jungen Leuten angesprochen werden können, soll die Neumitgliederwerbung und die Mitgliederarbeit von SPD und Jusos in Zukunft stärker
20 koordiniert werden. Das heißt unter anderem auch, dass den Juso-Gliederungen auf allen Ebenen Zugriff auf die Mitgliederdaten und E-Mail-Versand gewährt werden muss.

Insgesamt wollen wir die Arbeit der Jusos vor Ort stärken. Das bedeutet die Bereitstellung von Juso-Budgets genauso wie Zugang zu den lokalen Parteibüros,
25 insbesondere für Sitzungen und Veranstaltungen. Um die Arbeit noch weiter zu unterstützen, werden wir uns für eine Stärkung der Hauptamtlichkeit der Jusos auf Ebene der Landesverbände und Bezirke einsetzen.

Schließlich müssen auch junge Menschen in unserer Partei merkbar mitbestimmen und sie sichtbar nach außen vertreten, um jungen Menschen eine Stimme zu geben.
30 Dies stellen wir unter anderem dadurch sicher, dass wir vermehrt junge Menschen auf ihrem

Weg in die Gremien und Parlamente unterstützen. Wir werden in allen geschäftsführenden Vorständen, unabhängig von der Ebene, einen festen Platz für die Jusos festschreiben. Außerdem wollen wir einen verbindlichen Mechanismus
35 einführen, damit junge Menschen auf Vorschlag der jeweiligen Juso-Gliederungen bei den Listenaufstellungen berücksichtigt werden. Diese beiden Punkte wollen wir 2018 in unser Organisationsstatut aufnehmen.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 220
Landesverband Sachsen-Anhalt

Änderungsantrag zu Kapitel IV 4

Ergänzen Seite 21, Zeile 35

Die SPD greift die gesellschaftlichen Veränderungen im Zusammenleben und in der politischen Arbeit auf. Wo wir gemeinsame soziale, ökologische und technologische Zielsetzungen sehen, wollen wir mit zivilgesellschaftlichen Bewegungen stärker zusammen arbeiten.

5

Antragsbereich ÄA/ Antrag 221

Ortsverein Wipperfürth, Kreisverband Oberbergischer Kreis (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zu Kapitel IV.5

Seite 22, Zeile 2, hinter „Progressive Allianz“

einfügen: „ , Sozialistische Internationale“

Seite 22, Zeile 7, hinter „... zielenden Politik.“

Einfügen: „Die SPD ist sich bewusst, dass ihr durch die Gründung der Sozialistischen Internationale (SI) 1951 in Frankfurt am Main der Weg zurück in die sozialdemokratische Parteienfamilie eröffnet wurde und dass das Wirken Willy Brandts untrennbar mit der Sozialistischen Internationale verbunden wird. Deshalb liegt der SPD auch die Zukunft dieser Organisation am Herzen.“

5

Seite 22, Zeile 8 und 9, streichen des Satzes: „Der Prozess ist mit der Gründung der Progressive Alliance eingeleitet und muss weitergeführt werden.“

10

Seite 22, Zeile 16, zwischen „als“ und „Debattenort“

einfügen: „einen“

Seite 22, zwischen Zeile 17 und Zeile 18, neuen Spiegelstrich einfügen:

„- Wiedereintritt in eine reformierte Sozialistische Internationale als einer globalen Wertegemeinschaft.“

15

Antragsbereich ÄA/ Antrag 222

Bezirk Hessen-Süd

Änderungsantrag zu Kapitel IV.5

Seite 22, Zeile 11: In Zeile 11 wird in weiterer Spiegelstrich eingefügt:

„- Eine eigenständige Mitgliedschaft in der SPE ermöglichen.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 223

Ortsverein Luxembourg (Landesverband Saar), 24/01 Freundeskreis Paris (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Kapitel IV.5

Seite 22, Zeile 1 Einfügung vor „SPE, Sozialdemokratische Fraktion...“: „SPD International,“

Einfügen Seite 22, nach Zeile 11 vor „- Die SPE als zentralen Ort der politischen Koordinierung...“:

- 5 „- Die innerparteiliche organisatorische Verankerung und Unterstützung der SPD International als globales Netzwerk deutscher Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Ausland und als lokaler Transmissionsriemen zu Schwesterparteien weltweit sicherstellen.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 224

Bezirk Hannover

Änderungsantrag zu Kapitel IV.5

Seite 22, Zeile 10, ergänze nach „Stärkung der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE).“:

„Ferner muss auch in den Blick genommen werden, wie die internationale Zusammenarbeit mit den ausländischen Schwesterparteien gebündelt werden kann.“

Antragsbereich ÄA/ Antrag 225

24/01 Freundeskreis Paris (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Kapitel IV. 5

Einfügen (neuer Bindestrich; S. 22, nach Zeile 13) nach „-Die SPE als zentralen Ort der politischen Koordinierung...“:

„-Die direkte Kooperation von Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften der Partei mit Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften der SPE-Partner auf allen Ebenen fördern.“

5

Vierter Bindestrich (S.22, Zeile 18):

Ersetzen „innereuropäischen" durch „internationalen"

Antragsbereich ÄA/ Antrag 226

Kreisverband Rostock (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

Änderungsantrag zu Kapitel IV.5

Seite 22, Zeile 8 – Streichung von „mit der Gründung der Progressive Alliance“

Seite 22, Zeile 21 – Füge ein:

- Erfolgreiche Konzepte unserer Schwesterparteien unter anderem in Portugal und Großbritannien zu übernehmen.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 227

Unterbezirk Siegen-Wittgenstein (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Änderungsantrag zum Leitantrag IA.1

„Die inhaltliche Positionierung (muss) in den nächsten Jahren im Vordergrund der innerparteilichen Debatte stehen!“ Wir bejahen diesen Satz aus dem Beschluss des Landesvorstands der NRW-SPD vom 30. September 2017 und fordern die Partei auf, mit einer inhaltlichen Aufarbeitung und Erneuerung zu beginnen.

5

Die SPD erneuern! Zuerst die Inhalte!

Am 24. September 2017 erhält die SPD bei der Bundestagswahl 20,5% der Stimmen. Das ist die größte Niederlage der Partei seit 1949.

10 Am 29.09. schreibt Martin Schulz in einer Mail an alle SPD-Mitglieder in einer Mail unter dem Betreff „Neustart für die SPD“: „Wir haben eine schwere Wahlniederlage erlitten und das historisch schlechteste Wahlergebnis der SPD seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland eingefahren“. Er fordert: „Wir müssen unsere Partei weiterentwickeln. Wir brauchen einen strukturellen, organisatorischen, inhaltlichen und strategischen Neuanfang“, „Weder 2005, noch 2009 oder 2013 hat es eine ehrliche und tiefgehende Debatte über die Gründe der damaligen Wahlniederlagen gegeben und es sind auch keine echten Konsequenzen gezogen worden“.

20 Die Existenz der Sozialdemokratie in Deutschland muss vor allem mit Inhalten aufrechterhalten werden. Deutschland muss gerechter werden. Dabei sollte das Hauptaugenmerk nicht darauf liegen zu streiten, ob die SPD sich rechter oder linker positionieren soll. Was zählt ist, dass Debatten vor allem bürgernäher und agiler vorangetrieben werden. Zukunftskonzepte müssen transparenter für alle gestaltet werden. Wenn sich Gesellschaft und Wirtschaft verändern, muss sich auch die SPD verändern – und dass eben nicht nur organisatorisch, sondern auch inhaltlich.

25 Zunächst schien der NRW-Landesvorstand eine inhaltliche Auseinandersetzung in seiner Sitzung vom 30.9 zu verfolgen. In der Dienstagspost 40/2017 werden die Mitglieder von den Beratungen des Landesvorstands in Kenntnis gesetzt: „Wir wollen die SPD zur modernsten aller Parteien machen und gehen dem Prozess von NRW aus voran“. Die Überschrift des Begleittextes zum beigefügten Beschluss des Landesvorstands lautet: „Gemeinsam neue Wege finden – die SPD als modernste der Parteien“.

30 Ohne Umschweife wird die herbe Niederlage bei der Bundestagswahl und bei vorausgegangenen Wahlen eingestanden und als Auftrag akzeptiert, „uns mutig zu erneuern“. Dabei gelte es, sich „auf die Werte und Stärken der Sozialdemokratie zu besinnen und diese neu und modern mit Leben zu füllen“, heißt es dort. Zentrale Erkenntnis zur Aufarbeitung sei dabei „die inhaltliche Diskussion und Erneuerung“. Auf keinen Fall dürften wir vor dieser wichtigen Aufgabe weichen, „indem wir uns in Organisationsdebatten flüchten“. Ihr Fazit: „Daher muss die inhaltliche Positionierung in den nächsten Jahren im Vordergrund der innerparteilichen Debatte stehen“.

40 Die Erwartung darauf hin, dass nun konkrete inhaltliche Positionen folgen, wurde bisher allerdings enttäuscht. Erschienen sind zunächst nur Konzepte zur organisatorischen Erneuerung. Anstatt Inhalte zu diskutieren wird eine „ordnungspolitische Kommission“ gegründet, die nun ein „Konzept zur organisatorischen Entwicklung der SPD entwerfen und in den nächsten zwei Jahren zur Diskussion stellen“ soll.

50 Als leitende „Grundsätze“ und „Eckpunkte“ werden Banalitäten herausgestellt wie zum Beispiel

- „Die Maßnahmen müssen so vielfältig sein wie unsere Partei“ oder
- „Die SPD gehört in die Fläche und in die Gesellschaft“ beziehungsweise

55 - „Die SPD ist die Kommunalpartei in der Fläche bei anstehenden Prozessen und Wahlen“ oder auch
- „Gleichzeitig müssen wir die SPD digitaler machen“.

60 Viele Bürger*innen sind im Anschluss an die Bundestagswahl mit frischen Hoffnungen und Erwartungen Mitglied in unserer Partei geworden. Es ist wichtig, dass neue wie alte Mitglieder eingebunden werden. Alle Mitglieder müssen inhaltlich partizipieren dürfen. Unstrittig ist auch, dass wir darauf achten müssen, möglichst die Interessen aller Altersstufen und Geschlechter mit ihren unterschiedlichen Problemen, Themen, Fragen zu berücksichtigen. Organisatorisches ist nicht zu unterschätzen. So können zum Beispiel dank der Digitalisierung neue Partizipationsmöglichkeiten für Genoss*innen geschaffen werden, die die Teilhabe an politischen Prozessen stärken.

65 Im Zentrum sollte allerdings vor allem Aufarbeitung und Erneuerung sozialdemokratischer Themen stehen. Zur Wiederbeleben und Stärkung der sozialdemokratischen Bildungsarbeit nach innen sollten nun Gespräche mit Interessierten auch außerhalb unserer Partei geführt werden. Fragestellungen wie „In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Und – wofür lohnt es sich zu leben, zu arbeiten, sich einzusetzen? Wofür muss es eine deutsche, gar eine europäische Sozialdemokratie weitergeben?“ müssen gemeinsam überdacht werden.

70 Verstärkt sollten wir Sozialdemokrat*innen uns auch mit dem Thema „Sicherheit“ beschäftigen und praktikable Vorschläge zur effektiven Bekämpfung von Kriminalität, zu einer geordneten und kontrollierte Zuwanderung (und ihrer kontinuierlichen Bewältigung (Integration) bei gesellschaftlicher Akzeptanz), aber auch zum weiteren Ausbau eines kooperationswilligen und kooperationsfähigen „Europa“ mit gemeinsamen wirtschaftlichen, steuerlichen, vor allem sozialen und kulturellen Standards gefunden werden.

75 Auch wenn die SPD bei dieser Bundestagswahl nur ein gutes Fünftel der Wählerstimmen für sich gewinnen konnte, bleibt es weiterhin ihre Aufgabe, für Arbeitnehmerrechte in Europa einzutreten und Sozialdumping zu stoppen. Die Reform der EU muss weiter vorangehen (vgl. die Überarbeitung der Entsenderichtlinien und den Rundbrief der Europa-SPD vom 27.9.17).

80 Die heftigen Diskussionen um TTIP und CETA haben weiter die Bedeutung von Wirtschafts- und Freihandelsabkommen deutlich gemacht. Die bisherigen Verträge, vor allem die Verträge mit afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Staaten sollten sorgfältig überprüft und gegebenenfalls nach und nach zeitgemäß aktualisiert werden. Dies hätte gewiss auch unmittelbare Auswirkungen auf weiteres entwicklungspolitisches Engagement.

85 Ebenso haben die Diskussionen in den letzten Wahlkämpfen gezeigt, dass die Themen um Bildung (Kita, Schule, Hochschule, duale Ausbildung), Wohnen ebenso wie Gesundheit und Pflege neu und frei von föderalistischen Zwängen gründlich diskutiert und neu geordnet werden sollten. - Es gibt wahrlich viel zu tun – inhaltlich und dann auch organisatorisch!

90

95 10 inhaltliche Ziele für die kommende Legislatur

100 1. Ausbau, Stärken von schulischer und beruflicher Bildung durch das Renovieren und Ausbauen der Schulgebäude, das Verkleinern der Klassen, Entrümpeln der Inhalte, aber auch das Qualifizieren der Lehrenden, gerechte Vergütung und Beitragsfreiheit für jede Erstausbildung (inklusive Meisterbrief).

2. Festigen, Absichern von „guter Arbeit“ zum Beispiel durch Abschaffung von Leiharbeit und Scheinselbständigkeit; Gleichstellung von Mann und Frau.
- 105 3. Stärken von Wohnen, Gesundheit und Pflege zum Beispiel durch entschiedene Wucherbegrenzung und Mietpreisbremse, Einführung der Bürgerversicherung für alle; tarifliche Neuordnung für die Pflegenden.
4. Sicherung der Renten zum Beispiel durch Einbindung aller Berufsgruppen sowie der Selbständigen und der Beamten in die allgemeine Rentenversicherung.
- 110 5. Transparente, kontrollierte Zuwanderung zum Beispiel orientiert an praktikablen Vorbildern.
6. Überprüfung und Aktualisierung bisheriger Wirtschafts- und Freihandelsabkommen auf ihre entwicklungspolitische und europapolitische Relevanz.
- 115 7. Stärkung der Arbeitnehmerrechte in der EU zum Beispiel durch erneute Überarbeitung der Entsenderichtlinien, durch Reflexion der Chancen und Folgen der Digitalisierung.
8. Vereinheitlichung der Steuergesetzgebung in der EU zum Beispiel der Gewerbe- und Mehrwertsteuern.
- 120 9. Stärkung der europäischen Zusammenarbeit im Bereich von innerer und äußerer Sicherheit zum Beispiel bei Strafverfolgung, Verteidigung und UN-Einsätze.
10. Inhaltliche Neubesinnung der Grundlagen und Werte unserer demokratischen, europäischen und deutschen Gesellschaft zum Beispiel durch Suche von Antworten auf die Fragen: „In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Wofür lohnt es sich zu leben, zu arbeiten, sich einzusetzen? Wie machen wir unser Land gerechter? Wie gestalten wir eine moderne Gesellschaft, in der Frauen und Männer vollständig gleichberechtigt sind? Wofür muss es eine deutsche und europäische Sozialdemokratie weitergeben?“
- 125

Antragsbereich ÄA/ Antrag 228

Unterbezirk Osterholz (Bezirk Nord-Niedersachsen)

Änderungsantrag zum Leitantrag IA.1

- Der SPD-Kreisvorstand Osterholz lehnt den vorliegenden Leitantrag als Ganzes ab, weil er in Form und Inhalt keine geeignete Grundlage für die erforderliche Diskussion über eine Neuausrichtung der SPD darstellt und darüber hinaus durch den vorgegebenen Zeitrahmen eine ausführliche Befassung mit dem Antrag in allen
- 5 Parteigliederungen nicht möglich war.
- Er fordert den Parteivorstand deshalb auf, den Antragsentwurf zurückzuziehen und stattdessen einen strukturierten Prozess zur Neuausrichtung der SPD einzuleiten, der mit einem neuen bzw. überarbeiteten Grundsatzprogramm enden könnte.

Antragsbereich ÄA/ Antrag 229

Ortsverein Triptis (Landesverband Thüringen)

Änderungsvorschläge

(V) Reformierung des Mehrwertsteuergesetzes

Volksgesundheit

5 Trotz des hohen Lebensstandards in unserem Land, wächst die Zahl der medizinisch zu behandelten jüngeren Menschen. Dabei nehmen die Wohlstandskrankheiten Adipositas und Diabetes 2 erheblich zu. Vor allem ist dies bei Kindern und Jugendlichen erschreckend hoch. Allen Aufklärungsangeboten zum Trotz, steigt die Zahl der fettleibigen und zuckerkranken Menschen. Unser Gesundheitssystem droht mittelfristig zu kollabieren.

10 Vorschlag: Mehrwertsteuer soll zugunsten gesunder Produkte und zulasten ungesunder Produkte reformiert werden.

(VI) Sozialversicherungen

15 Vorschlag: Die schon einmal angedachte Bürgerversicherung für das Sozialwesen ist zu realisieren.

Ziel: alle erwachsenen Menschen zahlen unabhängig von ihrer Tätigkeit eine gleichen Prozentsatz ihres Einkommens in die Bürgerversicherung ein und genießen gleiche Ansprüche.

(VII) Bessere Familien- und Kinderförderung

20 Vorschlag: Erhöhung des Kindergeldes

Antragsbereich ÄA/ Antrag 230

NaturFreunde Deutschlands

Ambitionierter Klimaschutz ist die Grundlage von Gerechtigkeit und Wohlstand

Im Leitantrag des Parteivorstands setzt der Bundesparteitag folgende Ergänzung bei den Schwerpunkten sozialdemokratischer Politik:

5 In Abwandlung einer Aussage von Willy Brandt wissen wir: Ohne Klimaschutz ist alles nicht. Der Schutz des Erdsystems ist eine Menschheitsherausforderung. Sie entscheidet über zentrale Fragen unseres Lebens: über Frieden, Wohlstand, Gerechtigkeit und Migration. Sie ist ein entscheidender Beitrag für eine sozial-ökologische Weltinnenpolitik. Die Sozialdemokraten bekennen sich zu einem engagierten Klimaschutz.

10 Mitte der 1980iger Jahre ist der Schutz der Erdatmosphäre zu einem politischen Thema geworden. Die SPD hat sich schon damals für mehr Klimaschutz engagiert, u. a. mit dem Ziel der Treibhausgasemissionen in den alten Bundesländern um 30 Prozent gegenüber 1990 bis zum Jahr 2005 zu reduzieren. Sie wurde damit zu einem Vorreiter in der Klimapolitik. Daran halten wir fest.

15 In die letzte Legislaturperiode fielen weltweit bedeutsame Ereignisse wie die Verabschiedung der „Globalen Nachhaltigkeitsziele“ (SDGs) in New York und das Pariser Abkommen zum Schutz des Klimas. Es waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die maßgeblichen Anteil am Erfolg dieser Beschlüsse hatten. Auch der Klimaschutzplan 2050 für Deutschland, der konkrete Ziele für die Reduktion von Treibhausgasen in einzelnen Wirtschaftssektoren bis 2030 definiert, entstand unter sozialdemokratischer Federführung. Unter der Bundesumweltministerin wurde zu Beginn der letzten Legislatur Soll und Haben beim Klimaschutz ehrlich auf den Tisch gelegt. Anders als bei allen anderen Regierungen zuvor wurde ein Maßnahmenprogramm aufgelegt, um das klimapolitische Ziel von 40 Prozent

25 Treibhausgasreduktion für 2020 noch zu erreichen. Leider wurde vieles behindert und wieder abgeschwächt, auch in internen Diskussionen aber insbesondere durch Querschüsse von Seiten der Union, so dass es auf jeden Fall starker Nachbesserungen bedarf.

30 Auch außerhalb der Berliner Politik sind es vielerorts Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die eine nachhaltige und gerechte Zukunft gestalten – nicht nur in den Umwelt- und Naturschutzverbänden. Viele Stadtwerke verabschieden sich von der Kohleverstromung und investieren massiv in Erneuerbare Energien. Kommunale Entscheidungsträger stellen den öffentlichen Nahverkehr auf Elektromobilität um und versuchen trotz schwieriger Haushaltslage, öffentliche Gebäude energetisch zu sanieren.

35

Der gestaltende Staat als Voraussetzung für Klimaschutz

40 Klimaschutz war zuerst ein sozialdemokratisches und kein „grünes“ Thema ist. Die Folgen des Klimawandels sind eine große soziale Frage. Sie treffen weltweit die Ärmsten und künftige Generationen, auch in Europa sterben Menschen regelmäßig an klimawandelbedingten Extremwettern.

45 Klimaschutz ist auch ein Motor für gesellschaftliche Innovationen. Der Anteil an Klimaschutztechnologien bei den Exporten steigt Jahr für Jahr. Viele Unternehmen fordern klare und ambitionierte Leitplanken, um sicher in die Zukunft investieren zu können. Bei einem Verharren in alten Strukturen drohen ganze Säulen unserer Volkswirtschaft zu zerbröseln. Gelingt es uns, durch eine gestaltende sozialdemokratische Städtebau, Agrar- und Industriepolitik die Weichen für die Zukunft zu stellen, gewinnen alle: Die Gesundheit der Bevölkerung, unser Wohlstand und die Menschen im globalen Süden, die nichts zum Klimawandel beigetragen haben, aber die Folgen als erste erleiden müssen. Und Klimaschutz ist auch Friedenspolitik.

50 US-Präsident Barack Obama weist immer wieder darauf hin: Wir sind die erste Generation, die den Klimawandel in all seiner Dramatik erkennen musste. Und wir sind die letzte Generation, die ihn wirksam eindämmen kann.

55 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden den Klimaschutz in Maßnahmen überführen, wir werden die Zukunft der Menschheit nicht dem Markt überlassen, sondern das Primat der Politik durchsetzen. Dafür müssen wir konkret werden. Viele drängende Herausforderungen im Klimaschutz wurden gerade auf offener Bühne in den Jamaika-Verhandlungen behandelt und stießen auf den kenntnislosen, aber erbitterten Widerstand vor allem der FDP. Christian Lindner stellte selbst einfache physikalische Tatsachen zur Disposition und machte sich zum Verteidiger der Vergangenheit. Die Sozialdemokratie stellt dagegen: Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und moderne Industriepolitik stehen nicht gegeneinander, sondern bedingen sich.

65 Was zu tun ist:

Welche Verantwortung wir auch übernehmen werden: Die SPD wird ehrgeizige Ziele im Klimaschutz verteidigen und sozial gerecht durchsetzen. Die Ergebnisse der Jamaika-Sondierungen sind für uns Mindeststandards, an denen sich eine kommende Regierung messen lassen muss.

70 Dazu gehört der Einstieg in den Ausstieg aus der Kohleverstromung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass bis 2020 mindestens 10 Gigawatt Braunkohlekapazität

75 zusätzlich zu den geplanten Stilllegungen aus dem Markt gehen. Wir setzen uns für einen gesetzlich festgelegten Ausstiegspfad ein. Wir werden diesen Weg gemeinsam mit den Beschäftigten und den betroffenen Regionen gestalten. Dazu werden wir regionale Konferenzen für den Strukturwandel organisieren. Er benötigt Investitionen in lebenswerte Regionen, in zukunftssichere Wirtschaftsstrukturen und in eine ökologisch modernisierte Infrastruktur, die all das ermöglicht.

80 Wir setzen uns für den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien wie auch dem dafür notwendigen, möglichst dezentralen Ausbau der Stromnetze ein. Dabei werden wir dafür sorgen, dass die Vorteile endlich auch bei Mieterinnen und Mietern und einkommensschwachen Haushalten ankommen. Wir fördern die Entwicklung und breite Einführung von Stromspeichern, um die Energie von Sonne und Wind optimal zu nutzen.

85 Wir setzen uns für einen Mindestpreis im Europäischen Emissionshandel ein. Möglichst europäisch, sonst im Verbund mit unseren Nachbarn oder auch im ersten Schritt national.

90 Wir werden das System der Steuern und Abgaben von Grund auf reformieren. Nicht mehr die Arbeit sollte den größten Faktor bei der Besteuerung sein, sondern die CO2-Intensität. So entlasten wir die Beschäftigten und erleichtern den Arbeitsmarkt, beseitigen Fehlanreize, regen Innovationen an und verdrängen Stück für Stück Technologien, die keine Zukunft haben. Wir knüpfen dabei an die ökologische Finanzreform an, die 1999 unter Gerhard Schröder begonnen wurde.

95 Das alles ist notwendig, um unser Land zu modernisieren, die Lebensgrundlage zu erhalten und unseren Wohlstand zu sichern. Genau dafür stand und steht die Sozialdemokratie.

*Antragsbereich ÄA/ Antrag 231
Ortsverein Holzkirchen (83607) (Landesverband Bayern)*

Änderungsantrag Öffentlichkeitsarbeit

S. 22 nach Ziff. IV.5. sollte folgende Ziff. V. ergänzt werden:

„Die Wahrnehmung der SPD in der Öffentlichkeit

5 Wie nach jeder Wahl und nicht zuletzt hier im Leitantrag wird zu Recht die mangelhafte Wahrnehmung der SPD in der Öffentlichkeit beklagt. Unsere Inhalte werden in der breiten Bevölkerung nicht ausreichend deutlich. U.a. fehlt es an Schwerpunktsetzungen. Auch gibt es zu viele Akteure, die sich teilweise nicht einheitlich in der Öffentlichkeit äußern, was zuletzt in der Diskussion über die Regierungsbildung schmerzlich zu spüren war.

Wir werden u.a. folgende Fragen klären müssen:

10 Wie können wir die Pressearbeit dahingehend verstärken, dass die zentralen Anliegen der SPD auch über die traditionellen Medien besser kommuniziert werden?

Wie können wir uns die neuen Medien besser zu Nutze machen?

Welche anderen Wege der Öffentlichkeitsarbeit können eingesetzt werden (z.B. Aktionen)?

15 Wie kann besser abgestimmt werden, wer in der Öffentlichkeit welche Themen mit welchen Inhalten vertritt?

Sollten wir schon vor Wahlen klarer kommunizieren welche Koalitionen wir eingehen wollen?“

Für eine Bundespartei auf der Höhe der Zeit

Der Ausgang der Bundestagswahl und das Ergebnis der SPD waren kein politischer Betriebsunfall. Und schon gar nicht ein einmaliger. Seit mindestens 2009 bleibt die SPD auf Bundesebene hinter ihren selbst gesetzten Zielen zurück. Alleine der Blick auf diese Zeitspanne gibt den deutlichen Hinweis, dass die Problemursachen tiefer liegen
5 müssen, als sie sich mit tagespolitischer Kompetenzbewertung, einer „Laune“ der Wählerinnen und Wähler, der Person der Kanzlerin oder der ihrer sozialdemokratischen Herausforderer erklären ließen.

Die SPD war in ihrer Geschichte immer dann stark, wenn sie sich inmitten gesellschaftlicher Debatten um die Zukunft des Landes **mutig, klar, parteiisch und mit
10 Zukunftsoptimismus** zu Wort meldete. Und sie war immer dann stark, wenn sie gesellschaftliche Herausforderungen breit debattierte und mit Gestaltungsvorschlägen versah.

Offensichtlich ist aber genau dies derzeit nicht mehr der Fall.

15 Es gibt zu wenige Menschen, die Fragen stellen über Gerechtigkeit oder sich Gedanken über den Abbau von Ungleichheit machen.

Wir wollen wieder die Meinungsführerschaft erringen und mehr Menschen in den wichtigen Fragen bei uns vereinen, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern:

20 Wie sieht Solidarität und Mitbestimmung im Zeitalter der Digitalisierung aus? Wie schaffen wir mehr Gerechtigkeit nicht nur in unserem Land sondern in einer globalisierten Welt und bekämpfen Fluchtursachen? Wie können wir Freiheit und Sicherheit heute verbinden? Wie kann Europa auch in Zukunft die Friedensmacht sein? Wie schaffen wir Integration und setzen so deutliche Zeichen gegen den
25 Rassismus? Wie dämmen wir den Klimawandel ein?

Sie und viele weitere **Bürgerinnen und Bürger zu erreichen**, die die Werte der Sozialdemokratie teilen, muss das **Ziel einer Erneuerung** der SPD sein. Diese Erneuerung muss auch eine programmatische sein. Sie darf dort nicht Halt machen. Neue Köpfe, neue Formen des Umgangs, des Arbeitens, des Streitens müssen
30 hinzukommen. Auch dazu möchten wir als rheinland-pfälzische und hessische SPD Vorschläge unterbreiten.

Es ist Zeit, die SPD zu erneuern. Wir müssen **als Partei programmatisch, personell und organisatorisch stärker werden**, um eine prägende Kraft der deutschen Politik bleiben
35 zu können.

Mit dem Beschluss zur „Vernetzten Partei“ haben wir uns in Rheinland-Pfalz darangemacht, uns als Landespartei auf die Höhe der Zeit zu bringen. Denn was wir politisch umsetzen, wollen wir auch innerhalb unserer Partei – in der Stadt genauso wie im ländlichen Raum. Wir stehen für eine Partei, die online und offline
40 gleichberechtigt behandelt. Wir wollen Technologie nutzen, um zeitgemäßes Engagement zu ermöglichen. So nehmen wir die Lebensgewohnheiten insbesondere der jüngeren Generation selbstverständlich auf, ohne Altbewährtem seinen Platz zu

nehmen. Denn gleichzeitig wollen wir analog präsenter sein denn je. Sei es mit **Anpack-Partnerschaften** oder **Quartierbüros** in Stimmbezirken, in denen die
45 Rechtspopulisten aktuell besonders stark sind. Wir wollen dauerhaft Vertrauen zurückgewinnen.

Intern organisieren wir einen **besseren Austausch** zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen sowie den Gliederungen. Dabei ist unser strategisches Ziel, dass wir
50 Strukturen auf Höhe der Zeitschaffen. Mehr Sichtbarkeit und Erlebbarkeit, online wie offline, sind unabdingbare Faktoren für eine Partei, die lebendig in die Zukunft blickt. Wir brauchen den Teamspirit, der neuen wie bisherigen Mitgliedern Lust macht auf aktives Partei-Engagement.

Wir wollen Sympathisanten zu Wählern machen und Wähler zu Mitgliedern unserer Partei. Dabei wollen wir auch jünger, weiblicher und bunter werden. Den Netzauftritt
55 unseres Landesverbands soll dafür die **Online-Eingangstür** sein. Wir testen aber auch offline neue Möglichkeiten der Mitgliedergewinnung. Zudem leisten wir Grundlagenarbeit, um elementare Daten unserer Mitglieder zu ergänzen, von der E-Mail-Adresse über die Telefonnummer bis hin zur aktuellen Postanschrift. In Zukunft wollen wir uns stärker als bisher vernetzen und schaffen hierzu die Möglichkeiten.

60 **Digitaler, offener, durchlässiger:** Das fordern wir als starke Landesverbände auch von der Bundespartei. Es ist Zeit, dass die SPD jetzt den Moment für die **entschiedene Erneuerung** nutzt.

Zentrale Bedeutung hat für uns, dass wir neue Wege der Parteiarbeit testen und einige
65 Pilotprojekte ernsthaft und langfristig etablieren. Das braucht Raum und Zeit –und gleichzeitig schaffen wir schon jetzt eine **neue Kultur**, indem wir ausprobieren und Beispiele setzen. Wir verharren nicht im Zustand des ewigen Wartens, sondern wir packen es an. Wir möchten dabei keinen Gegensatz zwischen neu und alt, zwischen Stadt und Land, zwischen analog und digital aufmachen. Wir sind dann stark, wenn
70 wir Altbewährtes und Neues als zwei Seiten derselben Medaille verstehen. Wir können Digitalpartei sein und gleichzeitig bewusst unsere Wurzeln als Aktionspartei pflegen.

Genau wie viele andere sozialdemokratische Parteien in Europa steht die SPD in Deutschland vor existenziellen Herausforderungen. Der Blick in andere europäische
75 Länder zeigt, dass es keine Überlebensgarantie für sozialdemokratische Parteien gibt. Die SPD muss sich **ein grundlegendes Update verschreiben**, wenn wir eine entscheidende politische Kraft bleiben wollen.

Die Bundespartei muss deshalb entschiedener als bislang auf digitale und zivilgesellschaftliche Vernetzung setzen:

80 In Hamburg läuft seit einigen Jahren ein Modellversuch mit einem **digitalen Bezirk**. Es ist Zeit, dieses Experiment auszuwerten und eine Debatte in der gesamten SPD zu führen: Wie können wir mit Blick auf digitale Mitgliedschaften neue Wege gehen, die uns im Kern stärken? Wie können wir diese so ausgestalten, dass sie in Übereinstimmung mit unseren Werten stehen und dem Anspruch, als Partei in der
85 gesamten Gesellschaft präsent zu sein, gerecht werden?

Wir brauchen Möglichkeiten, die uns erlauben, Anträge auch digital zu beraten oder kurzfristig ein **Meinungsbild** der Partei einzuholen. Auch die digitale Ergänzung von Gremiensitzungen oder Parteikonventen kann der richtige Weg sein, um
90 ortsunabhängige Teilnahme zu ermöglichen. Das kann insbesondere Menschen, die aus familiären oder beruflichen Gründen nicht vor Ort dabei sein können, neue

Optionen der Teilhabe bieten. Für solche Lösungen brauchen wir durchdachte Ansätze. Wo nötig, sollten wir auch über Satzungsänderungen nachdenken.

95 **Digitale Infrastrukturen** zur Organisation, Koordination und für Wissensmanagement sind heute alltäglich. Innerhalb unserer Partei laufen wir den Entwicklungen viel zu oft hinterher. Dabei würde es die Arbeit der Hauptamtlichen in ganz Deutschland erleichtern, wenn wir Know-how und Materialien für alle Engagierten leicht zugänglich machen würden. Es macht wenig Sinn, dass jeder Landesverband losgelöst von der restlichen Partei eigene Lösungen entwickelt, von denen andere Landesverbände wenig bis gar nichts wissen. Deshalb sollten wir gemeinsam neue

100 Wege gehen.

Wir sollten so viele Routineaufgaben wie möglich zentralisieren, sei es auf Landes- oder Bundesebene. Dafür muss die Bundespartei stärker als bislang Werkzeuge und Prozesse für die Landesverbände zur Verfügung stellen. Nur so bleibt den Ehrenamtlichen mehr Zeit für **projektbezogenes Arbeiten** für die Bürgerinnen und

105 Bürger.

In engem Austausch mit Initiativen und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren vor Ort, in Kooperation mit Sozialverbänden und NGOs sollten wir flächendeckend **Anpack-Partnerschaften** starten. So können sich unsere Mitglieder gezielt dort engagieren, wo sie gebraucht werden. Das vernetzt uns langfristig mit anderen Organisationen, macht uns sichtbar, erlebbar und ansprechbar. Mit **Quartierbüros** können wir dauerhaft dort Vertrauen zurückgewinnen, wo die Rechtspopulisten aktuell zu viele Stimmen erhalten und die Wahlbeteiligung niedrig ist. Wir wollen Anlaufstelle, Vernetzer und Katalysator vor Ort sein, in Stadtteilen mit hoher Zahl an Arbeitslosen konkrete Alltagshilfe leisten. Anpack-Partnerschaften und Quartierbüros

110 brauchen wir in ganz Deutschland. Sie sind Spiegelbild unseres Markenkerns. In ihnen können wir vermitteln und erlebbar machen, was unsere Politik konkret mit dem Leben der Menschen zu tun hat.

Die Erneuerung der SPD ist eine große Herausforderung. Deshalb ist wichtig, dass Bundespartei und Landesverbände an einem Strang ziehen. Wir brauchen die zentrale Koordination von Veränderungsbemühungen in Bund und Ländern.

120

Ein **Leitbildprozess** über die wesentlichen inhaltlichen Fragen soll die Vorbereitung für die Erstellung eines neuen **Grundsatzprogrammes** sein. Massive Veränderungen seit der Beschlussfassung des Hamburger Grundsatzprogramms im Jahr 2007 fordern neue Bewertungen, Antworten und Visionen um unsere Werte der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auch in Zukunft sicher zu stellen. Beispielhaft sind einige der massiven Veränderungen seit 2007 zu nennen: Arbeit und soziale Sicherheit in der digitalen Welt, Überwindung der Finanzmarktkrise und Vorrang der Demokratien, Handlungsfähigkeit des Staates, neue Entspannungspolitik. Der

125 Grundsatzprogrammprozess sollte als offener Prozess ausgestaltet sein, in dem neben den Mitgliedern auch gesellschaftliche Gruppen beteiligt werden.

130

Wir sollten Parteiarbeit **gemeinsam neu denken**.

Änderungsanträge zum Weiteren Vorgehen (W)

Antragsbereich W/ Antrag 1

Ortsverein Syke (Bezirk Hannover)

Aufnahme von „Sondierungsgesprächen bzw. Koalitionsverhandlungen“ mit den Unionsparteien

Fordern wir den Parteivorstand auf Gespräche über eine mögliche Koalition mit den Unionsparteien zu führen und das Ergebnis, wie von Martin Schulz angekündigt, von den Parteimitgliedern bestätigen zu lassen.

Antragsbereich W/ Antrag 2

Ortsverein Köln-Dellbrück (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Gegen eine große Koalition und für die Unterstützung einer nicht von der SPD geführten Minderheitsregierung

In einer großen Koalition wäre die SPD aus unserer Sicht nicht in der Lage zu tun, was dringend erforderlich ist: Sie muss sich erneuern.

- Sie muss mit ganz konkreten Forderungen wie einer grundlegenden Rentenreform - s. Antrag des SPD Dellbrück dazu - ihr soziales Profil schärfen.
5 Sie muss auch bereit sein, mit profilierten Positionen wie der Bürgerversicherung - einer Krankenversicherung für alle - Wahlkampf zu machen.
- Sie muss demokratischer werden und in einer Parteireform Abläufe entwickeln, die es ermöglichen, Initiativen und Anträge der Basis in fairer
10 Weise zu berücksichtigen.

Damit die SPD ihrer Verantwortung für unser Land gerecht wird, sollte die SPD der Bundeskanzlerin ein konkretes Angebot machen, das dieser eine Basis für eine Minderheitsregierung, geduldet durch die SPD, bietet. So sollte beispielsweise die Handlungsfähigkeit unseres Landes im Hinblick auf den Reformbedarf in der EU
15 gewährleistet sein. Zusammengefasst: Wir sind gegen eine große Koalition und für die Unterstützung einer nicht von der SPD geführten Minderheitsregierung.

Antragsbereich W/ Antrag 3

Ortsverein Altkassel-Bettenhausen (Bezirk Hessen-Nord)

Leitlinien für die Oppositionsarbeit

Die Adressaten werden aufgefordert, in den folgenden vier Jahren die Rolle der stärksten Fraktion in der Opposition ernst zu nehmen und dementsprechend mit der neuen Aufgabe umzugehen. Dazu sollen folgende Leitlinien berücksichtigt werden:

1. Das Verhältnis zur Bundestagsfraktion „Die Linke“ muss soweit überarbeitet
5 und Barrieren müssen abgebaut werden, dass eine gemeinsame Oppositionsarbeit möglich ist und nicht von vornherein ausgeschlossen wird.

- 10 2. Themen aus dem Bundestagswahlprogramm aufgreifen und neue Themen zur Überprüfung auf Umsetzungsmöglichkeiten und Notwendigkeit als Anträge sowie Gesetzentwürfe in den Bundestag einbringen:
1. Erarbeitung eines Rentenkonzepts, welches der Altersarmut entgegen wirken kann
 - 15 2. Erarbeitung eines Konzepts für die Mietpreisbremse mit den notwendigen Korrekturen an dem Entwurf der Großen Koalition
 3. Erarbeitung eines gemeinsamen Bildungssystem auf Bundesebene
 4. Erarbeitung eines Gesetzentwurfs zur Wertschätzung der sozialen Berufe
 5. Klare Ablehnung der Rente mit 70
 - 20 6. Erarbeitung eines Gesetzentwurfs zur Steuerpolitik, der besagten, dass alle in Deutschland lebenden Menschen Steuern zahlen müssen
 7. Erarbeitung eines Gesetzentwurfs zur Energiewende, bei dem die Mitarbeiter*Innen in dem Bereich der Arbeit mit fossilen Rohstoffen nicht vergessen und ihre Arbeitsplätze nicht gefährdet werden
 - 25 8. Die Prüfung nach der Umsetzung eines bedingungslosen Grundeinkommen in der Bundesrepublik Deutschland
 9. Erarbeitung eines Antrags zur Prüfung der Möglichkeit der Durchführung von Bürgerentscheiden auf Bundesebene
 10. Steigerung des Sozialen Wohnungsbaus
 - 30 3. Erneuerung der Bundespartei im Austausch mit der Parteibasis gestalten. Dieser Austausch soll über die vom Bundesvorstand geplanten Basiskonferenzen hinaus gehen.
 4. Ehrliche Aufarbeitung des Bundestagswahlergebnisses mit Blick auf die Wahlbezirke, in denen die SPD bei der Bundestagswahl verloren oder gewonnen hat, um einen Vergleich anstellen zu können.
 - 35

Antragsbereich W/ Antrag 4

Ortsverein Essenheim (Landesverband Rheinland-Pfalz)

Keine Groko

der SPD-Ortsverein stellt den Antrag nicht mehr in eine Große Koalition mit der CDU/CSU einzutreten.

Antragsbereich W/ Antrag 5

Ortsverein Nürnberg-Großgründlach (Landesverband Bayern)

Bildung einer Bundesregierung

Wir sind

- gegen die Bildung einer großen Koalition
- gegen Neuwahlen.

Eine Minderheitenregierung ist gegebenenfalls zu tolerieren!

- 5 Für uns als unterste Parteigliederung ist eine nachhaltige Erneuerung unserer Partei, die klare Definition sozialdemokratischer Ziele und die

(Wieder-) Gewinnung der politischen Meinungsführerschaft in Deutschland existenziell.

Antragsbereich W/ Antrag 6

060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag zu Regierungsbildung/Minderheitsregierung

III. Die SPD steht für ein alternatives Regierungsprojekt

Der Parteivorstand wird aufgefordert, für Sondierungen und Verhandlungen für eine rot-rot-grüne Minderheitsregierung einzutreten.

5 Die große Koalition ist abgewählt worden. CDU/CSU und SPD haben massive Verluste erlitten. Die Doktrin der Alternativlosigkeit, mit der nun erneut eine große Koalition gebildet werden soll, verweigern wir uns. Wir wollen nicht, dass die AfD die größte Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag ist. Es gibt eine Alternative zu einer neoliberalen Politik, die die Schere zwischen arm und reich weiter auseinandertreibt. Diese Alternative heißt Rot-Rot-Grün und muss in einem großen Bündnis der

10 progressiven Kräfte in dieser Gesellschaft wie z.B. den Gewerkschaften, der Willkommensbewegung, zahlreichen Nichtregierungsorganisationen und vielen mehr vorbereitet und durchgesetzt werden. Die Begeisterung für Martin Schulz hat gezeigt, dass es ein großes Bedürfnis in der Bevölkerung für eine andere, eine linke Politik gibt. Es ist jetzt Zeit, diese Alternative zu ergreifen.

15 Wir möchten, dass sich eine rot-rot-grüne Minderheitsregierung dem Bundestag stellt. Sollte sie keine Mehrheit finden, können wir mit einer klaren politischen Alternative in den Wahlkampf ziehen und der Bevölkerung ein alternatives politisches Projekt vorschlagen.

20 Es gibt zahlreiche notwendige gesellschaftliche Veränderungen, die mit der Union nicht verwirklicht sind und die nur mit einem linken rot-rot-grünen Projekt zu realisieren sind.

Hierzu gehört:

25 - eine Politik, die der wachsenden sozialen Polarisierung etwas entgegensetzt, durch eine soziale Bildungspolitik, eine soziale Wohnungspolitik, eine menschenwürdige Grundsicherung für alle und eine radikale Umverteilung von reich zu arm,

- eine Politik, die den Arbeitsmarkt soziale reguliert und eine kollektive Arbeitszeitverkürzung anstrebt,

30 - eine Politik, die sich einer echten Gleichstellung der Geschlechter verschrieben hat,
- eine Politik, die als eines ihrer vordringlichsten Ziele ein Ende des Sterbens von Menschen im Mittelmeer versteht, die an Seite der Willkommensbewegung steht und geflüchteten Menschen Perspektiven in dieser Gesellschaft eröffnet,

- eine Politik, die sich Rassismus, Antisemitismus und Rechtspopulismus offensiv entgegenstellt,

35 - eine Politik, die sich für eine sozial gerechte Europäische Union und gegen Austerität und Privatisierungen einsetzt,

- eine Politik, die innere Sicherheit nicht als Überwachungs- und „harte Hand-Politik“ versteht,

40 - eine Politik, die sich zu den Klimazielen bekennt und den Umbau von Schlüsselsektoren wie Verkehr, Energie und Landwirtschaft vorantreibt,

- eine Politik, die sich dem Frieden und der Abrüstung verschrieben hat.
All dies und noch vieles mehr bestärken uns in der Überzeugung, dass die SPD für eine echte Alternative in dieser Gesellschaft eintreten muss. Diese Alternative ist mit der Union nicht zu realisieren. Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt, die Realisierung einer Alternative zu erkämpfen.

Antragsbereich W/ Antrag 7

Ortsverein Buxtehude (Bezirk Nord-Niedersachsen)

Regierungsbeteiligung in Berlin – aber nur unter Bedingungen

Nach dem Scheitern der Verhandlungen wächst der Druck der Öffentlichkeit auf die SPD, sich an der zukünftigen Regierung zu beteiligen. Der Vorstand war gut beraten, nach der Aufforderung durch den Bundespräsidenten, Gesprächsbereitschaft zu signalisieren. Es wird in den nächsten Wochen zu Sondierungsverhandlungen mit CDU/CSU kommen, in denen die Möglichkeiten der Fortsetzung der jetzigen Koalition oder der Duldung einer Minderheitsregierung ausgelotet werden können. Diese Gespräche sollten unter dem Motto „Gründlichkeit geht vor Geschwindigkeit“ geführt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass wegen der Notwendigkeit der Reformen in der EU eine stabile und handlungsfähige Regierung in Deutschland gebraucht wird.

Die SPD muss einige Kernforderungen stellen, die für eine Beteiligung an einer Regierung entscheidend sind:

1. Die Durchsetzung der sozialen Gerechtigkeit erfordert:
 - a. Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 € in West und Ost
 - b. Deutliche Einschränkung von Leiharbeit und Werkverträgen, beides nur in Ausnahmefällen möglich
 - c. Gleicher Lohn für Frauen und Männer
 - d. Anspruch der Rückkehr in Vollzeitbeschäftigung aus der Teilzeitbeschäftigung
 - e. Einstieg in eine Bürgerversicherung
 - f. Erhöhung des Rentenniveaus und eine Solidarrente
 - g. Bezahlbarer Wohnraum auch für kleine und mittlere Einkommen
 2. Das Gefälle zwischen Stadt und Land wieder verringern.
 3. Eine Steuerreform, die untere und mittlere Einkommen entlastet und höhere Einkommen und Vermögen stärker belastet und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.
 4. Ein Bildungssystem, in dem der Erfolg nicht von der Herkunft bestimmt wird.
 5. Eine besser geplante Wende zu regenerativen Energien und eine stärkere Absenkung der Emission von Treibhausgasen.
 6. Eine ökologische Wende in der Landwirtschaft.
 7. Auflösung des Investitionsstaus bei der Infrastruktur und Ausbau der digitalen Infrastruktur (Breitbandverkabelung).
- Wenn es nicht gelingt, in den Sondierungsgesprächen einige dieser Forderungen durchzusetzen, ist es besser, sich nicht an der Regierung zu beteiligen. Die Tolerierung einer Minderheitsregierung wäre dann noch eine akzeptable Lösung, um Neuwahlen zu verhindern.

Mitgliederentscheid nach den Sondierungsgesprächen

Nach den möglichen Sondierungsgesprächen soll auf Basis der Ergebnisse eine Mitgliederbefragung durchgeführt werden, ob die SPD Koalitionsgespräche mit der CDU/CSU mit der Zielsetzung eine Regierung zu bilden, führen soll.

Keine Neuwahlen, keine GroKo

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1. Zur Lösung für die nach der Bundestagswahl 2017 und durch das Scheitern einer Jamaika-Koalition entstandenen Regierungsprobleme, lehnen wir sowohl Neuwahlen als auch eine Neuauflage der „großen Koalition“ ab.
- 5 2. Wir sind bereit mit der stärksten Fraktion im Deutschen Bundestag zur Sicherung der Rolle Deutschlands als verlässlicher Partner in EU, NATO und UNO einen „**Stabilitätspakt**“ zu vereinbaren.
3. Dieser Stabilitätspakt könnte etwa folgende Inhalte haben:
 - a) Die SPD wird nichts tun, um die Bildung einer unionsgeführten Minderheitsregierung (aus CDU und CSU allein, aus CDU/CSU und FDP oder aus 10 CDU/CSU und Grünen) zu verhindern (z.B. durch Stimmenthaltung bei allen Wahlgängen zur Kanzlerwahl nach Art. 63 GG und Verzicht auf einen Gegenkandidaten).
 - b) Die SPD wird in der laufenden Legislaturperiode kein konstruktives 15 Misstrauensvotum einbringen oder ein von dritter Seite eingeleitetes unterstützen.
 - c) Die Partner des „Stabilitätspaktes“ verpflichten sich, vertraglich festgelegte Grundlinien für eine deutsche Außen- und Europapolitik zu verfolgen und mit der gemeinsamen Mehrheit im Bundestag zu stützen.
 - d) Als Garant für diese politische Linie wird die Bundeskanzlerin der CDU/CSU- 20 geführten Regierung den gegenwärtigen Außenminister (als Person, nicht etwa als Vertreter seiner Partei) im Amt belassen, ggfs. dem Bundespräsidenten einen Nachfolger erst nach Rücksprache mit der SPD-Fraktion vorschlagen.
 - e) Für alle Fragen der Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik behalten sich beide Seiten 25 volle Handlungsfreiheit vor, d.h. die unionsgeführte Minderheitsregierung kann sich für ihre Maßnahmen eine beliebige Mehrheit in Bundestag und Bundesrat suchen, die SPD wird – soweit sie es für richtig hält – dagegen opponieren.
 - f) Beide Partner dieser Vereinbarung werden sich im Bundestag gemeinsam dafür einsetzen, dass die SPD-Fraktion die Vorsitzenden im Haushaltsausschuss **und** im Auswärtigen Ausschuss stellt.
 - 30 g) Eine eventuelle Ausrufung des Gesetzgebungsnotstands gemäß Art. 81 GG bedeutet keine Aufkündigung dieses Stabilitätspaktes (zur Sicherung der Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland nach außen).
 - h) Der Stabilitätspakt endet mit der regulären Neuwahl des Bundestages 2021 oder ggfs. mit seiner vorherigen Auflösung nach Art. 68 GG.

- i) Im Übrigen verpflichten sich die Partner zum respektvollen Umgang miteinander, auch bei allen Kontroversen in der Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.
- j) Festlegung von Kündigungsbedingungen für den Fall, dass eine Seite die weitere Anwendung der darin getroffenen/ hier vorgeschlagenen Vereinbarungen für unzumutbar hält.
- 40 4. Über diesen Stabilitätspakt soll (wie vom Parteivorsitzenden angekündigt) durch einen Mitgliederentscheid beschlossen werden.

Antragsbereich W/ Antrag 10
07/07 Schöneberg (Landesverband Berlin)

Änderungsantrag

Seite 1, Zeile 19 – Füge ein hinter "stellt.":

- 5 „Für mögliche Sondierungen mit anderen Parteien wird der Bundesparteitag im Dezember dem Parteivorstand ein Votum erteilen. Das Ergebnis jeglicher Sondierungsgespräche wird den Mitgliedern der SPD vorgelegt. Die Aufnahme möglicher Koalitionsverhandlungen wird durch einen vorherigen Mitgliederentscheid abhängig gemacht. Nur so kann glaubhaft gemacht werden, dass die SPD eine Mitglieder- und Mitmachpartei ist und die Mitgliedschaft frühzeitig eingebunden wird.“

Antragsbereich W/ Antrag 11
04/74 Klausenerplatz-Kiez , 04/73 City-Westend (Landesverband Berlin)

Gegen große Koalition

- S. 1, Z. 15: Füge hinter „erzielt.“ Ein: „Die Wählerinnen und Wähler haben die Große Koalition eindeutig abgewählt. Der Verlust von 13,7 Prozentpunkten für die Parteien der Großen Koalition ist ein eindeutiges Votum der Wählerinnen und Wähler. Dieses Votum müssen wir respektieren und danach handeln.“
- 5 S. 1, Z. 19: Füge ein hinter „stellt.“: „Große Koalitionen tragen maßgeblich zum Erstarken von Parteien an den äußeren Rändern bei. Unsere Aufgabe ist es, unsere Demokratie zu schützen. Politische Aushandlungsprozesse und die Unterschiede zwischen den beiden Volksparteien müssen wieder klar sichtbar werden. Wir haben seit der Wahl betont, dass eine Neuauflage der Großen Koalition ausgeschlossen ist.
- 10 Dabei **bleibt es.** “
- S. 1, Z. 19: Füge ein hinter „stellt.“: „Die SPD hat auch nach dem Scheitern der „Jamaika-Sondierungsverhandlungen mit dem wiederholten Beschluss gegen Koalitionsverhandlungen den Wählerinnen und Wählern ihr Wort gegeben und für klare Verhältnisse gesorgt. Wir übernehmen auch als größte Oppositionsfraktion im Bundestag staatspolitische Verantwortung für unsere Demokratie. Als Oppositionsführerin muss die SPD der rechnerischen Mitte-Rechts-Mehrheit im Parlament klare sozialdemokratische Position gegenüberstellen.“
- 15

Gespräche nur auf Basis unserer Inhalte!

5 Frau Merkel hat mit denjenigen, die den Regierungsauftrag für sich reklamiert haben, ihre Wunschkoalition nicht zu Stande gebracht, die Verhandlungen von CDU, CSU, FDP und Grünen sind an inneren Widersprüchen und persönlichen Profilierungen gescheitert. Die SPD ist nicht der Ausfallbürge für dieses Scheitern. Die SPD hat in unserem Land in den vergangenen 150 Jahren immer wieder Verantwortung übernommen. Sie wirkt aktuell konstruktiv in der geschäftsführenden Bundesregierung mit.

10 Wir wollen keine Regierungsbeteiligung um ihrer selbst willen, damit übernehmen wir eben keine staatspolitische Verantwortung, sondern erwiesen der Demokratie einen Bärendienst. Es ist und bleibt richtig, dass eine große Koalition die Ausnahme bleiben muss. Wir streben Neuwahlen nicht an, aber wir scheuen sie auch nicht.

15 Wir stehen zu unserer nach der Wahl getroffenen Aussage: Das Wahlergebnis war kein Regierungsauftrag an eine erneute Große Koalition. Wir nennen aber auch die inhaltlichen Gründe, die gegen eine erneute Koalition mit CDU/CSU sprechen: Wir sind zur Wahl angetreten mit dem Ziel, in einer SPD-geführten Regierung sozialdemokratische Inhalte umzusetzen. Das, was mit der Union gemeinsam umsetzbar war, haben wir umgesetzt, wie etwa den gesetzlichen Mindestlohn, die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren oder das Integrationsgesetz.

20 Die SPD hat eine Neuauflage der Großen Koalition ausgeschlossen, da nach den vergangenen vier Jahren alle inhaltlichen Schnittmengen mit der CDU/CSU aufgebraucht waren. Daran hat sich auch nach den gescheiterten Sondierungsgesprächen zu einer Schwarzen Ampel nichts geändert. Wir lassen uns keine Debatte über ein Ja oder ein Nein zur Großen Koalition au-zwingen. Eine bloße Wiederauflage der bisherigen Koalition und ihrer Politik darf es nicht geben. Mit Forderungen nach Koalitionsgesprächen ohne inhaltliche Vorbedingungen wird der Glaubwürdigkeit der SPD geschadet.

Das, was jetzt notwendig ist und ansteht an Gesellschaftsveränderung war mit der Union nicht machbar, sondern nur gegen sie, wie etwa:

- 30 - Die Sicherung der Rente auf einem Niveau von mindestens 48% bei stabilem Beitrag und ohne weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters
- Bürgerversicherung: alle Menschen in einer paritätisch finanzierten Krankenversicherung
- 35 - Gute und sichere Arbeit u.a. durch einen erhöhten und auch im Alter armutsfesten Mindestlohn, Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit, Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und bessere Regulierung der Leih- und Zeitarbeit
- Eine umfassende Finanzmarktregulierung
- Aufhebung des Kooperationsverbotes für Schulsanierung, Digitalisierung und Ganztagschulausbau
- 40 - Eine Erbschaftssteuer, die wirklich nur das Unternehmensvermögen schützt, das Arbeitsplätze und Innovationen sichert
- Ein Einwanderungsgesetz, das seinen Namen verdient
- Stärkung des Verbraucherschutzes und verbesserte Markttransparenz

- 45 Wir stehen nach wie vor für klare sozialdemokratische Inhalte, die wir umsetzen wollen. Wir werden dafür kämpfen, dass eine solche sozialdemokratische Politik einen stärkeren Rückhalt in der Bevölkerung bekommt. Nur auf Basis unserer Inhalte werden wir konstruktiv an Gesprächen über einen Ausweg aus der aktuellen Situation mitwirken.

